

Hier ist

Das Programm
zur Kommunalwahl 2008 in München

DIE LINKE.

Kreisverband München

Inhalt

Solidarisches München – München für alle!	4	6 Stadtentwicklung	30
1 Soziale Sicherheit	5	München leuchtet für alle!	30
Armut bekämpfen	5	Die Münchner Zukunft planen	30
Unsere Forderungen	6	Stärkung der Stadtviertel – für lebendige Quartiere	31
In Würde alt werden können ist ein Menschenrecht	7	Für ein soziales Miteinander –	
Unsere Forderungen	8	Rückeroberung des öffentlichen Raums	32
Behindert ist man nicht – behindert wird man	8	Erhalt des Grünwalder Stadions	32
Unsere Forderungen	8	Zusammenarbeit mit der Region	32
Sucht ist eine Krankheit, kein Verbrechen	9	Unsere Forderungen	33
Unsere Forderungen	9	7 Interkulturelle Solidarität und Migration	34
2 Arbeit und Wirtschaft	10	Flüchtlinge und »Illegalisierte«	34
Menschenrecht auf Arbeit	10	Unsere Forderungen	35
Für gute Arbeit in einer lebenswerten Kommune	10	8 Mobilität und Verkehr	37
Unsere Forderungen	12	Mobilität – ein Maßstab für die Teilhabe am	
3 Bildung und Erziehung	14	gesellschaftlichen Leben	37
Menschenrecht auf Bildung auch kommunal umsetzen	14	Für wen und für was wir uns stark machen	38
Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung	14	DIE LINKE. München sagt NEIN zum Transrapid	39
Unsere Forderungen	15	Unsere Forderungen	39
Schulische Bildung	16	9 BürgerInnenengagement – Ausbau der Demokratie	41
Unsere Forderungen	17	Unsere Forderungen	42
Berufliche Bildung und Hochschulstudium	19	10 Gesundheit	44
Unsere Forderungen	20	Unsere Forderungen	45
Weiterbildung	21	11 Ökologie und Umwelt	47
Unsere Forderungen	22	Unsere Forderungen	49
4 Wohnen	23	12 Kultur	51
Wohnen ist Menschenrecht	23	Unsere Forderungen	53
Ökologische Sanierung des Wohnungsbestandes	23	13 Geschlechtergleichstellung	
Unsere Forderungen	24	und queere Lebensweisen	54
5 Kommunale Finanzen	26	Unsere Forderungen	55
Umfang und Qualität öffentlicher Leistungen	26	14 Nein zum Neofaschismus	57
Demokratische Beteiligungsstrukturen	26	Unsere Forderungen	57
Unsere Forderungen	29	15 Frieden und Abrüstung	59
		Unsere Forderungen	60

Solidarisches München – München für alle!

DIE LINKE. steht ein für ein solidarisches München, ein München für alle, die hier leben. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem sozialen Status, Einkommen und Alter am gesellschaftlichen Leben in München teilhaben können. Wir wollen, dass sie sich München leisten können und die Chance haben ihre Fähigkeiten zu entwickeln und einzubringen. Solidarität bedeutet für uns auch, einzutreten für die, die anders leben wollen, als es dem herrschenden Familienbild entspricht und für diejenigen, die aufgrund unerträglicher Bedingungen in ihren Heimatländern zu uns kommen. Solidarität heißt, die Umwelt konsequent und nachhaltig zu schützen, für uns selbst und die uns nachfolgenden Generationen. Und solidarisch treten wir allen RassistInnen und FaschistInnen entgegen.

Solidarisches München heißt für DIE LINKE. München gemeinsam gestalten, mit den sozialen Initiativen und Bewegungen, den Gewerkschaften, den Friedens- und Antifagruppen, mit Kulturinitiativen, Jugend- und Seniorenverbänden und vielen anderen mehr. Kurz mit allen, die sich nicht mehr nur vertreten lassen wollen, sondern selbst aktiv für ein solidarisches München eintreten.

DIE LINKE. macht Politik mit und für Menschen. So ist auch dieses Kommunalwahlprogramm entstanden. Politik machen heißt fragen: Wie wollen wir le-

ben, wie leben wir wirklich und was müssen wir tun? Dabei wissen wir: Politik ist kein Wunschkonzert. Aber es ist mehr machbar als uns täglich durch die PolitikerInnen der konkurrierenden Parteien und die Medien mit ihren »Sachzwangargumenten« weisgemacht werden soll.

Warum gibt es Armut in einer reichen Stadt wie München? Es ist kein Naturgesetz, dass Kinder hungrig zum Unterricht kommen, dass die Schulklassen zu groß sind, Kinderkrippenplätze fehlen und dass immer mehr Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können. Es muss nicht sein, dass Freizeitheime, Bibliotheken und Schwimmbäder ihre Öffnungszeiten einschränken oder ganz schließen, Kulturangebote und der öffentliche Nahverkehr immer teurer werden, dass die Infrastruktur der Kommune verrottet, auf die wir alle angewiesen sind, und öffentliches Eigentum privatisiert wird. Die Ursachen und die Verursacher sind bekannt! Der wachsende gesellschaftliche Reichtum wird immer ungleicher verteilt. So erhalten die Reichen Steuergeschenke, die die Masse der Bevölkerung finanzieren muss. Das Geld, das hier verschenkt wird, fehlt auch in den Kommunen. Die uns das hohe Lied vom Sparen singen, bedienen sich selbst immer schamloser und lassen sich bedienen – von PolitikerInnen, die hier die Situation bejammern, aber in Berlin für Hartz IV, für Auslandseinsätze der Bundeswehr, für die

Einschränkung von Bürgerrechten, für die Senkung von Unternehmenssteuern und die Verschleuderung öffentlichen Eigentums stimmen. Wer so handelt lügt, wenn er beispielsweise den Rückgang der Geburtenrate oder die Kinderarmut beklagt. Er hat sie mit verursacht!

DIE LINKE. ist die einzige Partei, die im Bund, im Land und in der Kommune mit einer Stimme spricht. Wir wissen, dass in der Kommune nicht all das repariert oder ausgeglichen werden kann, was auf Bundes- und Landesebene zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger beschlossen wurde. Aber wir legen nicht die Hände in den Schoß, sondern handeln dort, wo etwas zu bewegen ist. Deshalb setzt sich DIE LINKE. im Bundestag u. a. für die Abschaffung von Hartz IV und die Einführung des Mindestlohns ein. Deshalb fordert DIE LINKE. im Münchner Stadtrat die Einhaltung von Mindestlohngrenzen, auch wenn diese noch nicht gesetzlich verankert sind. Und deshalb will DIE LINKE. die Einführung des Sozialtickets für arme Bürgerinnen und Bürger. Im Bundestag stimmt DIE LINKE. gegen den Ausverkauf der Deutschen Bahn, in München stellen wir uns allen Bestrebungen entgegen, kommunale Einrichtungen zu privatisieren. Privatisierung heißt: Wenige verdienen und die Bevölkerung zahlt die Zeche.

Kommunales Handeln braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger! Wir wollen, dass die Menschen sich aktiv in die Gestaltung ihrer Lebensumstände ein-

schalten und auch einschalten können. Dafür ist die kommunale Ebene besonders gut geeignet. Daher treten wir für eine Erweiterung der kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten ein, zum Beispiel durch die Einführung eines Bürgerhaushalts auf Bezirksausschussebene.

Kommunales Handeln braucht entsprechende finanzielle Spielräume. Geld dafür wäre vorhanden! Würden die politischen Verantwortlichen eine konsequente Wirtschafts- und Steuerpolitik im Sinne des Gemeinwohles betreiben, könnten längst überfällige und notwendige Ausgaben getätigt werden. Warum werden die Unternehmen, die hier ihre Gewinne erarbeiten lassen und realisieren, nicht durch entsprechende Erhebung und Anhebung der Unternehmenssteuern angemessen an der Finanzierung kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen beteiligt? Hier kann und muss auch der Stadtrat seine Stimme erheben und dazu beitragen, dass entsprechende Gesetze auf den Weg gebracht werden. Dafür setzt sich DIE LINKE. ein.

DIE LINKE. ist eine noch junge Partei, aber sie wirkt bereits! Unsere Themen sind in aller Munde. In München hat DIE LINKE. daran ihren Anteil, auch im Stadtrat.

Unterstützen Sie bei der Kommunalwahl DIE LINKE. offene Liste München: Damit die Stimme für Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Bildung, Bürgerrechte, Frieden und Ökologie noch deutlicher hörbar wird!

1 Soziale Sicherheit

Armut bekämpfen

In den vergangenen Jahren wurde das soziale Netz in Deutschland durchlöchert. Mit Hartz IV und der Rente mit 67 wurde für Millionen Bürgerinnen und Bürger der Weg in die Armut beschossen. DIE LINKE. entstand im Widerstand gegen diese Politik und fühlt sich diesem Ursprung verpflichtet. Wir stehen für die Erneuerung des Sozialstaats.

Menschenwürde, Selbstbestimmung und Solidarität sind für uns die Schlüsselbegriffe sozialer Politik. Alle Kinder haben das Recht, in Sicherheit und mit Zugang zu allen Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuwachsen. Alle Menschen haben das Recht, in Würde alt zu werden. DIE LINKE. tritt auf allen Ebenen für eine solidarische Gesellschaft ein. Wir fordern das Ende der Hartz-Gesetze. Wir fordern die Rücknahme der Steuerreformen, die Reiche und Unternehmen begünstigen, aber die Staatskassen leeren. Wir fordern die Demokratisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Kommunale Politik ist nicht nur an unsoziales Bundesrecht wie Hartz IV gebunden, sie muss auch seine Folgen bewältigen. Für DIE LINKE. ist es daher selbstverständlich, dass alle kommunalen Spielräume genutzt werden müssen, um diesen Folgen frühzeitig entgegenzutreten. Eine Stadt, in der alle mitei-

inander leben können, ist wichtiger als ein ausgeglichener Haushalt!

Auch in einer reichen und erfolgreichen Stadt wie München gibt es viele Menschen, die von diesem gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen sind – sei es auf Grund von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Behinderung, sei es, weil sie alleinerziehend sind oder arm. Unsere Politik im Stadtrat wird solchen Ausschlussmechanismen in allen Facetten entgegentreten. Dabei steht DIE LINKE. nicht allein. Umfragen zeigen, dass die meisten Münchnerinnen und Münchner mit dem wachsenden Abstand zwischen Arm und Reich nicht einverstanden sind. Auf dieser solidarischen Überzeugung wollen wir aufbauen.

München ist eine reiche Stadt. Dennoch gibt es in München Armut. Es gibt über 39 000 Bedarfsgemeinschaften, die von ALG II leben müssen; 12 % der Münchner Kinder und Jugendlichen gehören dazu, und es werden stetig mehr. Aber keiner weiß, wie groß die Zahl der Armen tatsächlich ist. München ist eine teure Stadt. Einkommen, die andernorts zum Leben ausreichen, bedeuten hier ein Leben in Not. Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse benachteiligen hier besonders. Ein Drittel aller Kinder in den städtischen Kindertagesstätten ist von der Gebühr befreit. Diese Zahl deu-

tet an, wie viele Münchnerinnen und Münchner tatsächlich mit zu wenig Einkommen überleben müssen.

In ganz Deutschland breitet sich die Altersarmut weiter aus. Auch in München erhielten im Jahr 2006 über 11 000 Menschen Grundsicherung im Alter und bei dauernder Erwerbsunfähigkeit. Wenn die gegenwärtige Politik fortgesetzt wird, wird diese Zahl in den kommenden Jahren weiter steigen.

Von 347 Euro kann man in München nicht leben! BezieherInnen von ALG II oder Grundsicherung erfahren das tagtäglich. Steigende Strompreise, Fahrten mit dem öffentlichen Nahverkehr, medizinische Hilfsmittel, eine neue Waschmaschine, Schulmaterialien für die Kinder – das kann aus diesem Betrag nicht finanziert werden. Volkshochschulkurse oder ein Besuch im Zoo sind mit den gegenwärtigen Ermäßigungen nicht bezahlbar. 15 000 Münchnerinnen und Münchner sind für ihr Überleben bereits auf die Lebensmittelpenden der Münchner Tafel angewiesen und ganze Schulen haben dort schon um Mahlzeiten für ihre Schüler nachgefragt.

In den schon vorhandenen Ganztagschulen kostet das Mittagessen oft mehr, als das ALG II für die Ernährung eines Kindes für den ganzen Tag vorsieht. In den Kindergärten zahlen Familien, die von ALG II leben, das halbe Essensgeld. Aber auch das ist mehr, als im Regelsatz für das Mittagessen vorgesehen ist. Arme Kinder werden deshalb oft vom Kindergarten abgemeldet.

Durch die Sozialgesetzbücher II und XII (ALG II und Grundsicherung) wurden die einmaligen Leistungen abgeschafft. An einigen Stellen versucht die Stadt mittlerweile, die entstandene Not mit Stiftungsmitteln zu lindern; aber auf Stiftungsgelder besteht kein Rechtsanspruch, die Betroffenen werden nicht darüber informiert und die Leistungen erreichen nur einen kleinen Teil der Bedürftigen. Die SozialarbeiterInnen der Bezirkssozialarbeit verlieren wertvolle Arbeitszeit mit der Jagd nach Stiftungsgeldern. Anträge der LINKEN im Stadtrat, die Lage der Betroffenen durch freiwillige Leistungen der Kommune (z. B. durch ein Weihnachtsgeld) zu verbessern, wurden dennoch regelmäßig abgelehnt.

Der München-Pass, durch den einige Vergünstigungen (z. B. bei Eintrittspreisen) erhältlich sind, wird seit Kurzem – auf Antrag der LINKEN – automatisch an die BezieherInnen von ALG II und Grundsicherung verschickt. Der Stadtrat hat allerdings erst im vergangenen Jahr die Gruppe der Berechtigten eingeschränkt: Gerade die in München wichtige Gruppe der GeringverdienerInnen hat keinen Anspruch mehr auf den München-Pass.

Die Sparpolitik der Stadt München hat auch im sozialen Bereich gravierende Folgen. 2004 wurde im Stadtrat beschlossen, frei werdende Stellen nur dann wieder zu besetzen, wenn sie rechtlich zwingend, vom Stadtrat ausdrücklich erwünscht oder zur Aufgabenerfüllung unabdingbar sind. Gerade im personalintensiven Sozialbereich wurden danach

viele Stellen nicht oder erst nach mehreren Monaten wieder besetzt. Die Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit sind chronisch unterbesetzt. Dadurch wird bei Räumungen zu spät eingegriffen und unnötige, teure Notunterbringungen sind die Folge.

Viele Leistungen wurden unter Finanzierungsvorbehalt gestellt – die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien etwa oder die heilpädagogische Betreuung für Kinder mit seelischen Störungen. Solche Sparmaßnahmen schonen die Stadtkasse heute, belasten sie aber später durch die Folgen mit dem Vielfachen.

Unsere Forderungen:

- ◀ Um Kinderarmut zu bekämpfen, fordert DIE LINKE. einen beschleunigten Ausbau der Kinderbetreuung. Die Besuchsgebühr für diese Einrichtungen muss abhängig vom Einkommen der Erziehungsberechtigten gestaffelt werden. Eine kostenlose Verpflegung während des Aufenthalts muss gewährleistet sein.
- ◀ München braucht ein Sozialticket. DIE LINKE. hat sich als erste dafür eingesetzt und wird sich weiter dafür einsetzen, dass die augenblickliche Zwischenlösung (15 Tageskarten im Monat) durch ein unbürokratisch erhältliches Monatsticket ersetzt wird. DIE LINKE. fordert dazu die Einführung eines Sozialtarifs bei den Stadtwerken. Bei Kunden im Sozialtarif sollen Stromsperrungen ausgeschlossen werden.

- ◄ DIE LINKE. will den München-Pass auch wieder für GeringverdienerInnen zugänglich machen. Die Ermäßigungen in den verschiedenen Bereichen, insbesondere bei der Volkshochschule, müssen außerdem deutlich verbessert werden.
- ◄ DIE LINKE. begrüßt, dass die Stadt die Höhe der Grundsicherung überprüfen lässt. Eine Erhöhung der Grundsicherung auf einen Betrag, von dem Menschen in München in Würde leben können, ist unbedingt erforderlich. Gleiches gilt aber auch für das ALG II. Deshalb fordert DIE LINKE. die Einrichtung eines Budgets für freiwillige Leistungen, vor allem für Gesundheits- und Schulbedarf. Auch die Einführung einer Weihnachtsbeihilfe bleibt eine Forderung der LINKEN.
- ◄ DIE LINKE. wendet sich entschieden gegen Zwangsumzüge bei ALG II oder Sozialhilfe. Auch Kürzungen der Mietzahlungen, durch die die Betroffenen letztlich weniger als 347 Euro monatlich zum Leben haben, sind nur in Extremfällen zu rechtfertigen und auch dann nur, wenn eine akzeptable Sozialwohnung angeboten werden konnte.
- ◄ DIE LINKE. stellt sich gegen 1-Euro-Jobs. DIE LINKE. fordert, innerhalb städtischer Einrichtungen keine 1-Euro-Jobs, sondern sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.
- ◄ Selbstbestimmung ist für DIE LINKE. ein hoher Wert. Das gilt für Alleinerziehende ebenso wie z. B. für Menschen mit Behinderungen oder Pflegebedürftige. Für viele dieser Personengruppen hat sich die Lage durch die Änderungen in der Sozialgesetzgebung (wie ALG II) deutlich verschlechtert. DIE LINKE. fordert, die Folgen dieser Änderungen genau zu untersuchen und einen Katalog städtischer Maßnahmen zu entwickeln, die ihnen entgegenwirken können. Dies kann nicht ohne die Betroffenen geschehen.
- ◄ DIE LINKE. setzt sich in allen Bereichen für eine Vertretung der Betroffenen ein. So fordern wir die Einrichtung einer Ombudsstelle bei der ARGE und die Stärkung des Seniorenbeirats. Selbsthilfegruppen müssen unterstützt und bei entsprechenden Entscheidungen mit einbezogen werden.
- ◄ DIE LINKE. fordert, die Einstellungs-sperre im Sozialbereich aufzuheben. Die zunehmende Armut verlangt mehr, nicht weniger soziale Arbeit.
- ◄ DIE LINKE. setzt sich dafür ein, alle Finanzierungsvorbehalte bei sozialen Maßnahmen zu überprüfen und aufzuheben, wenn Anzeichen bestehen, dass Selbstbestimmung, Entwicklungsmöglichkeiten oder körperliche und seelische Gesundheit Betroffener durch sie bedroht sind.

In Würde alt werden können ist ein Menschenrecht

Wer in dieser Gesellschaft nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt gebraucht wird, wird schnell aufs Abstellgleis geschoben. Diese schmerzliche Erfahrung müssen gerade auch alte Menschen immer wieder machen.

DIE LINKE. tritt dafür ein, dass alte Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dazu gehört die Möglichkeit, sich in Parteien, Verbänden und Selbsthilfegruppen für die eigenen Interessen einzusetzen. Ebenso wichtig ist das Recht auf Mobilität und das Wohnen in der vertrauten Umgebung, auch wenn man auf Hilfe angewiesen ist.

DIE LINKE. tritt für eine deutliche Stärkung des Seniorenbeirats der Stadt ein. Er muss zu einem ständigen, beschlussfassenden Organ des Münchner Stadtrats ausgebaut werden und bei allen Themen, die die SeniorInnen in München betreffen, gehört werden.

Die längst überfällige Reform der Pflegeversicherung wird im Bundestag immer weiter hinausgeschoben. Für DIE LINKE. muss im Vordergrund einer Reform der Pflegeversicherung ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben der Pflegebedürftigen stehen. Diese Leistungen müssen professionell und qualitätsgesichert erbracht werden. Ebenfalls muss der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert werden, z. B. um

die Demenzkranken. Dazu müssen auch die seit Jahren unveränderten Pflegesätze angehoben werden.

Um flächendeckend alternative Angebote zur stationären Versorgung zu sichern, müssen ambulante Versorgungsformen wie etwa Wohngemeinschaften mit ergänzenden Serviceangeboten stärker gefördert werden, die den sich ändernden Lebensrealitäten und gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen.

Schon 2001 äußerte der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) seine »große Besorgnis über die menschenunwürdigen Zustände in Pflegeheimen« und forderte die Bundesrepublik auf, »Sofortmaßnahmen« zur Verbesserung der Situation zu ergreifen. Bis heute dokumentieren aber soziale Verbände immer wieder, dass sich die Situation in den Heimen nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert.

In München hat der Stadtrat eine Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege eingerichtet. Diese bearbeitet pro Jahr etwa 1600 Beschwerdefälle. Diese betrafen zu etwa gleichen Teilen die Bereiche der ambulanten und der stationären Pflege. In den meisten Fällen waren die Ursachen der Beschwerden darin zu suchen, dass die PflegerInnen zu wenig Zeit hatten und/oder schlecht qualifiziert waren. Überproportional häufig gab es Beschwerden über MitarbeiterInnen von Zeitarbeitsfirmen.

Unsere Forderungen:

- ◄ In ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen dürfen nur fachlich gut ausgebildete MitarbeiterInnen eingesetzt werden. Diese müssen entsprechend ihrer schweren und verantwortungsvollen Arbeit angemessen bezahlt werden.
- ◄ Der Pflegeschlüssel, das Verhältnis der Anzahl der HeimbewohnerInnen zur Anzahl der Pflegekräfte, muss in München auf maximal 2,0 festgelegt werden.
- ◄ Alle Pflegeheime müssen mindestens einmal jährlich von der staatlichen Heimaufsicht unangemeldet kontrolliert werden. Die vom Freistaat Bayern vorgesehene Ausdehnung der Kontrollintervalle auf bis zu drei Jahre lehnen wir ab.
- ◄ Die Arbeit der Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege muss fortgesetzt und intensiviert werden.

Behindert ist man nicht – behindert wird man

DIE LINKE. hat im Stadtrat den Beschluss zur Einrichtung der Stelle eines/einer ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten der Stadt München unterstützt. In den letzten Jahren wurden in München in vielen Bereichen Fortschritte für die Mobilität von Behinderten erreicht. Dennoch müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, um öffentliche und private Gebäude (Läden,

Kaufhäuser), Verkehrsflächen und Verkehrsmittel barrierefrei und behindertengerecht zu gestalten.

Die gesetzliche Schwerbehindertenquote (der Anteil der Arbeitsplätze in Unternehmen und im öffentlichen Dienst, der an Behinderte zu vergeben ist) wurde im Jahre 2000 vom Bundestag von 6 % auf 5 % gesenkt. Es ist erfreulich, dass dennoch der Anteil der Leistungsgeminderten bei den Beschäftigten der Stadt 2007 wieder auf knapp über 6 % gestiegen ist. DIE LINKE. tritt dafür ein, auch in Zukunft die Grenze von mindestens 6 % einzuhalten und fordert, dass dies wieder die allgemeine gesetzliche Zielmarke wird.

Unsere Forderungen:

- ◄ Selbsthilfegruppen von Menschen mit Behinderung sind zu fördern. Diese sind bei allen Maßnahmen für das Ziel einer behindertengerechten Stadt zu beteiligen.
- ◄ Wo immer möglich muss der Grundsatz »ambulant vor stationär« umgesetzt werden. Wohngruppen, Behindertenwohnungen und betreutes Einzelwohnen im frei finanzierten und im sozialen Wohnungsbau sowie Beratungsstellen und Hilfseinrichtungen müssen gefördert werden. Heimunterbringung ist auf das notwendige Maß zu verringern.
- ◄ Menschen mit Behinderung, die überwiegend auf Hilfe angewiesen sind, sollen vertraglich über ihre Pflegekräfte, die Pflege und ihren

Umfang selbst entscheiden können. Hilfen für Menschen mit Behinderung müssen gebündelt angeboten werden, sodass es für die Betroffenen ausreicht, sich an eine Stelle zu wenden.

- ◀ Behinderte Kinder müssen – wo immer möglich – in den allgemeinen Kinderkrippen und -gärten untergebracht werden können. Die Einrichtung betreuter integrierter Schulklassen ist ein notwendiger Schritt hin zum integrierten Zusammenleben und -lernen. Separate Schulen und Schulklassen für psychisch oder physisch behinderte Menschen sollen, soweit es geht, vermieden werden. Dies dient auch der Stärkung der sozialen Kompetenz aller Kinder in diesen Einrichtungen.

Sucht ist eine Krankheit, kein Verbrechen

In München wird Drogenpolitik überwiegend als polizeiliche Aufgabe behandelt. Die Polizei kann aber keinen Suchtkranken heilen, egal ob es sich um legale Drogen (Alkohol) oder illegale Drogen handelt. Man versucht mit Polizeikontrollen und Videokameras ein gesellschaftliches Problem zu lösen. So hat man die Drogenszene zuerst vom Englischen Gar-

ten zum Hauptbahnhof und dann zum Orleansplatz getrieben.

Im Sicherheitsreport 2005 beschreibt die Münchner Polizei die Drogenszene in München folgendermaßen: »Die Situation der Rauschgiftkriminalität im weiten Bereich des Hauptbahnhofs hat sich in der zweiten Jahreshälfte entspannt. Der videoüberwachte Bahnhofsvorplatz ist wenig belastet, der Orleansplatz/Ostbahnhof zählt hingegen nach wie vor als »kritischer Bereich«. Zunehmend ist dort wie an einigen anderen Örtlichkeiten eine Vermischung von Rauschgiftkonsumenten, alkoholkonsumierenden Angehörigen sozialer Randgruppen sowie sog. Armutsbevölkerung festzustellen.«

Nach Beschwerden einiger AnwohnerInnen und LadenbetreiberInnen hat man jetzt dort auch Videokameras installiert und lässt weiter regelmäßig Streifenwagen über den Platz fahren. Erfolg: Die Szene sammelt sich jetzt woanders, z. B. am Sendlinger-Tor-Platz.

Viele Menschen können sich den Besuch von Gaststätten nicht mehr leisten. Auch das Bier im Stehausschank ist für viele schon zu teuer. Also trifft man sich mit der Bierflasche in der Hand auf öffentlichen Plätzen. Kommunikation mit Menschen, die ein ähnliches Schicksal haben, ist schließlich ein Grundbedürfnis. Statt diesen Menschen Hilfe anzubieten mit dem Ziel, wieder einer Arbeit

nachgehen zu können, gibt der Staat viel Geld für teure Repression aus, die die Probleme verschiebt aber nicht löst.

Unsere Forderungen:

- ◀ Entkriminalisierung von KonsumentInnen illegaler Rauschmittel;
- ◀ Beendigung der Versuche, Suchtkranke aus der Innenstadt zu verbannen, da sie auf diese Weise nur auf immer neue Plätze und in die Randbezirke ausweichen;
- ◀ Sicherung und Schaffung von niedrigschwelligem Angeboten wie Gesundheitsräumen für Drogenkonsumenten;
- ◀ Ausbau und Förderung von Drogenberatungsstellen und Vereinen wie z. B. Condrops e. V.;
- ◀ mehr und besser abgestimmte Programme für die soziale Integration ehemaliger und aktueller Schwerstabhängiger;
- ◀ Zeitliche unbegrenzte Fortsetzung des Modellprojekts zur kontrollierten Heroingabe, das in mehreren Großstädten, u. a. auch München, erfolgreich durchgeführt wurde. Die Neuaufnahme weiterer Schwerstabhängiger muss möglich sein.

2 Arbeit und Wirtschaft

Menschenrecht auf Arbeit

Wir streben eine Gesellschaft an, in der jede Frau und jeder Mann eine existenzsichernde Arbeit ausüben kann. Erwerbsarbeit, Arbeit in Familien und Partnerschaften, Arbeit zur Mitgestaltung der Gesellschaft sowie die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben muss allen Menschen möglich sein. Gesellschaftlich notwendige Arbeiten und die Chancen, am gesellschaftlichen Leben aktiv und mit Einfluss teilnehmen zu können, müssen gleich verteilt sein. Das wollen wir als neue Vollbeschäftigung.

»München boomt, mehr als jede andere Stadt in Deutschland hat München in der ganzen Welt einen Ruf als ein Ort des Aufschwungs und der Zukunft.« Wie erklärt sich diese Feststellung, wenn gleichzeitig der Jahreswirtschaftsbericht der Landeshauptstadt München belegt, dass die sozialpflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im Zeitraum von 2002 bis 2006 von 694 559 auf 664 222 zurückgegangen sind.

Die Antwort findet sich nur teilweise in dem angesprochenen Bericht. Neben Insolvenzen von bekannten Betrieben wie BenQ, Oldenbourg etc. erleben wir einen massiven Abbau und Umbau von Normalarbeitsverhältnissen in prekäre Leih- bzw. Zeitarbeitsverhältnisse.

Selbst oder gerade die oft gerühmten acht Dax-Konzerne in München haben in erheblichem Umfang Arbeitsplätze vernichtet. Insbesondere im Banken- und Versicherungsgewerbe sinkt die Beschäftigung seit Jahren in deutlichem Umfang. »Wer nicht das Glück hat, prächtig bezahlt zu werden, der bekommt diese Kehrseite von Münchens Attraktivität intensiv zu spüren«, so OB Christian Ude in der August/September-Ausgabe 2007 der Münchner Post, dem SPD-Magazin. In seiner Politik ist von dieser Erkenntnis allerdings oft wenig zu spüren.

Arbeit in München und im Münchner Umland findet unter extrem unterschiedlichen Bedingungen statt. Dies betrifft sowohl die Arbeitsverhältnisse als auch die Arbeitszeiten, die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen. Sie reichen von gut bezahlten, arbeits- und tarifvertraglich gesicherten und hoch qualifizierten Arbeitsverhältnissen bis zu völlig ungesicherten Arbeitsverhältnissen und unbezahlten Volontariaten.

Die Schere zwischen dem Wunsch nach einem bedürfnisgerechten Einkommen und humanen Arbeitsbedingungen einerseits, und den real meist geringen finanziellen Ressourcen bei gleichzeitig hoher Belastung andererseits, klappt immer mehr auseinander. Gleiches gilt bei selbstständiger Tätigkeit, bei RentnerInnen und in besonders prekärer Situation

bei Arbeitssuchenden. Viele Bürgerinnen und Bürger sind »arm trotz Arbeit«, weil der Raum München hohe Lebenshaltungskosten fordert. Wer von der Arbeitsgesellschaft ausgeschlossen ist und sich in besonderen sozialen Bedarfslagen befindet, riskiert in Lebensräumen wie München sehr schnell die Marginalisierung oder wird verdrängt.

Für gute Arbeit in einer lebenswerten Kommune

Die Kommune als Raum der Solidarität, gleicher Chancen und der sozialen Gerechtigkeit nimmt in dem Ausmaß Schaden, in dem Unternehmen das globalisierte Credo der hohen Profite auf Kosten verringerter Löhne, ständigen Personalabbaus und steuerlicher Abstinenz lokal anwenden. Gleichzeitig ahmen Kommunen entgegen ihrem sozialstaatlichen Auftrag privatwirtschaftliche Unternehmensmodelle nach, indem sie untereinander in »Standortkonkurrenz« geraten, sich den Wünschen privater Investoren bedingungslos beugen und öffentliche Aufgaben vernachlässigen und outsourcen.

DIE LINKE. ist der Auffassung, dass eine lebenswerte Kommune gute Arbeit und menschenwürdige Bedingungen für alle voraussetzt. Soweit es in ihrer Möglichkeit steht, hat sich die Kommune an den Bedingungen maßgeblich zu beteiligen. Dazu zählen: Qualifikation (Ausbildung und Weiterbildung), Infrastruktur, gute

öffentliche Dienste, gesicherte Daseinsvorsorge, Orientierung und Hilfestellung, Durchsetzung von Arbeitsrechten, menschenwürdiger Umgang mit BürgerInnen in sozialen Notlagen.

München besitzt noch viele kommunale Betriebe: die Stadtwerke mit ihren Verkehrsbetrieben, die Kliniken, die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und andere mehr.

Diese Tatsache ist erfreulich. Mittlerweile sind diese Betriebe aber überwiegend privatrechtlich organisiert. Das heißt, die gewählten VertreterInnen der Bürgerinnen und Bürger haben nur noch begrenzte Einsicht in die Geschäftsvorgänge und noch geringeren Einfluss auf die getroffenen Entscheidungen. Die momentane Stadtratsmehrheit handelt gegenüber diesen Unternehmen überwiegend als Aktionär: Die Betriebe sollen vor allem Gewinne erwirtschaften. Sogar die Stadt selbst wird als ein »modernes, soziales Unternehmen« beschrieben:

- *die Stadtwerke, die vor allem Gewinn erzielen wollen, liefern zahlungs-schwachen KundInnen keinen Strom mehr;*
- *die Wohnungsbaugesellschaften, die Gewinne erzielen wollen, vermieten lieber an wohlhabendere MieterInnen;*
- *die Kliniken, die – auf Beschluss des Stadtrats – schwarze Zahlen schreiben sollen, gliedern Unternehmens-teile aus, um Personalkosten zu spa-*

ren, indem sie dort den Beschäftigten geringere Löhne zahlen.

Immer häufiger müssen andere städtische Einnahmen zur Beherrschung der Folgen solcher Interessen verwendet werden, mittlerweile auch Stiftungsgelder, um Stromschulden von armen BürgerInnen zu begleichen. So erhöhen sich beispielsweise die Mietkosten der Arbeitslosengeld-II-EmpfängerInnen, bei denen die Stadt mit der Begleichung der Wohnkosten in der Pflicht ist. Ein weiteres Beispiel ist die Ausgliederung der städtischen Kliniken, infolge deren Umsetzung viele Beschäftigte aufzählendes ALG II benötigen würden.

Auch das ist eine Quersubventionierung, die nicht nur Geld, sondern auch Menschenwürde kostet. Oft gibt es aber keine Bestrebungen, die Folgen aufzufangen. Die Stadt als soziales Gefüge zahlt den Preis dafür.

Eine Kommune kann nur über einen Teil ihrer Verwaltung selbst entscheiden, vieles wird durch Bundes- und Landes-gesetze vorgegeben. Eine privatrechtliche Organisation kommunaler Unternehmen, ausgerichtet an betriebswirtschaftlichen Kriterien, muss zwangsläufig zum Verlust demokratischer Entscheidungsmöglichkeiten und -freiheiten führen. Diese aber brauchen wir für eine solidarische Gesellschaft! Kommunale Betriebe, die auf dem Weltmarkt mit Großkonzernen konkurrieren, können durch die Stadtgesellschaft faktisch nicht mehr demokratisch kontrolliert werden. Auf-

sichtsrat und Stadtrat entscheiden häufig so, als seien sie selbst private Unternehmer. Damit rücken Erwartungen und Anforderungen für die zukünftige Entwicklung von Stadt und Region in den Hintergrund. Selbst wenn z. B. die Stadtwerke in großem Umfang Monopolgewinne an München abführen – was haben die Kunden außerhalb Münchens davon? Bei der Abschöpfung von Monopolgewinnen in öffentlichen Unternehmen handelt es sich um nichts anderes als verdeckte Massensteuern, die ohne demokratische Kontrolle entstehen und nicht leistungsgerecht sind.

Das Beispiel Stadtwerke München

Bei der Stadtwerke München GmbH ist, mit Billigung der Stadtratsmehrheit, demokratische Kontrolle und Steuerung fast nicht möglich. Kein Stadtrat hat einen Über- bzw. Einblick in die verschiedenen Geschäftsfelder und die Geschäftspolitik. Der Aufsichtsrat entscheidet zwar über die Tarife der städtischen Bäder, bei den viel wesentlicheren Strom- und Gas-tarifen ist dies aber nicht vorgesehen. Deren Preisgestaltung ist nicht überprüfbar, sie fallen unter »Geschäftsgeheimnisse«. Rabatte, die nur finanzkräftige Kunden erhalten können, benachteiligen ärmere BürgerInnen. Die KundInnen fühlen sich den Stadtwerken häufig ausgeliefert, als seien sie lästige BittstellerInnen und nicht ein Teil der »EignerInnen«. Die weltweiten Aktivitäten (z. B. Beteiligung an einer Erdgaserkundung in Norwegen) sind zwar aus rein unternehme-

rischer Sicht nachvollziehbar, sie gefährden jedoch den Bestand der Stadtwerke als kommunales Unternehmen. Denn die Risiken, die weltweit eingegangen werden, sind gedeckt durch das Vermögen der Stadt München als Eignerin. Eine Entwicklung der Stadtwerke zu einem international tätigen Großkonzern wird die EU-Kommission auf Dauer nicht hinnehmen.

Das Beispiel Stadtparkasse

Die Stadtparkasse München erfüllt wichtige Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hier kann die Stadt München als deren Trägerin direkt Einfluss nehmen und z. B. erreichen, dass alle BürgerInnen ein Girokonto, zumindest auf Guthabenbasis, eröffnen können. Darüberhinaus spielt die Stadtparkasse eine wichtige Rolle bei der Kreditvergabe für kleine und mittlere Unternehmen in München. Die großen Privatbanken haben oft kein Interesse mehr an Geschäftsbeziehungen zu mittelständischen Unternehmen. Im Jahre 2005 erzielte die Stadtparkasse München einen Bilanzgewinn von 32 Mio. Euro. Nach den gesetzlichen Vorgaben hätten 10 % davon an die Stadt München für gemeinnützige Zwecke ausgeschüttet werden können. Der Verwaltungsrat unter Vorsitz von OB Ude hat davon jedoch mit Billigung des Stadtrats keinen Gebrauch gemacht. Stattdessen wurde dieser Gewinn vollständig in die gesetzlichen Rücklagen eingestellt. Begründet wird diese seit vielen Jahren übliche Praxis meist damit, dass die Sparkasse stattdessen zahlreiche Projekte

aus den Bereichen Kultur, Soziales und Sport unterstützt. Im Jahre 2005 wurden dafür 2,4 Mio. Euro gestiftet. Wer hier wie viel Geld erhält, entscheiden die Gremien der Sparkasse ohne Mitsprache des Stadtrats. Es gibt Geld für das Tollwood-Festival, die Münchner Chorubun und Symphoniker, den Ruder-Weltcup oder den Tennis-Jugend-Cup der Stadtparkasse. Ein großer Teil dieser Projekte verdient sicher Unterstützung. Doch wer hier wie viel Geld bekommt, sollte in einer Demokratie der gewählte Stadtrat entscheiden.

Unsere Forderungen:

- ◄ DIE LINKE. setzt der kommunalen Standortkonkurrenz das Modell einer Region entgegen, die sich verständigt und ergänzt. Wir halten die regionalen Vorschläge des DGB und sozialer Verbände für eine wichtige Grundlage zum gesellschaftlichen Dialog und zur positiven Weiterentwicklung der Region München im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung.
- ◄ DIE LINKE. steht für tarifvertraglich gesicherte und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, die ein planbares Leben im Raum München ermöglichen.
- ◄ Wir wenden uns konsequent gegen weitere Privatisierungen öffentlicher Aufgaben. Die ungeklärte Situation bei den städtischen Kliniken ist in diesem Sinne zu klären.
- ◄ DIE LINKE. will die Voraussetzungen einer Arbeitsgesellschaft gestalten,

an der alle Menschen nach ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen, ohne Ansehen von Geschlechtsidentität, Alter, sozialer, ethnischer oder nationaler Herkunft, sexueller Orientierung, Weltanschauung oder Religion partizipieren können.

- ◄ Wir fordern von privaten Unternehmen steuerlich zurück, was an Vorleistungen durch die Kommune(n) erbracht wurde.
- ◄ 1-Euro-Jobs lehnen wir wegen der damit verbundenen gesellschaftlichen und betrieblichen Entrechtung der Betroffenen ab! Dies hilft nicht nur den Betroffenen, sondern entlastet auch die Sozialverwaltung. Die Auslagerung gering qualifizierter Tätigkeiten an 1-Euro-JobberInnen muss nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch in öffentlichen Unternehmen und der Verwaltung verhindert werden. Konsequenter fordern wir die Rückführung bzw. Umstellung von 1-Euro-Jobs aus Arbeitsförderungsprojekten in reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Auch im Bereich gemeinnütziger oder wohltätiger Organisationen sind hier Fehlentwicklungen erkennbar. Arbeit darf nicht arm machen, dies gehört zu einem würdigen Leben.
- ◄ DIE LINKE. unterstützt die Einführung eines gesetzlichen, branchenübergreifenden Mindestlohns in existenzsichernder Höhe.
- ◄ Anstatt der Aufteilung in einen ersten, zweiten oder dritten Arbeits-

markt fordern wir ein Nachdenken und Diskutieren über gesellschaftliche Notwendigkeiten.

- ◀ Wir fordern die Heranziehung privatwirtschaftlicher Unternehmensgewinne zur Bereitstellung notwendiger Ressourcen, vor allem für den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen.
- ◀ DIE LINKE. fordert langfristig die Rücknahme der Ausgliederungen von kommunalen Unternehmen, ihre Umwandlung in Eigenbetriebe und eine weitreichende Einsichts- und Kontrollmöglichkeit für den Stadtrat. Nur durch demokratische Prozesse, in denen viele Interessen zu Wort kommen und einbezogen werden, auch die armer, älterer, benachteiligter Bürgerinnen und Bürger, kann eine zukunftsfähige Stadt entstehen.
- ◀ DIE LINKE. tritt konsequent für die Erhaltung der Sparkassen unter der Trägerschaft von Städten und Ge-

meinden ein. Alle Bestrebungen, die Sparkassen ganz oder teilweise zu privatisieren, lehnen wir ab.

- ◀ DIE LINKE. besteht darauf, dass in den öffentlichen Unternehmen und der Verwaltung die Rechte der Beschäftigten gesichert sind. Gutes Geld für gute Arbeit – diese Forderung muss umgesetzt werden. Armutslöhne, die zu Ansprüchen nach aufzählendem ALG II führen, lehnen wir ab.
- ◀ Wir erwarten von der Stadt München die Verpflichtung auf die Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Ausgliederungen zur Flucht vor tariflichen Bindungen wie z. B. beim Klinikum München müssen unterbleiben. Tariftreue und Tarifbindung sind unerlässlich auch für Unternehmen mit städtischer Beteiligung.
- ◀ DIE LINKE. fordert die Stadt sowie die kommunalen Betriebe auf, in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ihrer be-

sonderen Verantwortung als Arbeitgeber nachzukommen. Die städtische Personalpolitik in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Förderung von Leistungsgeminderten, Teilzeitquote, Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik müssen erhalten und in Zusammenarbeit mit den Beschäftigten ausgebaut werden.

- ◀ Bei der Ausbildung sind höhere Anstrengungen erforderlich, insbesondere auch zur Öffnung der Verwaltung für Jugendliche mit Migrationshintergrund. In Berufen, die auch außerhalb der Verwaltung nachgefragt werden, treten wir ein für eine Ausbildung über den aktuellen Bedarf hinaus, solange die Jugendarbeitslosigkeit andauert. Hier sind nicht nur der Hoheitshaushalt, sondern auch die kommunalen Betriebe gefordert.

3 Bildung und Erziehung

Menschenrecht auf Bildung auch kommunal umsetzen

»Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, (...). Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit (...) gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen und religiösen Gruppen beitragen...«, so Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Mehr als in fast allen anderen europäischen Ländern bestimmt in Deutschland aber der soziale Status den Zugang zu Bildung. Unzureichende Bildung führt zu einer weiteren Verstärkung der sozialen Spaltung und Auslese. In einer Stadt wie München, die sich selbst als Dienstleistungs- und Wissensstadt definiert, sind solche Ausschlussprozesse doppelt schmerzlich. Sie führen zur Einschränkung der beruflichen Möglichkeiten und behindern die Teilnahme an einem nach wie vor reichhaltigen kulturellen und geistigen Leben. Aber auch für alle anderen wird die Aneignung von Bildung erschwert und verteuert. Bildung selbst unterliegt einem steigenden ökonomischen Verwertungsdruck. DIE LINKE. ist sich mit dem UN-Kommissar Muñoz einig: »Bildung ist ein Menschenrecht und kein ökonomisches Gut.«

Gegenwärtig wird auf kurzfristig verwertbares Wissen statt auf umfassende Bildung gesetzt. Bildung ist jedoch als Wert an sich zu sehen, als Bereicherung des Lebens durch Aneignung von Wissen, sozialem Verhalten und kulturellen Ausdrucksformen. Bildung ist mehr als Wissensvermittlung und Wissensaneignung. Sie beginnt im frühkindlichen Alter und endet nicht mit der beruflichen Ausbildung.

Bildung findet für Kinder und Heranwachsende vor allem in der Kommune statt, aber auch die Erwachsenen haben einen Bedarf an wohnortnaher (Weiter-) Bildung. Damit wird frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, schulische Bildung und Aus- und Weiterbildung zu einem wesentlichen Handlungsfeld kommunaler Politik. Es darf nicht übersehen werden, dass Bundes- und Landesgesetze den Rahmen für Bildung und Bildungspolitik ziehen. Aber in der Bildungspolitik fallen auch zahlreiche Entscheidungen an, die in der Kompetenz der Stadt liegen.

DIE LINKE. im Stadtrat ist für die Anregungen und Kritiken offen, die von den Betroffenen schon jetzt in zunehmender Zahl an uns herangetragen werden. Wir sehen, dass durchsetzungsfähige linke Positionen zur Gestaltung der Einrichtungen von Erziehung, Schule und Bildung in Zusammenarbeit mit Be-

troffenen, Kindern, Jugendlichen, ihren Eltern und dem betreuenden Personal, politisch Interessierten und Fachleuten, entstehen werden.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Kinderkrippen, Kindergärten, Horte und Nachmittagsbetreuung in Schulen sind keine Aufbewahrungsorte für Kinder und Heranwachsende, sondern Orte des sozialen Zusammenlebens, Lernens und Spielens von Gleichaltrigen. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Persönlichkeitsentwicklung, die Entwicklung des sozialen Verhaltens und fördern die Chancengleichheit.

Vorschulische und schulische Betreuungsangebote sind aber auch ein notwendiges Angebot, um den Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Die soziale Spaltung der Gesellschaft, die durch Gesetze wie Hartz IV vorangetrieben wird, zeigt sich deutlich auch und gerade bei Kindern in unserer Stadt. Bildung und Betreuung muss heute auch einen Beitrag dazu leisten, deren Auswirkungen zu bekämpfen, wie z. B. mangelhafte Ernährung bei Kindern und Jugendlichen.

Die derzeit vorliegenden (unzureichenden) Informationen zum Thema Bildung, Betreuung und Erziehung in München sprechen eine deutliche Sprache:

Das vorschulische und schulische Betreuungsangebot ist nach wie vor unzureichend.

Für Kinder unter drei Jahren gibt es in München nicht einmal sechzehn Krippenplätze pro hundert Kinder und es gibt eine erhebliche Streuung innerhalb des Stadtgebietes. Das bedeutet häufig weite Wege für die Eltern, die überhaupt einen Krippenplatz ergattern. Die Stadt München betreibt derzeit knapp die Hälfte der vorhandenen Krippenplätze in eigener Regie.

Auch für die drei- bis fünfjährigen Kinder ist das Angebot an Betreuungseinrichtungen noch längst nicht optimal. Die Besuchsquote in Kindergärten lag in München laut Münchner Bildungsbericht 2006 unter der Quote anderer bayerischer Großstädte wie bspw. Augsburg und Nürnberg.

Beschämend ist auch der niedrige Versorgungsgrad von Schülerinnen und Schülern mit Ganztagesangeboten einschließlich der Betreuung in Horten. Vier von fünf Schülerinnen und Schülern sind nach dem Unterricht auf die Betreuung durch Eltern, Verwandte, Bekannte angewiesen oder sich selbst überlassen.

Der Kreisjugendring mitsamt den städtischen Jugendfreizeitheimen kann trotz des oft unermüdlichen Einsatzes seiner MitarbeiterInnen die Bedürfnisse nach sinnvoller Freizeitbeschäftigung bei Weitem nicht erfüllen. Berufstätige, die Jugendlichen beiseite gestellt werden, sollten mit den Jugendlichen deren Interessen fördern und unterstützen können.

Da sie mehr und mehr einer rigiden wirtschaftlichen Erfolgskontrolle unterliegen, können sie diese Aufgabe oft nicht mehr wahrnehmen, ohne Gefahr zu laufen ihre Arbeit zu verlieren.

Unsere Forderungen:

- ◀ DIE LINKE. im Münchner Stadtrat setzt sich für eine allgemeine, qualifizierte und kostenlose Kinderbetreuung für alle Altersklassen in der Nähe zum Wohnort/Arbeitsplatz der Eltern ein. Bei der Planung neuer Tagesbetreuungsangebote ist auf die sinnvolle Verteilung über die gesamte Stadt zu achten. Eine Vollversorgung mit Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortplätzen bzw. Nachmittagsbetreuung gemäß dem geäußerten Bedarf in München soll spätestens 2013 gewährleistet sein. Dafür nimmt die Landeshauptstadt München im Vorgriff auf Landes- und Bundesmittel auch eine höhere Neuverschuldung in Kauf.
- ◀ DIE LINKE. im Münchner Stadtrat setzt sich dafür ein, dass es eine zentrale Anmeldestelle für Kinderkrippen- und Kindergartenplätze gibt, d. h., dass der Bedarf für einen Kinderkrippen- und/oder Kindergartenplatz nur an einer Stelle gemeldet werden muss. Die Zuweisung von Plätzen erfolgt vorrangig nach dem Prinzip der Wohnortnähe, sofern die Erziehungsberechtigten keine anderen Wünsche äußern (z. B. Nähe zur Arbeitsstelle).

- ◀ Betreuungszeiten in Kindergärten, Kinderkrippen und Schulhorten müssen flexibel sein. Viele Beschäftigungsverhältnisse haben nicht mehr die klassischen Arbeitszeiten, das Betreuungsangebot muss darauf ausgerichtet werden. Gerade finanziell gering entlohnte Tätigkeiten gehen mit problematischen Arbeitszeiten einher. DIE LINKE. fordert die versuchsweise Einrichtung eines Rund-um-die-Uhr-Betreuungsangebotes.
- ◀ Die ständige Verbesserung des Betreuungsstandards in Krippen, Kindergärten, Horten und der Nachmittagsbetreuung ist eine Notwendigkeit. Betreuungseinrichtungen sind keine »Parkplätze für Menschen«. Wir wollen, dass die guten Noten, die die städtischen Kinderkrippen durch die Eltern erhalten, Ansporn für weitere Verbesserungen sind. Ein qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. DIE LINKE. wird sich im Münchner Stadtrat für attraktive Arbeitsbedingungen in den Kinderkrippen, Kindergärten, Horten und in der Nachmittagsbetreuung einsetzen. Dazu gehört eine angemessene Entlohnung, ausreichende Weiterbildungsmöglichkeiten und Arbeitszeiten, die einen Ausgleich für die belastende Tätigkeit in den Einrichtungen ermöglichen. DIE LINKE. fordert, dass sich die Landeshauptstadt München als Mitglied im Verband der kommunalen Arbeitgeber

(VKA Bayern) dafür einsetzt, dass insbesondere die tariflichen Einstufungen für Tätigkeiten in Kinderkrippen, Kindergärten und Horten entscheidend angehoben werden. Dazu sind unverzüglich Verhandlungen mit den Gewerkschaften ver.di und GEW aufzunehmen.

- ◄ (Groß-)Betriebe müssen sich an der Betreuung der Kinder ihrer MitarbeiterInnen beteiligen, durch finanzielle Zuschüsse, Einrichtung eines Betriebskindergartens o.ä.
- ◄ Damit niemand wegen seiner Kinder an gesellschaftlicher Teilhabe gehindert wird, fordert DIE LINKE. städtische Zuschüsse für Kinderbetreuungsangebote bei öffentlichen Veranstaltungen.
- ◄ Die Versorgung mit gesunder Nahrung ist ein Menschenrecht und die Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung. Sie darf nicht von der Lage der Eltern abhängen. Daher fordert DIE LINKE. für Kinder und Jugendliche während ihres Aufenthalts in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Freizeiteinrichtungen kostenlose Verpflegung.
- ◄ Kinder und Jugendliche haben ein Recht gesund aufzuwachsen. Ein Schritt in diese Richtung ist die Reduzierung von Schadstoff-Emissionen in der Nähe von Kinderbetreuungseinrichtungen.
- ◄ DIE LINKE. setzt sich für den Ausbau und die Renovierung von wohnortnahen und kostenlosen Indoor- und

Outdoor-Spielplätzen ein. Spielplätze sind Teil des öffentlichen Raumes und müssen auch den dafür vorgesehenen Standards genügen. Wir fordern die Schaffung verkehrsberuhigter Zonen und Spielstraßen, damit Kinder und Jugendliche ihre Freizeit ungefährdet draußen verbringen können.

Schulische Bildung

DIE LINKE. steht für eine Schule für alle, längeres gemeinsames Lernen in einem wohnortnahen und öffentlichen Bildungssystem. Ziel ist eine integrative Schule für alle Kinder von der ersten bis mindestens zur neunten Klasse. Sie soll die soziale Auslese beenden und Kinder und Jugendliche sowohl bei Lernschwächen als auch in ihren Begabungen individuell fördern. Wir unterstützen Ganztagschulen und ein flächendeckendes Angebot ganztägiger Bildung und Betreuung. Unter den gegenwärtigen Bedingungen lehnen wir jedoch einen verpflichtenden Besuch ab. Er schränkt die Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung junger Menschen ein und wird von ihnen mehrheitlich nicht gewollt. Daher muss die Schule grundlegend demokratisiert werden und mehr Mitbestimmungs- und Selbstentfaltungsmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler bieten, um von diesen akzeptiert zu werden. Daneben sind die Jugendfreizeitheime weiter auszubauen.

Die Verkürzung der Schulzeit im Gymnasium (G8) lehnen wir ebenso ab wie die faktische Abschaffung der Lehrmittelfreiheit durch die Einführung des Büchergeldes.

Das heutige Schulsystem ist politisch gewollt, als gegliedertes Schulsystem in Bayern das Werk einer konservativen politischen Mehrheit. Behauptungen, nach denen das Schulsystem Verschiedenheiten der »Begabung« abildet, sind völlig unhaltbar.

Der Münchner Bildungsbericht bestätigt die Grundaussage, dass in Deutschland das Menschenrecht auf Bildung verletzt wird, dass die Bildungspolitik vom Ziel der Chancengleichheit und der Schaffung gleicher Bildungsmöglichkeiten für alle weit entfernt ist. Soziale Lage, Lernergebnisse und Schulstruktur stehen in einem engen Zusammenhang. Kinder und Jugendliche, die in ärmeren Familien leben, erreichen in der Regel nicht das Bildungsniveau, das Kinder und Jugendliche aus begüterten Familien erreichen.

Statt zu integrieren, selektieren die Schulen zusätzlich. Gerade die städtischen Gymnasien sind dafür berüchtigt, massive Auslese zu betreiben. Andere weiterführende Schulen wie die städtischen Realschulen sind dem Andrang nicht gewachsen und weisen BewerberInnen ab, wodurch diese in Gefahr geraten, ohne Bildungsabschluss zu bleiben. Davon sind HauptschülerInnen, die ihre Bildungslaufbahn fortsetzen wollen, ebenso betroffen wie GymnasiastInnen,

die nach der neunten Klasse die Schule wechseln müssen.

Der Übertritt von Schülerinnen und Schülern auf Gymnasien ist in München in den letzten fünf Jahren relativ konstant geblieben, fällt in einzelnen Stadtbezirken jedoch recht unterschiedlich aus (zwischen 20 % und 80 %) und zeigt damit den räumlichen Niederschlag der sozialen Spaltung in der Stadt.

Mit 63 % ist der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die die Hauptschule ohne Abschluss verlassen, überdurchschnittlich hoch.

Zu große Klassen, LehrerInnenmangel, ausfallende Stunden, all dies ist bittere Realität auch an den Münchner Schulen, egal welchen Typs. Dies zwingt zu Frontalunterricht, aus dem die Beteiligten nur ausnahmsweise, unter großen persönlichen Anstrengungen der SchülerInnen und der Lehrkräfte herauskommen. Eine Gesprächskultur, die auf einen freien Diskurs der Kinder und Jugendlichen untereinander und mit den Lehrkräften hinaus will, kann sich in so großen Verbänden nicht entwickeln.

Unsere Forderungen:

◀ DIE LINKE. sieht in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder die Alternative zum bestehenden gegliederten Schulsystem. Dabei geht es nicht nur um die Schulstruktur, sondern auch um den Inhalt dessen, was gelehrt und gelernt wird. Eine Schule für alle muss eine höhere Qualität von Lehren und Lernen nach einheit-

lichen Lehrplänen garantieren und alle Kinder gut auf die Berufswahl vorbereiten, einschließlich des Studiums. Das bedeutet aber auch, das Umfeld außerhalb von Schule und Unterricht in Augenschein zu nehmen. Ganztagschule ist nicht Schule plus Tischtennisangebot. Auch Jugendhilfeeinrichtungen haben einen Bildungsauftrag und benötigen qualifiziertes Personal.

- ◀ Klassengrößen von oft mehr als dreißig Kindern und Jugendlichen führen zum »frontalen Unterweisungsunterricht«. DIE LINKE. unterstützt die Forderungen der GEW: »Keine Klasse über 25!« und wird sich im Kommunalparlament für die Umsetzung dieser Forderung als Mindestanforderung in den städtischen Schulen einsetzen.
- ◀ Längst zeigt der Alltag in den Schulen und Einrichtungen, dass neben den Lehrkräften ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, PsychologInnen nötig sind. DIE LINKE. setzt sich für eine ausreichende quantitative und qualitative Personalausstattung ein. Dabei sind die Expertinnen und Experten in eigener Sache, das Lehr- und Betreuungspersonal und ihre Interessensvertretungen, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern einzubeziehen.
- ◀ Der Zugang zu Bildung darf nicht von Geld abhängig sein! DIE LINKE. begrüßt es daher, dass das Büchergeld ab dem Schuljahr 2008/09 ganz ab-

geschafft werden soll und in München bereits jetzt nicht mehr erhoben wird. DIE LINKE. fordert aber darüber hinaus die konsequente Lehrmittelfreiheit an öffentlichen Schulen.

- ◀ DIE LINKE. fordert den weiteren Ausbau der Orientierungsstufe.
- ◀ Allen Jugendlichen, die einen mittleren oder höheren Abschluss anstreben, muss dies auch ermöglicht werden. DIE LINKE. setzt sich für den bedarfsgerechten Ausbau der weiterführenden Schulen der Stadt ein, darunter Berufs- und Fachoberschulen, die ein integraler Bestandteil des Bildungssystems sind.
- ◀ Es wird ein städtisches Förderprogramm für weiterführende Schulen eingerichtet, um arme Schülerinnen und Schüler und solche mit Migrationshintergrund angemessen zu fördern. Ziel dabei muss sein, dass diese Gruppen an weiterführenden Schulen so vertreten sind, wie es ihrem Anteil an der Stadtbevölkerung entspricht.
- ◀ DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass zusätzlich ein Förderprogramm für Hauptschülerinnen und -schüler mit Migrationshintergrund eingerichtet wird, das auf den Übergang zu weiterführenden Schulen ausgerichtet ist.
- ◀ DIE LINKE. fordert die sofortige Wiedereinführung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts an allen Schularten in Bayern. Mehrsprachigkeit ist für SchülerInnen mit Migrationshintergrund sowohl ein wichti-

ger Beitrag zur Wahrung der eigenen kulturellen Identität, als auch ein Vorteil auf dem Arbeitsmarkt. Dass der Freistaat Bayern diesen Unterricht gestrichen hat, um Geld zu sparen, ist kurzsichtig und verantwortungslos.

- ◄ Das Lehrpersonal an städtischen Schulen wird gezielt in interkultureller Kompetenz und LBST-relevanten Themen (LBST = Lesben, Bisexuelle, Schwule, Transgender) weitergebildet, um Ansätzen einer sozialen und/oder kulturellen Auslese entgegenzuwirken.
- ◄ DIE LINKE. will, dass bei der Vergabe städtischer Mittel, bei Personalzuteilung und Baumaßnahmen Schulen in benachteiligten Stadtvierteln gezielt vorgezogen werden.
- ◄ Die Stadt wirkt im Rahmen der ARGE darauf hin, Jugendlichen den höchsten möglichen Schulabschluss zu ermöglichen. Erforderliche Mittel für Unterstützungsmaßnahmen sind bereitzustellen.
- ◄ DIE LINKE. tritt für eine allgemeine, kostenlose Hausaufgabenhilfe ein, weil Hausaufgabenhilfe Lernhilfe ist und somit auch über den schulischen Erfolg mitentscheidet. Dementsprechend sollte sie allen offen stehen, unabhängig von der Einkommenslage der Eltern.
- ◄ Als Zieldefinition für den schulischen Unterricht taugt die Erziehung zur »Mündigkeit«, wie sie der Münchner Stadtrat 2004 beschlossen hat, nicht.

DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass die unzulängliche Zieldefinition des Münchner Stadtrates revidiert wird und durch eine zeitgemäße, emanzipatorische Definition ersetzt wird: Erziehung, Schule und Bildung können und sollen zur Entwicklung kritischer Urteilskraft beitragen. Dabei geht es auch um die kritische Beurteilung gesellschaftlicher Traditionen, Lehren und Institutionen. Jugendliche sollen lernen und üben etwas zu beurteilen, d. h. eine andere Haltung einzunehmen, als durch Tradition und Autorität vorgegeben wird, und sie sollen auch lernen, ihre Meinung mit anderen zu besprechen.

- ◄ DIE LINKE. tritt gegen die Repression von sog. »SchulschwänzerInnen« mit Unterstützung der Polizei ein. Abwesenheit von der Schule ist kein Problem, das durch die Polizei gelöst werden kann. JugendarbeiterInnen bzw. -betreuerInnen sind die besseren Adressen.
- ◄ Die notwendig gewordene Ganztagsbetreuung kann sich nicht in Unterricht erschöpfen. Der Prozess des Lernens und Heranwachsens gelingt nur, wenn in solchen Schulen auch andere Formen der sozialen und kulturellen Interaktion möglich sind, die nicht als »Unterricht unter Aufsicht« gestaltet sind, sondern die Möglichkeit selbstbestimmter Beziehungen lassen. Kinder und Jugendliche brauchen »freie« Zeit.
- ◄ DIE LINKE. fordert den Ausbau der

offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit. Ein Angebot für freiwilligen Ganztags-schulbesuch ist sinnvoll, doch ein verpflichtender Besuch kann zu einer weiteren Aushöhlung der offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit führen. Die Erkenntnisse und Kritikpunkte der in den 60er und 70er Jahren geführten Bildungs-, Institutions- und Pädagogik-Debatte sind bei weitem nicht umgesetzt. In den letzten Jahren ist eher das Gegenteil zu beobachten, ein pädagogischer Rollback hat flächendeckend die Schule und Universitäten ergriffen.

- ◄ Pläne für die Einschränkung des Angebotes städtischer Tagesheime weisen wir entschieden zurück.
- ◄ Musik, bildende, gestaltende und darstellende Kunst und Sport müssen integraler Bestandteil schulischer Bildung sein. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass ihr Anteil am Unterricht weiter ausgebaut und nicht wie in der Vergangenheit immer mehr zurückgefahren wird.
- ◄ DIE LINKE. fordert, dass nicht-öffentliche, aber für die Öffentlichkeit wichtige Einrichtungen im Bereich Kunst, Kultur und Sport subventioniert werden, um auch hier einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Entsprechende kostenpflichtige Einrichtungen, wie z. B. Musikschulen und Sportvereine, müssen in die Lage versetzt werden, einkommens-

- schwachen Bevölkerungsgruppen – jenseits von wirtschaftlichem Denken – Ermäßigungen zu gewähren.
- ◀ DIE LINKE. tritt nachdrücklich für rechtlich und tatsächlich verbesserte Arbeitsmöglichkeiten der Elternbeiräte und Schülermitverwaltungen ein. Bei der Neustrukturierung der Bildungseinrichtungen wird ein entscheidender Punkt sein, den »Rechtsraum«, der durch »Schulpflicht« und »Erziehungsberechtigung« geschaffen wird, für freier gestaltete Beziehungen zu öffnen. Die Kinder und Jugendlichen, ihre Eltern, auch die Lehrkräfte, praktisch alle am Schulalltag Beteiligten brauchen neben den politischen auch direkte Einflussmöglichkeiten.
 - ◀ Mitwirkung und Einflussnahme heißt auch, verschiedene Aktionsformen zuzulassen, so z. B. den sog. »Schulstreik« bzw. »Schulboykott« mit dazugehörigen Demonstrationen und Kundgebungen. DIE LINKE. kritisiert, dass Grundrechte wie die Demonstrations- und Redefreiheit von Kindern und Jugendlichen, die mit solchen Mitteln ihrer Meinung Geltung verschaffen, unter Strafandrohung beschnitten werden.
 - ◀ Eine Schule für alle braucht eine eigene, gut ausgebaute Infrastruktur und ganz gewiss »kleine« Klassenverbände. Durchaus unklar ist dabei, wie »groß« die einzelnen Einrichtungen sein sollten. Der LINKEN kommt es neben einer Ausstattung, die Unterricht und verschiedene soziale und kulturelle Lebensäußerungen zulässt, auch darauf an, dass die schulischen Einrichtungen überschaubar bleiben. Für die Kinder und Jugendlichen, die sie durchlaufen, für die ältere Generation, die sie dabei unterstützend begleitet und für die Lehrkräfte, die Kollegien und die Schulleitung.
 - ◀ Im Schulbetrieb sollen die verschiedensten Kräfte zusammenwirken. Hier sind Methoden zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbstverwaltung angebracht. Die Kommune soll ihren Einfluss auf die Bildungseinrichtungen ausweiten. Sie kann flexibel auf die neuen Anforderungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung reagieren. In einer großen Stadt wie München werden die Bezirksausschüsse zur Gestaltung der Schulen der Zukunft viel beitragen können.
 - ◀ Für die Wahrnehmung der Schulaufsicht zeichnet sich die Chance ab, von der Methode der Eingriffsverwaltung, die als Aufsicht funktioniert, überzugehen zu einer Beratungsverwaltung, die auf Anfrage von unten hilft. Erziehung, Schule und Bildung ist in unseren Augen in erster Linie kein hoheitliches Geschehen. Diese Einrichtungen sind öffentlich finanzierte Angebote der leistenden Verwaltung. Dabei kommt es auf die Kooperation zwischen den verschiedenen Beteiligten an. Dem könnten Erfahrungen und Methoden der Selbstverwaltung Raum geben.
 - ◀ DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass die öffentlichen Schulen so ausgebaut und ausgestattet werden, dass sie mehr Raum für die Erprobung und Umsetzung alternativer Konzepte ermöglichen.
 - ◀ Als nächster Schritt zur Überwindung des gegliederten Schulsystems in Bayern müssen die Übergänge zwischen den verschiedenen Schultypen erleichtert und vergleichbare Unterrichtsinhalte entwickelt werden. Die Forderung nach einer Schule für alle bedeutet angesichts des extrem gegliederten bayerischen Schulsystems und des politisch auf mittlere Sicht starken konservativen Blocks zunächst, dass linke Politik ihre Aufmerksamkeit auf alle Typen von Einrichtungen der Erziehung, Schule und Bildung richten muss, um dafür zu sorgen, dass der Weg zu einer demokratischen Schule für alle nicht verbaut wird.

Berufliche Bildung und Hochschulstudium

Solide berufliche Qualifikation ist nicht nur eine Grundlage, gute Arbeit zu verrichten und gesellschaftlichen Wohlstand zu sichern, sie ist zugleich auch wichtig für ein selbstbestimmtes Leben, für demokratisches und kritisches Engagement in der Gesellschaft. Es ist alarmierend, dass sich die Misere auf dem Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren in

der Bundesrepublik insgesamt nicht nur quantitativ weiter verschärft: Viele Auszubildende klagen über eine mangelnde Qualität der Angebote. Die Unternehmen müssen ihre Verantwortung für die Finanzierung und für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen wahrnehmen.

Neben der klassischen dualen Ausbildung haben sich weitere Ausbildungsformen etabliert. Wir halten Ausbildungsverbünde ebenso wie Angebote außerbetrieblicher Einrichtungen in der gegenwärtigen Situation für unverzichtbar. Als Ersatz für duale Ausbildungen sollen sie nur solange vorgehalten werden, wie ein entsprechender Bedarf besteht.

Bei der Ausgestaltung eines europäischen Berufsbildungsraumes müssen vergleichbare Qualitätsstandards und soziale Anforderungen im Vordergrund der Diskussion stehen. Auch in der beruflichen Bildung sollen integrative Angebote für Menschen mit Behinderungen Vorrang haben. Ziel ist es, die soziale Integration zu unterstützen und den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Eine differenzierte und zielstrebige Förderung von Lernbeeinträchtigten und sozial benachteiligten Jugendlichen gehört nach Auffassung der LINKEN zu den öffentlichen bildungspolitischen Aufgaben.

Wir setzen uns dafür ein, in allen Schulformen polytechnische Bildungsangebote einzuführen. Wir treten ferner dafür ein, dass Berufsorientierung, Berufsberatung und Berufsvorbereitung

deutlich verbessert und aufgewertet werden.

Studiengebühren, zu geringe finanzielle Förderungen, hohe Lebenshaltungskosten an den Hochschulstandorten, schlechte personelle und sachliche Ausstattung der Hochschulen behindern nicht nur eine qualifizierte Ausbildung, sondern verstärken die soziale Selektion. Die unteren sozialen Schichten werden quasi aus den Hochschulen ausgeschlossen.

Das Ausbildungsstellenangebot in München ist weiter gesunken. Die dennoch ausgeglichene Ausbildungsplatzbilanz kommt nur zustande, weil jene Jugendlichen nicht berücksichtigt werden, die zum Teil schon seit Jahren in der Warteschleife sind oder die Ausbildungsstellensuche bereits ganz aufgegeben haben. Immerhin fast 3000 Jugendliche waren 2004/05 ohne Ausbildungsvertrag in Warteschleifen und nahezu 7000 befanden sich auf Berufsfachschulen.

Aber auch qualitativ liegt einiges im Argen, wie die Studie der DGB Jugend München »Qualität der Ausbildung« zeigt: Die Qualität der beruflichen Ausbildung entspricht in vielen Fällen nicht den Vorstellungen des Gesetzgebers und weist gravierende Mängel auf. 79 % der Auszubildenden mussten gravierende und andauernde Verstöße gegen geltende Gesetze hinnehmen und/oder wurden nicht gut ausgebildet und/oder mussten mit einem belastenden Betriebsklima zurechtkommen. Nach den Ergebnissen

dieser Umfrage ist das Jugendarbeitsschutzgesetz ein ausgehöhlttes Gesetz – Verstöße sind an der Tagesordnung. Da wundert es nicht, dass sich jeder dritte Auszubildende einen besseren Ausbildungsplatz wünscht und 39 % bereits darüber nachgedacht haben, die Ausbildung wegen der schlechten Qualität abzubrechen. Deutsche Auszubildende und Auszubildende mit doppelter Staatsbürgerschaft haben in der Regel bessere Ausbildungsbedingungen als Nicht-Deutsche.

Unsere Forderungen:

- ◀ DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass die Stadt München und ihre Betriebe ihr Ausbildungsangebot quantitativ und qualitativ weiter ausbauen.
- ◀ Die Stadt München und ihre Referate müssen sich stärker darum bemühen, dass große Betriebe ihre Ausbildungsquote erhöhen.
- ◀ DIE LINKE. wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass städtische Aufträge nur an solche Firmen vergeben werden, die, sofern dazu aufgrund ihrer Größe in der Lage, Ausbildungsplätze anbieten.
- ◀ Betrieben, die gravierend gegen Gesetze verstoßen, kann und soll die Ausbildereignung entzogen werden. Für die betroffenen Auszubildenden sollte ein Unterstützungsnetzwerk zur Verfügung stehen, das sie darin ermuntert und unterstützt, gegen den Betrieb zu klagen. DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass die

- Stadt München in diesem Sinne die Initiative ergreift.
- ◀ Derzeit werden Verstöße gegen Gesetze und Verordnungen in der Regel nur dann verfolgt, wenn die Auszubildenden die Betriebe namentlich anzeigen, ein anonymer Hinweis reicht nicht. Da sich die meisten Auszubildenden in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren AusbilderInnen befinden, schrecken sie vor diesem Schritt natürlich zurück. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass die Stadt München den zuständigen BeamtInnen anbietet, in den von ihr betriebenen Berufsschulen Beschwerdekästen aufzuhängen.
 - ◀ In München gibt es zahlreiche Beratungsangebote für Auszubildende, die auch in ihrer ganzen Breite genutzt werden – leider nur von einem Viertel der Auszubildenden. Es wäre von daher sinnvoll, die Auszubildenden noch offensiver anzusprechen und sie auf Angebote aufmerksam zu machen.
 - ◀ DIE LINKE. lehnt die mit der Europäisierung der Berufsausbildung geplante Umgestaltung in Richtung unverknüpfter Einzelmodule und einer eindimensionalen Ausrichtung von Bildungsinhalten auf ihre kurzfristige Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt ab. Sie wird sich dafür einsetzen, dass weder die Stadt München noch einer ihrer Betriebe an Modellprojekten mit dieser Ausrichtung teilnimmt. Wir werden ferner darauf drängen, dass die Stadt ihren Einfluss geltend macht, um eine solche Entwicklung zu verhindern und in diesem Sinne auch Einfluss auf die heimische Wirtschaft nimmt.
 - ◀ Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausstattung der städtischen Berufsschulen verbessert wird. Das beinhaltet auch die quantitative und qualitative Personalausstattung. DIE LINKE. drängt ferner darauf, dass sich die Stadt in den zuständigen Vereinigungen dafür einsetzt, dass die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten entscheidend verbessert werden.
 - ◀ DIE LINKE. fordert eine kostengünstige bzw. kostenlose Nutzung des Nahverkehrs für alle unter 18-Jährigen sowie für SchülerInnen, Studierende und Auszubildende. Diesen Personengruppen werden nie oder selten die Nahverkehrskosten erstattet. Sie sind aber primär auf den öffentlichen Verkehr angewiesen. Eine Einschränkung ihrer Mobilität verschlechtert ihren Zugang zu Bildung, Ausbildung, Kultur und Arbeit.
 - ◀ Das hohe Mietniveau in München ist ein entscheidender Kostenfaktor insbesondere für Auszubildende und Studierende. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass die Stadt München zusätzlichen preiswerten Wohnraum für diese Gruppen zur Verfügung stellt. Wir fordern ein Sofortprogramm für 500 Wohnungen. Dabei sollen experimentelle Ansätze verfolgt werden, z. B. in Form von gemischtem, generationenübergreifendem Wohnen. DIE LINKE. fordert, dass bei der Nutzungsbeendigung von Gebäuden, auf die sie direkten oder indirekten Zugriff hat, geprüft wird, ob diese Gebäude mit vertretbarem Aufwand auch vorübergehend für Wohnen oder kulturelle Zwecke Verwendung finden können.
 - ◀ Studiengebühren sind unsozial! DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass der Stadtrat sich öffentlich für die Rücknahme der Studiengebühren ausspricht und entsprechende Aktionen der Studentinnen und Studenten und der Jugendlichen allgemein unterstützt.
 - ◀ Praktika sind kein Ersatz, sondern höchstens eine Ergänzung beruflicher Bildung. Sie sind angemessen zu entgelten. DIE LINKE. fordert, dass die Stadt München und ihre Betriebe Praktika angemessen entlohnen. Dazu sind, wo es noch nicht geschehen ist, Kontakte mit den zuständigen Gewerkschaften aufzunehmen und entsprechende Vereinbarungen zu schließen.

Weiterbildung

Weiterbildung ist integraler Bestandteil der Bildung und muss daher als Rechtsanspruch angesehen werden.

Die Bereitstellung eines breit gefächerten und flächendeckenden Bildungs-

angebotes in der Weiterbildung ist eine öffentliche Aufgabe. Es ist ein Weiterbildungsangebot zu ermöglichen, das es unabhängig von ökonomischen Ressourcen jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglicht, entsprechende Angebote in allen Weiterbildungsfeldern wahrnehmen zu können: also der beruflichen, aber auch der nicht-funktionalen Weiterbildung wie Kunst und Kreativität, Gesundheit und Persönlichkeitsbildung, Sprachen, Naturwissenschaften, Technik, Geschichte, Philosophie.

Eine besondere Rolle spielt dabei die politische Bildung. Land und Kommune haben die Verpflichtung, die Bevölkerung über gesellschaftspolitische Fragestellungen detailliert zu informieren und die Entwicklung eigener Handlungsmöglichkeiten zu fördern. Die Träger der Erwachsenenbildung bieten – unabhängig von Parteieninteressen – Informationsveranstaltungen, Diskussionsforen, Ausstellungen, Workshops zu aktuellen politischen Fragestellungen an. Zusätzlich vermitteln sie entsprechende Qualifikationen, um selbst politisch aktiv zu werden.

DIE LINKE. tritt für eine Ausweitung der Ausbildungsförderung auf den Weiterbildungsbereich ein und für ein Bundesweiterbildungsgesetz.

Die Finanzierung des erforderlich gewordenen lebenslangen Lernens kann nicht aus privaten Rücklagen erfolgen, es muss dazu einen Rechtsanspruch geben. Die Möglichkeiten, berufliche Arbeit und Weiterbildung zu verbinden,

müssen verbessert werden. Dazu müssen auch die Firmen beitragen. Weiterbildung darf deshalb auch niemals als individuell zu erbringende Leistung definiert werden.

Die Aufwendungen für Weiterbildung sind rückläufig. Dieser Rückgang betrifft zum einen die Ausgaben für betriebliche Weiterbildung, bei denen die Bundesrepublik Deutschland das Schlusslicht unter den EU-Staaten bildet. Auf der anderen Seite zieht sich der Staat zunehmend aus der Finanzierung von Weiterbildung zurück. Dies gilt unter anderem für die Kommunen, die wegen der leeren Kassen ihre Zuschüsse, zum Beispiel für die Volkshochschulen, immer weiter kürzen. Und insbesondere gilt dies auch für die bislang von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte berufliche Weiterbildung. Aufgrund sinkender Realeinkommen sind auch die privaten Aufwendungen für Weiterbildung rückläufig.

Trotz Einsicht in die Notwendigkeit von Weiterbildung gibt es einen großen Kreis von Menschen, die nie oder nur äußerst selten an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Zu ihnen gehören vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen, Migrantinnen und Migranten, BildungsabbrecherInnen und Langzeitarbeitslose.

Die Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Weiterbildungsbereich ist z. T. desolat. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind hier an der Tagesordnung. Dies erschwert diesen Be-

schäftigten die Möglichkeit einer gleichberechtigten Teilnahme am öffentlichen und kulturellen Leben und die Möglichkeit eigener Weiterbildung und gefährdet damit die Qualität der Weiterbildung insgesamt.

Unsere Forderungen:

- ◀ Nur eine ausreichende Gesamtfinanzierung nicht-kommerzieller Einrichtungen der Erwachsenenbildung kann ein Weiterbildungsangebot gewährleisten, das in seiner Breite die im Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung geforderten Bildungsangebote umfasst und diese auch kontinuierlich den gesellschaftspolitischen Anforderungen anpasst. Das Angebot von Bildungseinrichtungen darf sich nicht nur an einer temporären Nachfrage orientieren, sondern muss auch die Deckung langfristiger Bildungsbedarfe zu unterschiedlichen Themen gewährleisten. Es muss auch Angebote aufnehmen, die nur für einen marginalisierten Bevölkerungsanteil relevant sind. Dies ist nur durch eine ausreichende institutionelle Finanzierung der Erwachsenenbildung möglich. DIE LINKE. fordert die Erhöhung der kommunalen Mittel für die öffentlichen Weiterbildungseinrichtungen, namentlich für die Volkshochschulen und die Ausweitung ihres Angebotes.
- ◀ Qualität in der Weiterbildung kann nur gesichert werden, wenn auch die Beschäftigten im Weiterbildungssek-

tor adäquat entlohnt werden. Dumpinglöhne gilt es zu unterbinden. Beschäftigten im Weiterbildungsbe-
reich sind tarifliche Entgelte zu be-
zahlen. Dies gilt auch für die Freibe-
ruflerinnen und Freiberufler. Öffent-
liche Zuschüsse müssen an ein Min-
desthonorar gekoppelt werden.

- ◀ Dem neoliberalen Trend, hauptsäch-
lich auf die finanzielle Eigeninitiati-
ve der Einzelnen zu setzen, erklärt
DIE LINKE. eine klare Absage. Insbe-
sondere ältere ArbeitnehmerInnen
und benachteiligte Bevölkerungs-
gruppen bilden sich unterproportion-
al oft weiter. Dies wirkt sich auf ih-
re Chancen im Arbeitsmarkt aus,
verhindert aber auch eine Partizipation
an demokratischen Entschei-
dungsprozessen. Die Träger der Er-
wachsenenbildung müssen in der La-
ge sein, jenseits von wirtschaftli-
chem Denken, einkommensschwachen
Bevölkerungsgruppen entspre-
chende Ermäßigungen zu gewähr-
leisten. Aus diesem Grund spricht
sich DIE LINKE. auch gegen einen »Fi-
nanzierungsmix« von Weiterbildungs-
krediten, Weiterbildungssparen oder
Bildungsgutscheinen aus.

4 Wohnen

Wohnen ist Menschenrecht

Eine menschenwürdige Wohnung ist Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Aber der Markt liefert Wohnungen nur für jene, die viel bezahlen können; DIE LINKE. steht für eine öffentliche Wohnungspolitik, die jeder und jedem bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum verfügbar macht.

Menschenwürdig Wohnen bedeutet auch, selbstbestimmt wohnen zu können. DIE LINKE. will selbstbestimmte Wohnformen, auch für SeniorInnen wie für Behinderte. Genossenschaftliche Wohnformen, die weitgehende Mitbestimmung der BewohnerInnen ermöglichen, sind für uns besonders wichtig. Auch junge Erwachsene unter 25, die nach den Vorgaben des SGB II bei ihren Eltern wohnen müssen, haben ein Recht, ihren Wohnort selbst zu bestimmen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Bundesmittel für den öffentlichen Wohnungsbau immer weiter heruntergefahren. Gleichzeitig wurden die Spielräume für Spekulation erweitert; es sind nicht mehr langfristig orientierte Anleger, die Wohnanlagen erwerben, sondern »Verwerter«, die Wohnanlagen schnellstmöglich aufteilen und ganze Wohnblöcke in Eigentumswohnungen umwandeln. Die Zulassung von REITs (Real Estate Investment Trusts), d. h. Immo-

bilien-Kapitalgesellschaften mit besonderen Steuervorteilen, wird diesen Prozess verschärfen. DIE LINKE. fordert bundesweit eine Rückkehr zum sozialen Wohnungsbau, die Rücknahme der Zulassung von REITs, Bekämpfung der Spekulation und die Erhaltung von Mietwohnungen.

Der kommunale Wohnungsbestand gerät immer mehr unter Druck, sei es durch Verkäufe, sei es durch Gewinnvorgaben für die Wohnungsgesellschaften, sei es durch bundespolitische Bestrebungen wie die Aberkennung der Gemeinnützigkeit. DIE LINKE. steht auf jeder Ebene für den Erhalt und die Erweiterung des kommunalen Wohnungsbestands. Wir lehnen Gewinnvorgaben für kommunale Wohnungsunternehmen ebenso ab wie Vorhaben, durch Verkäufe aus dem Altbestand neue Sozialwohnungen zu finanzieren.

DIE LINKE. wendet sich gegen Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Wir setzen uns dafür ein, die Umwandlung in Erhaltungs-satzungsgebieten genehmigungspflichtig zu machen.

Ökologische Sanierung des Wohnungsbestandes

Die Stadtplanung steht vor der großen Herausforderung der ökologischen

Sanierung des Wohnungsaltbestandes. Gerade der noch vorhandene günstige Wohnraum, der vor allem dem sozialen Wohnungsbau der sechziger und siebenziger Jahre entstammt, muss zügig erneuert werden. Geschieht dies nicht, kann die künftige Entwicklung der Energiekosten zu einer schweren Krise des Wohnungsmarktes führen.

Die Herausforderung der ökologischen Sanierung muss sozial bewältigt werden. Ohne städtisches Eingreifen werden Mieterinnen und Mieter auch durch zu hohe Energiekosten verdrängt werden und es geht dringend benötigter günstiger Wohnraum endgültig verloren.

Münchner Mieten liegen 50 % über dem Bundesdurchschnitt, an bezahlbaren Wohnungen herrscht Mangel. Viele Münchnerinnen und Münchner müssen den überwiegenden Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger können Anspruch auf eine Sozialwohnung erheben, weil die Bemessungsgrenzen seit zehn Jahren nicht erhöht wurden. Der tatsächliche Bedarf an Sozialwohnungen liegt in der Hochpreisstadt München also wesentlich höher, als die Statistik ausweist. Doch selbst die vorhandenen Ansprüche können nicht befriedigt werden. Der Bestand an Sozialwohnungen ist mittlerweile auf 51 000 geschrumpft und Jahr für Jahr gehen mehr Belegungsrechte verloren, als neu erworben werden.

Immer weitere Stadtviertel wie das Westend, Giesing oder Au/Haidhausen,

stehen unter Aufwertungsdruck und MieterInnen mit geringem Einkommen werden verdrängt. Die Kommunalpolitik verfügt mit der Erhaltungssatzung über ein Instrumentarium, den bestehenden Wohnraum zu sichern. Die Stadt hat in Erhaltungssatzungsgebieten ein Vorkaufsrecht. Von diesem Vorkaufsrecht wird zu wenig Gebrauch gemacht. Den stattfindenden Verdrängungsprozessen wird nur unzureichend entgegengetreten.

In vielen Teilen der Stadt werden ganze Wohnanlagen von institutionellen Anlegern wie Versicherungen und Banken verkauft, aber auch der Bund und ehemals bundeseigene Betriebe wie Post und Telekom verkaufen Wohnbesitz. Zum Zuge kommen bisher überwiegend »Verwerter«. Die Folge sind massiv steigende Mieten und die Umwandlung in Eigentumswohnungen. Da nach wie vor die Münchner Bevölkerung wächst, aber nur jede fünfte neu gebaute Wohnung eine Mietwohnung ist, wird der Druck auf den Münchner Wohnungsmarkt weiter steigen.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften verfügen über 30 000 Wohnungen, die inzwischen keiner Sozialbindung mehr unterliegen. Bisher gab es für diese Wohnungen Mietobergrenzen. Diese wurden aufgehoben; für die meisten Mieter kann die Miete jetzt bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden. Die dadurch erwirtschafteten Erträge sollen an den städtischen Haushalt abgeführt werden. Dies kann dazu führen, dass zukünftig auch die städtischen Ge-

sellschaften bevorzugt an wohlhabende Mieter vermieten.

Unsere Forderungen:

- ◀ DIE LINKE. fordert die Nutzung der Erhaltungssatzung. Augenblicklich gibt es nur 15 Erhaltungssatzungsgebiete, in denen die Erhaltungssatzung für eine Dauer von fünf Jahren gilt. Wir wollen eine zeitliche und räumliche Ausweitung. Erhaltungssatzungen sind nicht nur in Altbauvierteln möglich, die unter Denkmalschutz stehen; sie sind auch ein Mittel, um einkommensschwachen MieterInnen günstigen Wohnraum zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, mit diesen »Milieuschutzsätzen« heute noch günstige Wohngebiete vor Umwandlungen zu bewahren. Gleichzeitig muss die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.
- ◀ DIE LINKE. setzt sich dafür ein, große Bestände von Mietwohnungen, die zum Verkauf anstehen, in städtischen Besitz zu übernehmen. Dabei kann der Erwerb durch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft auch eine Zwischenstufe hin zu einer Genossenschaft sein, wenn die MieterInnen dies wünschen. Große Anlagen wie z. B. am Perlacher Forst spekulativen Interessen auszuliefern und dem Mietwohnungsmarkt zu entziehen, kann keine sinnvolle Wohnungspolitik sein.
- ◀ DIE LINKE. will die sozialen Mietobergrenzen in den städtischen Woh-

- nungsbaugesellschaften wieder herstellen. Wohnungen in städtischem Besitz sollen an sozial bedürftige Haushalte vermietet werden.
- ◀ Erträge, die aus städtischen Wohnungsbeständen erwirtschaftet werden, dürfen nicht in den allgemeinen Haushalt eingestellt werden, sondern müssen vorrangig für Mietwohnungsneubau, Bestandserhaltung und den Erwerb neuer Belegungsrechte verwendet werden.
 - ◀ Ein wichtiges Mittel zum Erhalt von Mietwohnungen ist die Zweckentfremdungsverordnung. DIE LINKE. verlangt die Erstellung von praxistauglichen Richtlinien für den Vollzug und die Einstellung des erforderlichen Personals, um die Durchführung auch überwachen zu können.
 - ◀ Der Bedarf an günstigen Mietwohnungen kann nicht durch Neubauten gedeckt werden. DIE LINKE. fordert, den Sozialwohnungsanteil im Bestand auszuweiten. Ein Mittel dazu könnte ein Programm zur energietechnischen und ökologischen Sanierung sein, wobei Modernisierungszuschuss nur gegen Belegungsrecht gewährt wird. Damit ließen sich ältere Wohnungsbestände erfassen, die sich noch in institutionellem Besitz befinden, ehe diese veräußert und aufgeteilt werden.
 - ◀ Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser, Wohnen von Alt und Jung in Baugemeinschaften, Wohngruppen oder Genossenschaften sowie sinnvolle Verbindungen von Wohnen und Arbeiten gewinnen in den letzten Jahren an Bedeutung. DIE LINKE. erwartet, dass diese Bestrebungen von der Stadt intensiv gefördert werden. Bestehende und neue Genossenschaften, die Wohnungsbestände erwerben, müssen nach Kräften unterstützt werden. Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass auch einkommensschwache MieterInnen, wie z. B. Haushalte, die von ALG II leben müssen, daran teilhaben können. Deshalb fordert DIE LINKE. für diese Personengruppen die Finanzierung der Genossenschaftsanteile durch die Stadt.
 - ◀ DIE LINKE. fordert, dass bei Neubauten wesentlich stärker als bisher auf ökologische Kriterien geachtet wird; insbesondere muss der Energieverbrauch reduziert werden.
 - ◀ DIE LINKE. fordert die langfristige Sicherung und Aufwertung vorhandener Wohnungsbestände. Dazu gehört die Beseitigung städtebaulicher Sünden der Vergangenheit (»Schlafstädte«) durch nachträgliche Ausstattung mit sozialer Infrastruktur. Ebenso wollen wir aber eine flexible Modernisierung, die nicht nur energietechnische Verbesserungen anstrebt (die zur Werterhaltung erforderlich sind), sondern auch z. B. durch behindertengerechte Ausstattung einer älteren Wohnbevölkerung entgegenkommt.
 - ◀ Familienformen und Lebensweisen verändern sich. DIE LINKE. fordert die Entwicklung angemessener Wohnformen; das können Häuser für Alleinerziehende mit entsprechenden Spiel- und Betreuungsräumen für die Kinder sein, Altenwohngemeinschaften für queere (vgl. Kap. 12 »Queere Lebensweisen«) und migrantenspezifische Genossenschaftsprojekte.
 - ◀ DIE LINKE. fordert die Entwicklung eines ökologischen Sanierungsplans, der sich an den Maßnahmen orientiert, die für die Altbausanierung entwickelt wurden.

5 Kommunale Finanzen

DIE LINKE. steht auf Bundesebene für eine Reform der Gemeindefinanzen, mit der die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederhergestellt wird. Hierzu zählt vor allem die Anwendung und Umsetzung des Konnexitätsprinzips, d.h. die kommunalen Belastungen, die aufgrund der von Bund oder Land an die Kommune aufgetragenen Aufgaben entstanden sind, werden vom Verursacher (Bund oder Land) finanziell ausgeglichen. DIE LINKE. fordert ein Anhörungsrecht für Kommunen bei sie betreffenden Gesetzen. Die Kommune ist zuständig für die Daseinsvorsorge und somit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Davon profitieren die Bürgerinnen und Bürger, sowie die Wirtschaft.

DIE LINKE. steht finanzpolitisch

- ◄ für eine neue Solidarität auf der Basis moderner öffentlicher Dienstleistungen und solidarischer Sicherungssysteme;
- ◄ für den ökologischen Umbau der Gesellschaft als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens;
- ◄ für eine Gesellschaft, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt;
- ◄ für die sozial gleiche Teilhabe der Einzelnen an den Entscheidungen in der Gesellschaft.

Die öffentlichen Haushalte – Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – benötigen zur Erfüllung ihrer Aufgaben fast die Hälfte der Wirtschaftsleistung. Die sogenannte Staatsquote liegt in den Staaten der EU zwischen 40 % und 50 %. Die Aufgaben der öffentlichen Hand werden in der Demokratie im Rahmen der Gesetze durch politische Mehrheitsbildung festgelegt, finanziert werden sie durch Steuern und Abgaben der Bürgerinnen und Bürger.

Umfang und Qualität öffentlicher Leistungen

Die Unternehmen der privaten Wirtschaft orientieren sich bei ihren Entscheidungen am wirtschaftlichen Erfolg. Im Vordergrund steht ein privates Interesse, kein öffentliches. Über Mittel des öffentlichen Haushalts und entsprechende Angebote können Bedürfnisse gedeckt werden, die von allgemeinem bzw. öffentlichem Interesse sind. Will ein Staat – das heißt seine Bürgerinnen und Bürger – bestimmte öffentliche Leistungen wieder anbieten, erhalten oder ausbauen, so muss er dies über eine entsprechende Steuer- und Finanzpolitik gewährleisten.

Die private Wirtschaft – ob im Dienstleistungsbereich oder in der Industrie –

kann nicht ohne Vorleistungen der öffentlichen Haushalte funktionieren. Dazu gehören rechtliche Grundlagen, Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, technische Leistungen, soziales Umfeld, Infrastruktur, Kommunikationseinrichtungen usw. Und schließlich muss die Planungsleistung der öffentlichen Verwaltung erwähnt werden, die für die Erschließung ganzer Regionen zuständig ist und dafür sorgen soll, dass Investoren einen »attraktiven« Arbeitsmarkt vorfinden.

Die Qualität der öffentlichen Einrichtungen und Leistungen ist nicht nur ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität, sondern auch für die Wirtschaftsleistung eines Landes oder einer Kommune. Wie hoch diese Qualität sein soll und wer sie zu welchen Bedingungen in Anspruch nehmen können soll, muss politisch durch Mehrheiten entschieden werden. Die Form der Leistungserbringung – ob direkt durch die Verwaltung, Regie- oder Eigenbetrieb, in Kooperation mit anderen Kommunen etc. – muss zunächst vom Einzelfall abhängig gemacht werden.

Demokratische Beteiligungsstrukturen

In vielen Kommunen wird das Konzept des Bürgerhaushalts bereits gelebt, wie z. B. in Berlin Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf. Bürgerhaushalt bedeutet, dass die BürgerInnen die Mög-

lichkeit haben, in einem öffentlichen Diskussionsprozess zu entscheiden, wo sie Schwerpunkte in der Haushaltspolitik sehen. Es geht nicht darum, dass die Bevölkerung zum »Zahlenexperten« wird sondern darum, in einem öffentlichen Diskussionsprozess Prioritäten zu setzen, Verteilungskonflikte zu problematisieren und möglichst konsensuale Lösungen der Probleme zu finden. In allen Debatten muss der gesamte Haushalt offengelegt werden. Transparenz des Verfahrens, Zugänglichkeit und Verständlichkeit für alle BürgerInnen sind weitere wichtige Faktoren für den Erfolg eines Bürgerhaushaltes. Außerdem sollten BürgerInnen die Möglichkeit haben, die Verfahren, mit denen sie Einfluss auf die Haushaltsgestaltung nehmen, selbst zu gestalten. Öffentliche Rechenschaftslegung von Verwaltung und Politik sowie eine Veränderung der Arbeitsweise der Verwaltung sind unbedingt erforderlich. So bedeutet Bürgerhaushalt in diesem Sinne für DIE LINKE., auf basisdemokratische Art und Weise Haushaltspolitik zu machen.

DIE LINKE. verbindet mit Bürgerhaushalt folgende Ansprüche:

- ◄ Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern, in demokratischen Verfahren ihre Interessen zu artikulieren und dabei zunehmend die Gesellschaft – das Gemeinwesen – insgesamt als selbstverständlichen Faktor im Blick zu haben;
- ◄ Zurückdrängung von Lobbyismus und Korruption;
- ◄ eine höhere Bedarfsgerechtigkeit und damit Effektivität des Einsatzes von Haushaltsmitteln;
- ◄ die Beförderung von Solidarität zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Regionen;
- ◄ eine Erhöhung der Standortqualität;
- ◄ Ursachen der Begrenztheit finanzieller Spielräume sichtbar und öffentlich machen.

Jede Kommune ist auf stetige und verlässliche Einnahmen angewiesen, um ihre zahlreichen Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können. In den Jahren 2001 bis 2003 sanken die Steuereinnahmen der Stadt München Jahr für Jahr. Ursache war die im Jahr 2000 verabschiedete Steuerreform, durch die vor allem Unternehmen und SpitzenverdienerInnen deutlich entlastet wurden.

Im Juli 2002 verkündete OB Ude schließlich den Haushaltsnotstand und das Programm zur Haushaltskonsolidierung wurde verschärft, das zahlreiche schmerzhaft Eingriffe für die BürgerInnen und die Beschäftigten der Stadt enthielt. Inzwischen sind die Gewinne der Unternehmen so weit gestiegen, dass es wieder Überschüsse im Haushalt gibt, die zur Schuldentilgung verwendet werden können. Diese erfreuliche Entwicklung ist nun in Gefahr. Statt aus den Fehlern der letzten Steuerreform zu lernen, sollen sie wiederholt werden. Die große Koalition hat eine Unternehmenssteuerreform beschlossen, die nach ihren eigenen Berechnungen im Jahre 2008 zu

Steuerausfällen von insgesamt 6,5 Mrd. Euro führen wird. Ca. 850 Mio. davon werden nach Angaben des Bundesfinanzministers auf die Gemeinden entfallen. Unabhängige ExpertInnen erwarten, dass die tatsächlichen Steuerausfälle etwa zwei- bis dreimal so hoch sein werden. Auch bei der letzten Steuerreform waren die Einnahmeausfälle wesentlich höher als die vom damaligen Finanzminister Eichel zuvor veröffentlichten Schätzungen.

Die Stadtkämmerei München geht davon aus, dass die Mindereinnahmen der Stadt für den Zeitraum 2008 bis 2011 auf der Basis der optimistischen Annahmen des Finanzministeriums bei rund 110 Mio. Euro liegen werden. Diese Annahmen werden jedoch als stark risikobehaftet eingestuft. Fazit der Stadtkämmerei: »Das könnte bei ungünstiger Entwicklung bedeuten, dass allein für die Landeshauptstadt München ein Steuerausfallrisiko in der Höhe von rund 50 bis 80 Mio. Euro pro Jahr bestehen kann.«

2007 wurde im Bundestag die Einführung von REITs beschlossen. Dies sind Immobilienfonds in Form von Aktiengesellschaften, die zahlreiche steuerliche Privilegien genießen. Zumindest mittelfristig werden dadurch die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen dauerhaft verringert. Der Finanzminister erhofft sich im Gegenzug steigende Einnahmen des Bundes und der Länder aus der Kapitalertragssteuer.

München hatte am 31. 12. 2006 einen Schuldenberg von über fünf Milliarden

Euro (inklusive Eigenbetriebe) angehäuft. Insofern ist es richtig, dass die Stadtverwaltung versucht, das Kreditmanagement zu optimieren. Aktives kommunales Schuldenmanagement darf jedoch nicht derivative Zinssicherungsinstrumente einschließen. Derivate/Termingeschäfte sind wegen ihrer Hebelwirkung äußerst riskant. Große Unternehmen wie die deutsche Metallgesellschaft, die britische Baringsbank oder der amerikanische Energiehändler Enron haben sich mit derartigen Geschäften ruiniert. Die mangelhafte Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse zum Kreditmanagement vom 01.07.2003 haben gezeigt, dass die Strukturen der öffentlichen Verwaltung nicht den hohen betriebswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechen, die notwendig sind, um ein beherrschbares Sicherungsgeschäft zu organisieren. Die Stadtkämmerei kann die Finanzierung der kommunalen Aufgaben durch ein gut strukturiertes Kreditportfolio absichern. Dieses basiert vor allem auf festverzinslichen Schuldtiteln, in dem alle Laufzeiten gleichberechtigt berücksichtigt sind, schließt aber auch variabel verzinsten Anleihen mit einer Zinsobergrenze ein. Es bedarf keiner Derivate, um stets flexibel entsprechend der aktuellen Haushalts- und Kapitalmarktlage zu handeln und mit einer starken Position gegenüber potenziellen Geldgebern auftreten zu können.

Seit mehr als zwanzig Jahren nutzt die Landeshauptstadt München Leasingmodelle als eine Form von Public-Private-

Partnership zur Finanzierung ihres Haushalts. Leasingobjekte sind vor allem öffentliche Grundstücke und Gebäude. Wir lehnen solche Finanzierungsformen ab, mit deren Hilfe vermögende »Investoren« Körperschafts-, Umsatz-, Erbschafts- und Schenkungssteuer zu Lasten der Länder und Bundeshaushalte sparen. Die Abwicklung dieser Deals schränkt die Verfügungsmacht über kommunale Einrichtungen ein und ist mit einem großen Verwaltungsaufwand und erheblichen finanziellen Risiken verbunden. Oftmals stellt sich nach Vertragsabschluss heraus, dass diese Steuervermeidungsstrategien gegen geltende Gesetze verstoßen. So hat die oberste US-amerikanische Steuerbehörde Internal Revenue Service (IRS) 1999 die steuerliche Anerkennung von Cross-Border-Leasing ausgeschlossen (Revenue Ruling 99/14 vom 11.3.99). Nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 7.11.05 sind Erbschaftssteuermodelle mit dem Grundgesetz unvereinbar.

Immer noch leistet die Stadt München Finanzhilfe für den Münchner Flughafen, durch zinslose Darlehen und dadurch, dass ihr Eigenkapitalanteil kaum Rendite abwirft. Da die Stadt München und ihre Eigenbetriebe zusammen etwa 5 Mrd. Euro Schulden haben, für die sie selbst Zinsen zahlen müssen, handelt es sich hier um sehr reale Belastungen des Steuerzahlers. Gleichzeitig meldet die FMG jedes Jahr stolz steigende Zahlen beim Passagier- und Frachtaufkommen. Dieser Aufschwung ist aber offensicht-

lich davon abhängig, dass die Start- und Landegebühen am Flughafen München durch öffentliche Subventionen künstlich niedrig gehalten werden. Dabei verschlechtern sich die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen insbesondere der Beschäftigten im Bereich der Bodenverkehrsdienste. Das heißt, die Finanzhilfe zahlt sich weder für die Stadt noch die Beschäftigten aus, sondern erhöht vor allem die Gewinne der Fluggesellschaften.

Die Luftfahrt belastet in hohem Maße die Umwelt durch Lärm und Abgase. Sie ist eine wesentliche Ursache der Klimaveränderungen durch den Treibhauseffekt. Dass eine Stadt, die angeblich kein Geld hat für ein Sozialticket beim MVV, Flugreisen subventioniert, ist für uns nicht hinnehmbar.

Im Gegensatz dazu hat der Münchner Stadtrat im September 2006 ein Raumordnungsverfahren für den Bau einer 3. Start- und Landebahn am Flughafen München beschlossen. Wirtschaftlich betrachtet soll damit ein Unternehmen erweitert werden, das heute auf staatliche Subventionen angewiesen ist. Begründet wird dies mit der Erwartung stark steigender Passagier- und Frachtaufkommen. Damit stellt sich die Frage, warum diese Entwicklung nicht dazu genutzt wird, die Einnahmen des Flughafens so zu erhöhen, dass wenigstens die Zinsen erwirtschaftet werden, die die Stadt München bei ihren Kreditgebern bezahlen muss.

Für die Realisierung des Ausbaus existiert bisher kein Finanzierungskon-

zept. Es gibt lediglich eine Absichtserklärung, dass der Ausbau von der FMG aus eigener Kraft – ohne Zuschüsse oder Darlehen der Gesellschafter – zu erfolgen hat. Selbst wenn dies eingehalten wird, muss die FMG sich dann die notwendigen Gelder am allgemeinen Kapitalmarkt verschaffen. Dort gibt es Kredite nur gegen marktübliche Zinsen. Es steht dann zu befürchten, dass Zinszahlungen und erst recht Tilgungen für das Darlehen der Landeshauptstadt München an die FMG noch weiter in die Zukunft verschoben werden müssen und dass die FMG wie in der Vergangenheit versucht, die Mittel durch weitere Absenkung von Löhnen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aufzubringen.

DIE LINKE. im Münchner Stadtrat hat die Einleitung des Raumordnungsverfahrens zur 3. Start- und Landebahn abgelehnt. Leider hat die Mehrheit im Stadtrat anders entschieden. Ungeachtet unserer grundsätzlichen Ablehnung der Flughafenerweiterung tritt DIE LINKE. dafür ein, dass parallel zum Raumordnungsverfahren auch ein Finanzierungskonzept für den geplanten Ausbau des Flughafens erstellt wird. Dieses Konzept muss von der Voraussetzung ausgehen, dass keine weiteren öffentlichen Mittel in den Ausbau fließen und zumindest die bisherige Planung zur Verzinsung und Tilgung des Darlehens an die FMG eingehalten wird. Dann wird sich zeigen, dass die Flughafenerweiterung nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch nicht zu vertreten ist.

Unsere Forderungen:

- ◀ DIE LINKE. fordert eine Finanzierung städtischer Leistungen durch alle. Auch die private Wirtschaft hat sich an der Bereitstellung öffentlicher Leistungen finanziell zu beteiligen.
- ◀ Wir fordern die Bereitstellung von und den Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge für alle und das in guter Qualität: Bildung, Wohnen, Gesundheit, Betreuung und Pflege, Mobilität, Wasser- und Energielieferung, Ver- und Entsorgung sowie Kultur sind keine Waren sondern öffentliche, allgemeine Güter, die allen zustehen müssen unabhängig vom Einkommen
- ◀ DIE LINKE. fordert den Ausbau demokratischer Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten auch mit Blick auf städtische Einrichtungen. Dies umfasst:
 - ein erweitertes Prüfungsrecht der Stadt bei städtischen Betrieben
 - die Veröffentlichung der Daten von städtischen Betrieben im Finanzdaten- und Beteiligungsbericht
 - die Rückkoppelung mit der Öffentlichkeit bei der Bedarfsermittlung und Ausgestaltung
 - die Abführung von Gewinnen städtischer Betriebe im gesetzlich möglichen Umfang an den Stadthaushalt, wie z. B. von der Stadtsparkasse und den Stadtwerken.
- ◀ DIE LINKE. setzt sich ein für die Ausweitung der Kompetenzen und der Mittel für die Bezirksausschüsse.

- ◀ DIE LINKE. fordert die Einführung des Bürgerhaushalts, weil mit diesem die gesellschaftliche Beteiligung am Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – der Haushaltspolitik – möglich wird. Dabei legen wir besonderen Wert darauf, dass
 - in allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -durchführung und -kontrolle die aktive Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen und der haushalts- sowie gestaltungspolitischen Prioritätensetzung gesichert ist
 - eine umfassende und problemorientierte Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die eigentlich anstehenden Aufgaben erfolgt
 - die kommunalpolitisch Verantwortlichen möglichst viele Haushaltstitel zur öffentlichen Debatte stellen
 - sich die Kommunalvertretungen selbst verpflichten, dem Votum der Bürgerinnen und Bürger zu folgen
 - alle Möglichkeiten für eine breite Teilnahme der Bevölkerung geschaffen werden, wobei in den Großstädten auch die Stadtteil- bzw. die Stadtbezirksebene berücksichtigt werden muss
 - sich die jeweils konkreten Verlaufsformen allmählich und auf der Grundlage von Erfahrungen herausbilden können und nicht

bereits zu Beginn durch restriktive Formalitäten ersticken.

- ◄ DIE LINKE. fordert die Stadt München auf, zur Finanzierung von Haushaltslücken kein städtisches Eigentum zu verkaufen, das der öffentlichen Daseinsvorsorge dient.
- ◄ Wir erwarten die Ablehnung von Dumpingangeboten im Rahmen der städtischen Vergabepolitik.
- ◄ DIE LINKE. fordert den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kommunen.
- ◄ Wir sind gegen weitere Steuerentlastungen für Großunternehmen und SpitzenverdienerInnen, denn diese Einnahmeverluste müssen dann von der Masse der Bevölkerung aufgefangen werden, etwa durch die Mehrwertsteuererhöhung oder durch Leistungskürzungen im Bildungs- oder Sozialbereich.
- ◄ Wir fordern einen Ausgleich für die Kommunen durch Erhöhung ihres Anteils an der Einkommensteuer.
- ◄ DIE LINKE. fordert ein Beenden der »Zockerei« mit öffentlichen Geldern und Schluss mit Steuertricks.
- ◄ Dauerhafte Zuschüsse für den Flugverkehr aus öffentlichen Kassen akzeptieren wir nicht. Der wirtschaftliche Aufschwung des Flughafens muss vorrangig dazu genutzt werden, gut bezahlte und human gestaltete Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und die Subventionen abzubauen.

6 Stadtentwicklung

München leuchtet für alle!

Wir wollen ein soziales, ökologisches und demokratisches München, das nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell aufblüht. Die Stadtentwicklung muss so gestaltet werden, dass alle Münchnerinnen und Münchner an ihr teilhaben, nicht nur die Reichen und die Mittelschicht.

DIE LINKE. will eine demokratische Stadtentwicklung und Stadtplanung. Wir wollen stärkere Mitbestimmung beim Planungsprozess für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Bezirksausschüsse. Eine demokratische Stadtplanung zeigt sich auch im Umgang mit dem Umland. Die Verteilung von Lasten und Nutzen in der Region muss durch Kooperation und Ausgleich geregelt werden. Um die Demokratie in den Stadtteilen zu stärken und eine demokratische Stadtplanung zu ermöglichen, fordern wir »Demokratiezentren« in allen Stadtteilen, sichtbare Orte, an denen gemeinsam die Probleme des Viertels, von der Straßenplanung bis zum Kindergarten, besprochen werden können. Diese Bürgerzentren wären dann auch der Sitz der aufgewerteten Bezirksausschüsse.

Die Münchner Zukunft planen

DIE LINKE. sieht die Zukunft Münchens nicht nur als Verwaltungs- und Dienstleistungsmetropole. Produktion ist und bleibt ein wichtiger Faktor. Ohne sie verarmt das gesellschaftliche Leben. Damit auch weiterhin Flächen für Produktionsstandorte ausgewiesen werden können, müssen für die damit einhergehenden Belastungen (durch Verkehr, Lärm oder Emissionen) sozial verträgliche Kompensationen entwickelt werden.

Die begrenzten Flächenreserven innerhalb des Stadtgebietes – bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum – erfordern einen nachhaltigen und planvollen Umgang mit den noch verfügbaren Ressourcen und ggf. frei werdenden Flächen. Dies beinhaltet eine maßvoll verdichtete Bauweise mit gemischten Nutzungsstrukturen, nicht zuletzt auch als Voraussetzung für den Verzicht auf motorisierte Verkehrsmittel. Anzustreben ist grundsätzlich eine »Stadt der kurzen Wege« (z. B. zur Schule, zum Arbeitsplatz oder zu den Einrichtungen des Einzelhandels und der Freizeit, aber auch zu den Haltestellen des Schienenverkehrs). In Einzelfällen können Hochhausprojekte durchaus sinnvoll sein, sofern sie städtebaulich akzeptabel und, wie durch Bürgerentscheid im Jahr 2004

festgelegt, nicht höher als 100 m sind. Dies gilt insbesondere für Neubaugebiete im Einzugsbereich von U- oder S-Bahn-Haltestellen. Als geeignete Standorte kommen »Stadttor-Situationen« an den Stadteinfahrten, Kreuzungsbereiche und Schnittpunkte wichtiger Verkehrsachsen zum Beispiel mit dem Mittleren Ring in Frage, aber auch bereits vorhandene Hochhausstandorte. In städtebaulichen Entwicklungsgebieten können Hochhäuser Akzente setzen sowie Orientierungspunkte im Stadtgefüge bilden. Hochhäuser müssen in München jedoch ein besonderer Bautyp bleiben und dürfen nicht zum Regelfall werden.

Hochhausprojekte müssen sich an den Richtlinien orientieren, die in den beiden Hochhausstudien (Schreiber 1977 und Stracke/Schreiber 1995) entwickelt und vom Stadtrat beschlossen wurden. Danach soll die Altstadt, die alten Dorfkerne sowie gewachsene Stadtteile und schützenswerte Freiräume in ihrem Charakter erhalten und deshalb frei von Hochhäusern bleiben. Außerdem darf die Sicht auf Wahrzeichen der Stadt aus den Hauptsichtlinien nicht beeinträchtigt werden. Über die Höhe eines Hochhauses ist im Einzelfall zu entscheiden. Beurteilungs- und Entscheidungskriterien sind u. a. die Lage des Standortes, die unmittelbare Umgebung, die Sichtbeziehungen und die Nah- und Fernwirkung. Prüfinstanzen sind – neben den Leitlinien der Hochhausstudie (1995) – der städtebauliche Wettbewerb, die Kommission für Stadtgestal-

tung sowie das Bebauungsplan-Verfahren, in dessen Verlauf die BürgerInnen und die Bezirksausschüssen mehrfach angehört und zur Stellungnahme aufgefordert werden. Die endgültige Entscheidung trifft der Stadtrat als das von den BürgerInnen legitimierte Entscheidungsorgan.

Die Planung und Realisierung von Hochhäusern unterliegt in München – wie alle Bauvorhaben, die aufgrund neuen Baurechtes entstehen – den Grundsätzen der Sozialgerechten Bodennutzung. Danach müssen sich Grundeigentümer an den Folgekosten der Planung (z. B. für Straßenbaumaßnahmen, Grün- ausstattung und Infrastruktureinrichtungen) beteiligen. Die sog. »Münchner Mischung« regelt nicht nur das angestrebte Verhältnis zwischen Wohnbauflächen, Freiflächen/Grünanlagen und Gewerbe in Neubaugebieten (jeweils 1/3), sondern auch die gewünschte Struktur der gewerblichen Nutzung (Handwerk, Dienstleistung/Büros, Einzelhandel) und den jeweiligen Mindestanteil geförderter (Miet-) Wohnungen, z. B. für kinderreiche und/oder sozial schwächere Bevölkerungsgruppen (30 %). Auf ausgewählten städtischen Wohnbauflächen sollen zusätzlich 20 % der Wohnflächen für »mittlere Einkommensbezieher« bereitgestellt werden. Die »Münchner Mischung« bestimmt damit letztlich das Verhältnis von Arm und Reich innerhalb des Neubauquartiers und ist ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Stadtgestaltung. »Gated Communities«, d. h.

abgeschlossene, bewachte Wohnsiedlungen für Reiche lehnen wir ab.

Stärkung der Stadtviertel – für lebendige Quartiere

Im Nahbereich der Menschen ist es am einfachsten, selbstbestimmt an politischen und sozialen Prozessen teilzuhaben. Voraussetzung dafür ist, dass vor Ort auch »alles vorkommt«. Durch eine gezielte Stärkung der Stadtviertel soll eine weitere Zentralisierung innerhalb der Stadt verhindert werden. Dies gilt nicht nur für den Bedarf an Waren und Dienstleistungen, sondern auch für kulturelle, soziale und Freizeit-Einrichtungen. Dies würde auch dem Ausschluss der Bevölkerungskreise entgegen wirken, die wegen mangelnder Mobilität nicht dauernd quer durch die Stadt fahren können. Dazu gehören nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch ältere Menschen und alle MünchnerInnen, deren Einkommen zu niedrig ist.

Die Schließung von Stadtteilbibliotheken ist deshalb rückgängig zu machen und das Netz stattdessen bedarfsgerecht auszubauen. Städtischen Einrichtungen, insbesondere Sozialbürgerhäuser und Bürgerbüros, Alten- und Servicezentren, Pflegeheime, Kulturzentren sollten flächendeckend geplant werden, so dass lebendige Stadtviertelzentren entstehen. Darüber hinaus fordern wir mehr Flächen und Räume für nicht-kommerzielle und kulturelle Aktivitäten.

Für ein soziales Miteinander – Rückeroberung des öffentlichen Raums

Dabei soll der Charakter der einzelnen Stadtviertel erhalten und ggf. wiederhergestellt werden. In den Wohngebieten ist eine lebendige, soziale Mischung anzustreben. Wir wollen weder eine Häufung sozialer Problemlagen, noch die Entwicklung einzelner Wohnblöcke oder Straßenzügen zu »Reichenghettos« und fordern eine Aufwertung der Randquartiere, die nach wie vor unter den Planungsfehlern vergangener Jahrzehnte leiden (wie z. B. das »Hasenberg« oder die Großsiedlung Neuperlach).

Der öffentliche Raum muss für alle Münchnerinnen und Münchner zugänglich sein, auch für die, die sich nicht in das Stadtbild einfügen. Öffentliche Flächen vor Einkaufszentren, in Fußgängerzonen und Altstadtplätze müssen weiterhin oder wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen – nicht zuletzt auch für politische Veranstaltungen. Auch Spielplätze, Begegnungsplätze für Jugendliche und Freizeiteinrichtungen für Ältere gehören zum erforderlichen öffentlichen Raum; DIE LINKE. wendet sich gegen alle Versuche, Gruppen der Bevölkerung in konsumpflichtige Bereiche abzudrängen.

Die Hälfte der Münchner Bevölkerung gehört keiner oder einer nicht-christlichen Religionsgemeinschaft an. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass alle Religio-

nen gleichberechtigt in der Gesellschaft wirken können. Dazu gehört unabdingbar auch das Recht, sich zu keiner Religion zu bekennen. Jeder und jede muss auch das Recht und die Möglichkeit haben, sich von einer Religion abzuwenden. Eine »Rangfolge der Religionen« lehnen wir ab. Für staatliches und städtisches Handeln setzen wir uns das Ziel der Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften. Im Übrigen treten wir für eine konsequente Trennung von Staat und Religion ein.

In München gibt es eine Vielzahl beeindruckender religiöser Bauten; katholische, evangelische und orthodoxe Kirchen. Dazu kam zuletzt die Synagoge am St.-Jakobs-Platz. Der Wunsch Münchner Muslime, gleichfalls mit ihrer Religion im Stadtbild präsent zu sein, kann deshalb nicht abgelehnt werden. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass die Moschee am Gotzinger Platz so rasch wie möglich gebaut wird.

Darüber hinaus geht es darum, die Vielfalt der Lebensweisen und Bekenntnisse auch in der Stadtentwicklung stärker zu berücksichtigen. Neubauviertel werden mit Kirchen, aber ohne kulturelle, soziale und religiöse Räume für Andersgläubige oder Religionslose geplant. Die kulturelle und religiöse Mischung der Stadtbevölkerung muss sich in der Stadtplanung widerspiegeln.

Erhalt des Grünwalder Stadions

Sport- und andere Veranstaltungen zählen für uns zum städtischen Leben, und auch dafür müssen kommunale Räume erhalten bleiben. Das Stadion an der Grünwalder Straße ist das meistgenutzte in Bayern; es ist bestens an den öffentlichen Nahverkehr angebunden und bietet einen unersetzlichen Veranstaltungsort für zwanzig- bis dreißigtausend Besucher. DIE LINKE. fordert nicht nur die Erhaltung des traditionsreichen Stadions, sondern die Entwicklung eines Nutzungskonzepts, das sich neben der bisherigen Nutzung für den Amateursport und zu sozialer sowie kultureller Nutzung erweitert.

Zusammenarbeit mit der Region

Eine Zukunft hat München nur, wenn die Stadt die Zusammenarbeit mit der Region sucht und pflegt. Dies gilt nicht nur für Verkehrsprobleme, sondern auch für die Ansiedlungspolitik von Firmen und die Ausweisung von Wohngebieten. Auch auf dem Gebiet von Natur- und Umweltschutz ist eine verstärkte Kooperation mit der Region erforderlich. Hier einen fairen Ausgleich zwischen Lasten und Nutzen zu finden ist nicht einfach und bedarf erhöhter Anstrengungen der Stadt, die in den Diskursen als »großer«

unter »vielen Kleinen« auftritt. So entsteht nicht automatisch eine demokratische Entscheidungskultur, sondern es lockt der kurzfristige Vorteil auf Kosten des Nachbarn.

Unsere Forderungen:

- ◄ DIE LINKE. setzt sich für eine Entwicklung der Stadtteile im Sinne einer »Stadt in der Stadt« ein, als Grundvoraussetzung für eine selbstbestimmte Teilhabe am politischen, sozialen und kulturellen Leben. Daher fordern wir u. a.:
 - dass flächendeckend städtische Einrichtungen wie z. B. Sozialbürgerhäuser, Bürgerzentren, Kulturzentren, Alten- und Servicezentren oder Pflegeheime geplant werden;
 - dass Flächen und Räume für nicht-kommerzielle und kulturelle Aktivitäten geschaffen werden;
 - dass Stadtteilbibliotheken wiedereröffnet bzw. eröffnet werden.
- ◄ Eine »Ghettoisierung« einzelner Stadtteile lehnen wir ab. DIE LINKE. setzt sich für eine lebendige und soziale Mischung in allen Vierteln, d. h. auch in den Randquartieren, ein.
- ◄ Für DIE LINKE. ist der Zugang aller zu öffentlichen Räumen ein demokratisches Grundrecht und deren Erhalt eine demokratische Pflicht. Dazu zählen für uns neben Spielplätzen, Begegnungsplätze für Jugendliche und Freizeiteinrichtungen für Ältere auch z. B. öffentliche Flächen vor Einkaufszentren, in Fußgängerzonen oder Altstadtplätze, von denen einzelne Bevölkerungsgruppen nicht abgedrängt werden dürfen.
- ◄ Im Sinne der Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften fordert DIE LINKE., dass deren Bedürfnisse bei der Stadtplanung entsprechend berücksichtigt werden und sich darin auch die religiöse und kulturelle Mischung der Stadtbevölkerung widerspiegelt. DIE LINKE. unterstützt den Wunsch Münchner Muslime, gleichfalls mit ihrer Religion im Stadtbild präsent zu sein. Wer von den Muslimen Integrationsanstrengungen einfordert, darf ihnen für die Ausübung ihrer Religion ein würdiges und bedarfsgerechtes Gotteshaus nicht verweigern. Daher sind wir dafür, dass die Moschee am Gotzinger Platz so rasch wie möglich gebaut wird.
- ◄ DIE LINKE. tritt für den Erhalt des Grünwalder Stadions und die Entwicklung eines Nutzungskonzepts ein, das neben dem Sport auch kulturelle und soziale Veranstaltungen einbezieht.
- ◄ DIE LINKE. setzt sich zum Ziel, die Zusammenarbeit und den Ausgleich zwischen der Stadt München und den umliegenden Regionen zu stärken und auszuweiten, u.a. in den Bereichen »Arbeit und Wirtschaft«, »Wohnen« und »Ökologie und Umwelt«.

7 Interkulturelle Solidarität und Migration

Wer von einer politischen Entscheidung betroffen ist, muss an ihr mitwirken können. Das ist eines der Grundprinzipien der Demokratie. DIE LINKE. sieht dieses Prinzip in Deutschland verletzt. Millionen Bürgerinnen und Bürger sind vom politischen Leben ausgeschlossen, weil sie keine deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit besitzen. Eine demokratische und pluralistische Gesellschaft kann dies auf Dauer nicht dulden, das ist unsere Überzeugung. Wir sehen die Notwendigkeit, jedem Menschen dort politische Rechte zu gewähren, wo sein Lebensmittelpunkt ist. Auch das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Schutz vor Diskriminierung stehen jedem zu, der hier lebt. Diese Prinzipien liegen der Haltung der LINKEN zu Fragen von Migration und Integration zugrunde.

In den vergangenen Jahren wurde in Deutschland im Umgang mit Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund wieder der Rückwärtsgang eingelegt. Die Anforderungen für Aufenthaltstitel wurden verschärft. Die Einbürgerung ist ein jahrelanges Verfahren mit ungewissem Ausgang. Während andere europäische Länder längst zumindest ein kommunales Wahlrecht für alle EinwohnerInnen eingeführt haben, wird hierzulande schon die Selbstorganisation Nichtwahlberechtigter in politischen

und kulturellen Vereinen mit Misstrauen betrachtet und Beschränkungen unterworfen.

Zu den rechtlichen Benachteiligungen, die sich auf dem Arbeitsmarkt ebenso auswirken wie im Familienleben, tritt noch Diskriminierung. Vor kurzem ergab eine Studie der OECD, dass in Deutschland selbst MigrantInnen mit besten inländischen Universitätsabschlüssen deutlich schlechtere Beschäftigungschancen haben als Deutsche. Für Jugendliche, die vom deutschen Bildungssystem in die Hauptschule geschoben wurden, gilt dies noch viel mehr.

DIE LINKE. setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, rechtliche und soziale Diskriminierungen zu beseitigen. Alle Menschen, die auf Dauer hier leben, müssen ein gesichertes Bleiberecht und gleiche Rechte bekommen. DIE LINKE. fordert ein kommunales Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit und strebt langfristig ein volles Wahlrecht auf allen Ebenen an. DIE LINKE. steht für ein »jus solis«, das allen hier Geborenen die Staatsbürgerschaft verleiht, einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und die konsequente Bekämpfung jeder Form von Rassismus und Intoleranz.

Flüchtlinge und »Illegalisierte«

Es gibt immer weniger AsylbewerberInnen und Flüchtlinge in Deutschland, trotzdem bleibt die Politik in Deutschland bei ihrem strikten Abschottungskurs. Das mittlerweile extrem aufgeweichte Grundrecht auf Asyl findet in der Praxis kaum noch Anwendung.

In München sind Flüchtlinge und ihre Probleme meist unsichtbar, auch weil die Stadt für Menschen ohne Aufenthaltsstatus nicht zuständig ist. DIE LINKE. fordert weiterhin die Abschaffung der vom Freistaat unterhaltenen Lager und stattdessen eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen. Die Essenspakete verstoßen gegen die Menschenwürde, sie müssen abgeschafft werden. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehören in die alleinige Verantwortung des städtischen Jugendamtes, Kinder gehören in Kindergarten, Schule und Ausbildung. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen muss fallen.

Mehr als ein Drittel der Münchnerinnen und Münchner hat einen Migrationshintergrund, d. h. zumindest ein Elternteil ist zugewandert. Bei Kindern und Jugendlichen liegt diese Zahl weit höher. Dabei sind nach wie vor die meisten rechtlich AusländerInnen; zu 24 % AusländerInnen

kommen nur 10 % Deutsche mit Migrationshintergrund. Bundesweit ist das Zahlenverhältnis umgekehrt. Grund dafür ist die in Bayern besonders restriktive Einbürgerungspraxis. In der Folge sind in München besonders viele Bürgerinnen und Bürger von den Regelungen des restriktiven Ausländerrechts betroffen und besonders viele haben kein kommunales Wahlrecht.

In etwa einem Drittel aller in München geschlossenen Ehen haben die Partner Pässe aus verschiedenen Ländern. Die erschwerten Bedingungen, unter denen solche Ehen geschlossen und geführt werden, sind also nicht mehr die Ausnahme, sondern eher der Normalfall.

Auch in Münchner Kindergärten und Schulen ist die Begegnung vieler Sprachen und Kulturen die Regel. Das gilt aber nur für die Kinder und Jugendlichen selbst; weder in der Zusammensetzung des Betreuungspersonals und des Lehrkörpers noch in den Bildungsinhalten findet sich diese Vielfalt wieder. So wird leicht zur Bedrohung, was Bereicherung sein müsste.

Im deutschen Bildungssystem entscheiden Einkommen und Bildung der Eltern über die Chancen der Kinder. In Bayern gilt das noch verstärkt. Der Münchner Bildungsbericht belegt, dass auch in unserer Stadt Kinder mit Migrationshintergrund besonders darunter leiden. Ihr Anteil an höheren Bildungsabschlüssen entspricht bei weitem nicht ihrem Anteil an der Bevölkerung. Der Zugang zu beruflicher Bildung ist noch zusätzlich erschwert. Leider gilt dies auch für Ausbil-

dungsplätze bei der Stadt München – von unlängst eingestellten 312 Auszubildenden haben ganze 12 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Kein Wunder, dass viele Jugendliche mit Migrationshintergrund keine Berufsausbildung erreichen und arbeitslos sind.

Migrantinnen und Migranten finden meist nur schlecht bezahlte, oft gesundheitlich belastende Arbeit. Weil dies auch in vergangenen Jahrzehnten so war, sind sie im Alter oft arm und gesundheitlich eingeschränkt. Auf die Probleme alternder MigrantInnen ist die Stadt aber nicht wirklich vorbereitet. Große Teile der Infrastruktur für ältere MitbürgerInnen, ob Altenzentren oder Pflegeeinrichtungen, befinden sich in kirchlicher Trägerschaft; muttersprachliche medizinische Betreuung ist meist nicht möglich, mehrsprachiges Personal, selbst mehrsprachige Informationsmöglichkeit ist oft nicht vorhanden. Aus einem Alter in Würde wird so ein Alter in Vernachlässigung.

In München leben zehntausende Flüchtlinge mit ungesichertem oder gänzlich ohne Aufenthaltsrecht. Erstere werden durch jahrelange Kettenduldungen diskriminiert, d. h. durch wiederholte Aufenthaltverlängerungen von einer Woche bis drei Monaten; letztere werden von Anfang an »illegalisiert«. Von ihrer Anwesenheit profitieren viele. Sie selbst haben große Probleme: Sie haben keinen legalen Zugang zu Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung und Schulen, sowie zum Wohnungsmarkt. Es gibt in München erste Ansätze zur medizinischen Betreuung.

Krankenhausaufenthalte sind aber nach wie vor fast unmöglich. Es gibt kaum Wege, den Aufenthalt zu legalisieren, auch nicht für hier geborene Kinder. Dabei sind viele »Illegalisierte« hervorragend ausgebildet; darunter sind Universitätsprofessoren, die Büros putzen. Aber viele ausländische Abschlüsse und Berufsausbildungen werden hier nicht anerkannt.

Unsere Forderungen:

- ◀ Ausländische Staatsbürger haben auch in München zu wenig politische Rechte. Die Einbürgerung ist augenblicklich der einzige Weg, daran etwas zu ändern. Dass in München weniger Eingebürgerte leben als in anderen deutschen Großstädten, ist der bayrischen Politik geschuldet. Aber die Stadt München kann und muss dem entgegenwirken. DIE LINKE. fordert die Einrichtung eines Einbürgerungsbüros, das Einbürgerungswillige beim Verfahren unterstützt und begleitet.
- ◀ DIE LINKE. setzt sich für die Beibehaltung eines direkt gewählten Ausländerbeirats ein. Solange es kein kommunales Wahlrecht für alle gibt, ist ein gewählter Ausländerbeirat unverzichtbar. Seine Kompetenzen müssen zudem deutlich erweitert werden; er muss Mitspracherecht in allen Bereichen städtischen Handelns erhalten, die MigrantInnen betreffen.
- ◀ Selbstorganisation von MigrantInnen muss gefördert werden, gleich, ob politisch, kulturell oder religiös.

DIE LINKE. sieht darin einen notwendigen Schritt, um Austausch zu ermöglichen, aber auch, um die Grundlagen für fehlende Infrastruktur beispielsweise für die Versorgung älterer MigrantInnen zu schaffen.

- ◀ DIE LINKE. fordert eine Verbesserung der Lage aller Menschen ohne gesichertem Bleiberecht und aller »Illegalisierten«. Sie wendet sich gegen die Bedrohung von MigrantInnen und Flüchtlingen durch eine fortwährende Kriminalisierung ihrer Person, z. B. in Form der Polizeikontrollen am Münchner Hauptbahnhof, sowie die in München und Bayern besonders restriktive Anwendung des Ausländerrechts und der sog. Sicherheitsgesetze. Die Stadt München muss sich gegenüber der Bayerischen Staatsregierung dafür einsetzen, dass diese Praxis beendet wird.
- ◀ Auch für Menschen ohne gesichertes Bleiberecht und »Illegalisierte« muss eine Versorgung in den städtischen Kliniken gewährleistet sein; dafür ist ein Budget bereitzustellen. Kinder müssen Kindergärten und Schulen besuchen können, ohne die Meldung an Behörden zu fürchten. Kinder, die hier geboren werden, müssen hier legalisiert werden können. Es müssen Wege gefunden werden, um »Illegalisierten« den Zugang zu günstigem Wohnraum zu ermöglichen, ihnen Rechtsschutz (z. B. bei Konflikten mit Arbeitgebern oder bei rassistischer Diskriminierung) zu gewährleisten. Die beste Lösung dafür wäre eine unabhängige, städtisch geförderte Beratungsstelle.
- ◀ MigrantInnen müssen bei der Anerkennung ihrer Abschlüsse und Ausbildungen unterstützt werden. DIE LINKE. fordert, dass sich die Stadt München auf allen Ebenen dafür einsetzt, die Anerkennung zu erleichtern.
- ◀ Die Vielfalt der Stadt muss sich auch in den städtischen Einrichtungen widerspiegeln. DIE LINKE. fordert die gezielte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen. Langfristig muss die Zusammensetzung des städtischen Personals der Zusammensetzung der Stadtbevölkerung entsprechen. Anders ist eine diskriminierungsfreie Verwaltung nicht zu erreichen. Bis dahin sollte interkulturelle Weiterbildung verpflichtend sein und städtischen Beschäftigten das Erlernen einer der Hauptmigrationssprachen kostenfrei ermöglicht werden.
- ◀ Besonders dringlich ist die Einstellung mehrsprachiger ErzieherInnen in den Kindertagesstätten. DIE LINKE. setzt sich außerdem dafür ein, die Bildungspläne der Tagesstätten auf eine interkulturelle Erziehung hin zu öffnen, in der z. B. nicht nur der Nikolaus, sondern auch das Zuckerfest einen Platz hat. Sprachliche Förderung muss so gestaltet werden, dass eine nichtdeutsche Muttersprache nicht als Defizit erlebt wird. In den El-

ternbeiräten sind Plätze für MigrantInnen verpflichtend zu reservieren.

- ◀ Muttersprachlicher Unterricht ist ein Recht, keine Gnade. DIE LINKE. hält Zusatzprogramme für erforderlich, die auf allen Bildungsebenen muttersprachliches Lernen ermöglichen. Nur dann wird aus der Beherrschung der anderen Sprache eine belegbare Qualifikation, die auch auf dem Arbeitsmarkt anerkannt wird.
- ◀ Im Rahmen ihres Integrationskonzepts betreibt die Stadt München ein Projekt, das Unternehmen überzeugen soll, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund auszubilden. Ein solches Projekt ist aber nur glaubwürdig, wenn die Stadt und die kommunalen Betriebe mit gutem Beispiel vorangehen. DIE LINKE. fordert, Ausbildungsplätze mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Altersgruppe an Jugendliche mit Migrationshintergrund zu vergeben. Führen die Auswahlverfahren zu einem geringeren Anteil, so sind sie von geeigneten Stellen auf diskriminierende Elemente hin zu untersuchen und dann entsprechend zu ändern. Bei der Entwicklung solcher Verfahren müssen Ausländerbeirat und Antidiskriminierungsstelle mit einbezogen werden.
- ◀ DIE LINKE. setzt sich ein für eine tragfähige Infrastruktur für ältere Migrantinnen und Migranten. Mindestens eines der geplanten Alten- und Servicezentren (ASZ) muss ein inter-

nationales ASZ werden. Es müssen Modellprojekte entwickelt und gefördert werden, die multireligiöse und mehrsprachige ambulante Pflege anbieten. DIE LINKE. fordert die Einsetzung einer Planungsgruppe, um den Bedarf für muttersprachliche SeniorInnenwohngemeinschaften und muttersprachliche stationäre Demenzpflege zu überprüfen.

- ▶ Alle städtischen Angebote müssen für alle Münchnerinnen und Münchner zugänglich sein, die Ausgestaltung muss den verschiedenen Bedürfnissen gerecht werden. Der Frauenbadetag in den städtischen Bädern ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es muss aber in allen sozialen und kulturellen Handlungsbereichen selbstverständlich werden, verschiedene Bedürfnisse wahrzunehmen. So wäre es durchaus denkbar, ein Projekt des sozialen Wohnungsbaus gezielt auf die Bedürfnisse von MigrantInnen auszurichten.
- ▶ Kultur in München ist vielsprachig; ein Internationales Kulturzentrum, das auch Raum für nichtdeutsches Theater und Kino, für Musik und Tanz bietet, ist überfällig.
- ▶ DIE LINKE. wird nach Kräften den Diskussionsprozess zu dem vom Stadtrat einstimmig beschlossenen Integrationskonzept kritisch begleiten und von der Stadtverwaltung und der Stadtgesellschaft die Umsetzung erforderlicher und geeigneter Maßnahmen einfordern.

8 Mobilität und Verkehr

Mobilität – ein Maßstab für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Unter dem Begriff »Mobilität« verstehen die Fachleute – völlig unabhängig vom Verkehrsmittel – die Häufigkeit von außerhäuslichen Ortsveränderungen pro Person und Zeiteinheit; dabei wird jede einzelne Ortsveränderung durch einen Tätigkeitswechsel der betreffenden Person gekennzeichnet; (z. B. vom »Wohnen« zum »Arbeiten«, vom »Arbeiten« zum »Einkaufen«, vom »Einkaufen« ins Kino und vom Kino wieder zum »Wohnen« nach Hause). Mobilität ist somit ein Maßstab für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit für die Chancengleichheit der Bürgerinnen und Bürger.

Mobilitätsbedürfnisse sind abhängig von der Lebenssituation einer Person und den sich daraus ergebenden Alltagsanforderungen. Die wesentliche Kenngröße der Mobilität ist die Mobilitätsrate, d. h. die personenbezogene Anzahl aller zurückgelegten Wege pro Tag. Diese Mobilitätsrate liegt im Bundesdurchschnitt bei etwa vier Wegen pro EinwohnerIn (über sechs Jahre) und hat sich über die letzten Jahrzehnte so gut wie nicht verändert. Die Mobilität hat also – im Gegensatz zur landläufigen Meinung – keineswegs zugenommen. Zugenom-

men – wenn auch nur geringfügig – hat der tägliche Reisezeitaufwand. Deutlich angewachsen sind die zurückgelegten Entfernungen (z. B. zum Arbeitsplatz und/oder zum Supermarkt), die bei annähernd gleichem Zeitaufwand und insbesondere im Umland nur noch mit schnelleren Verkehrsmitteln – vorzugsweise dem Auto – bewältigt werden können. Für diejenigen, die weiterhin auf langsamere Verkehrsmittel, z. B. die eigenen Füße, angewiesen sind, steigt dagegen der Reisezeitaufwand und mindert ihre Chance, in derselben Zeit noch andere Ortsveränderungen vornehmen zu können: ihre Mobilität sinkt.

Die mit der Lebenssituation verbundene soziale Rolle der Menschen in unserer Gesellschaft wird mit dem Begriff »Gender« beschrieben. Durch die Strategie des »Gender Mainstreaming« soll z. B. der Blick auf die soziale Rolle gelenkt werden, die Frauen und Männer in unserer Gesellschaft einnehmen. Die jeweils vorhandenen Unterschiede und die daraus resultierenden spezifischen Anforderungen von Frauen und Männern, Jungen und Alten usw. wollen wir bei der Umsetzung unserer Ziele und Forderungen berücksichtigen.

Für wen und für was wir uns stark machen

Im Mittelpunkt unseres kommunalpolitischen Engagements im Arbeitsfeld »Mobilität und Verkehr« stehen die sozial und körperlich schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen, die FußgängerInnen und RadfahrerInnen, die Fahrgäste im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie – nicht zuletzt – die BürgerInnen als StraßenanwohnerInnen und ihre spezifischen Forderungen nach möglichst geringer verkehrsbedingter Beeinträchtigung durch Lärm, Schadstoffe, nach höchstmöglicher (Verkehrs-)Sicherheit und insgesamt hoher Aufenthaltsqualität im Straßenraum.

Nachrangig, jedoch nicht gänzlich ohne Belang, sind für uns demgegenüber die Interessen der motorisierten VerkehrsteilnehmerInnen an raschem, staufreiem Fortkommen bzw. möglichst geringen Reisezeiten und ausreichendem Parkraum. Ein Aus- oder Neubau von Straßen kommt für uns nur dann in Betracht, wenn die Umfeld- und Umweltbelastungen und die Sicherheitsrisiken in der Gesamtbilanz abnehmen und wenn die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung zu einem positiven Ergebnis führt.

Für nachrangig halten wir schließlich auch die Forderungen von Flugreisenden – insbesondere von VielfliegerInnen – nach schnelleren Verkehrsverbindungen zum Flughafen im Erdinger Moos. Das Transrapid-Projekt lehnen wir daher

ebenso ab wie den Bau einer dritten Start- und Landebahn oder den Sonderflughafen in Oberpfaffenhofen. Wir halten die bereits vor Jahren kalkulierten Projektkosten des Transrapid für unverhältnismäßig und sind davon überzeugt, dass selbst die aktuellen, noch unzureichenden Klimaschutzziele durch ein ungebremstes Wachstum des Flugverkehrs konterkariert werden. Deshalb plädieren wir für eine Besteuerung des Flugbenzins und für höhere Start- und Landegebühren.

Die Förderung der schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen erfolgt – wenn nötig – auch zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs (MIV), insbesondere des (Kfz-)Berufs-, aber auch des Einkaufs- und Freizeitverkehrs. Unser zentrales Anliegen ist dabei, diesen Teil des Kfz-Verkehrs spürbar zu reduzieren. Im Visier haben wir dabei insbesondere den (Ziel- und Quell-)Verkehr der UmlandbewohnerInnen, denen ein leistungsfähiges und attraktives System von schienengebundenen Verkehrsmitteln (aus S-Bahn und Stadt-Umlandbahn) zur Verfügung gestellt werden muss. Der Binnenverkehr der Münchnerinnen und Münchner sollte grundsätzlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln, per Rad und zu Fuß abgewickelt werden. Die Verlagerung von möglichst großen Anteilen des (nicht notwendigen) Kfz-Verkehrs auf die »stadtverträglicheren« Verkehrsmittel des Umweltverbundes ist somit zugleich auch eine unabdingbare Voraussetzung für eine Verbesse-

rung der Verkehrsbedingungen im Wirtschaftsverkehr.

Eine erfolgreiche Strategie der Verkehrsverminderung bzw. Verkehrsverlagerung (weg vom Auto hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsmitteln) setzt ein entsprechend attraktives Angebot im »Umweltverbund« aus ÖPNV, Radfahren und Zufußgehen voraus und muss – gleichzeitig – durch weniger attraktive Rahmenbedingungen im motorisierten Individualverkehr (etwa durch Parkraumbeschränkung bzw. restriktives Parkraum-Management) gefördert werden. Dieses notwendige Zusammenwirken von sog. »Push-and-Pull-Effekten« wollen wir in München stärker akzentuieren. Eine »gleichgewichtige« (konkurrierende) Entwicklung von ÖPNV und MIV kommt für uns nicht in Betracht.

Wir halten es für unabdingbar, nicht nur die städtische Verkehrsplanung, sondern auch die regionale und überregionale Verkehrspolitik konsequent auf den Umweltverbund auszurichten und zu diesem Zweck (nicht zuletzt) auf Bundesebene neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Deshalb plädieren wir für »Kostenwahrheit im Verkehr« und damit für eine Abkehr von der bislang üblichen Subventionierung des Kfz-Verkehrs zugunsten des ÖPNV. Die Bereitstellung eines attraktiven Mobilitätsangebotes im umweltfreundlichen ÖPNV halten wir für eine Kernaufgabe staatlicher Daseinsvorsorge, die – ähnlich wie das Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitswesen – (langfristig) vollständig aus Steu-

ermitteln finanziert werden muss. Eine Privatisierung des ÖPNV lehnen wir strikt ab!

DIE LINKE. in München sagt NEIN zum Transrapid,

- weil der Zeitvorteil nur denjenigen zugute kommt, die über den Hauptbahnhof zum Flughafen fahren;
- weil damit 2 % der MVV-KundInnen – meist VielfliegerInnen – auf Kosten der anderen 98 % subventioniert werden;
- weil er technisch unausgereift ist. Seit 2002 sind schon 182 Mio. Euro in die Forschung gesteckt worden. Weitere 115 Mio. sind nötig, um ihn »nahverkehrstauglich« zu machen;
- weil er zu teuer ist. Mit den über 2 Mrd. Euro Kosten können dringendere Dinge finanziert werden, in Kindergärten oder im Bildungswesen, oder auch die Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs;
- weil es ausreichende Reserven bei der S-Bahn gibt;
- weil er eine Zumutung für die AnwohnerInnen ist, die durch den Lärm und Erschütterungen beeinträchtigt werden;
- weil er ein Energiefresser ist: Der Transrapid verbraucht fast vier Mal soviel Energie wie die Express-S-Bahn;
- weil er langfristig keine Arbeitsplätze schafft und – im Gegensatz zum

Ausbau des öffentlichen Regional- und Nahverkehrs – auch keine Arbeitsplätze sichert;

- weil wir ihn als gigantische Umverteilungsmaschine zugunsten der beteiligten Konzerne und zu Lasten der öffentlichen Haushalte sehen.

Unsere Forderungen:

Als Fürsprecherin der FußgängerInnen und RadfahrerInnen fordern wir:

- ◀ Durchgängige, möglichst umwegarme, attraktiv geführte und gestaltete Fuß- und Radweg-Netze in hierarchischer Ordnung (ähnlich wie im Kfz-Verkehr) mit hinreichend breiten Geh- bzw. Fahrbahnen und gutem Ebenheitszustand, komfortablen und sicheren Querungsstellen auch zwischen den Kreuzungen und Einmündungen, geringstmöglichen Wartezeiten an signalgeregelten Fahrbahnübergängen sowie eine weitgehende Öffnung von Einbahnstraßen für RadfahrerInnen.
- ◀ Verbesserte Querungsmöglichkeiten erwarten wir darüber hinaus auch im Verlauf von Bahnlinien (wie z. B. im Zuge der Entwicklungsachse Hauptbahnhof – Laim – Pasing) sowie für andere unüberwindliche Barrieren.
- ◀ Wir setzen uns ein für bewachte Fahrradstationen (Abstellanlagen) an den wichtigen Verkehrsknoten wie z. B. am Hauptbahnhof, am Ostbahnhof und am Marienplatz und wenden

uns gleichzeitig gegen zugeparkte Geh- und Radwege, gegen zunehmenden Fahrradverkehr auf den Gehwegen und gegen die Benutzungspflicht von Radwegen für RadfahrerInnen ab dem 11. Lebensjahr.

- ◀ Wir kämpfen für ein angstfreies »Verkehrsklima« auf Münchens Straßen und Plätzen und für eine Rückeroberung des öffentlichen Raumes!

Als Anwältin der Fahrgäste des öffentlichen Nahverkehrs (einschließlich der BahnkundInnen) tritt die Münchner LINKE ein

- ◀ für eine neue (sozialere) Tarifpolitik in mehreren Zwischenschritten bis hin zum Nulltarif für sozial Benachteiligte (Sozialticket), Kinder, SchülerInnen und Studierende, der zumindest teilweise mit einer City-Maut für Pkw und Motorräder finanziert werden könnte; erste Schritte auf dem Weg zum Nulltarif für alle sind für uns das kostenlose Sozialticket, ein Einfrieren der Fahrpreise auf derzeitigem Niveau und eine deutliche Reduzierung der Zeitkartenpreise;
- ◀ für einen massiven Ausbau des ÖPNV mit Bus, Tram, U- und S-Bahnen; dies beinhaltet nicht zuletzt auch eine kontinuierliche Verbesserung des Fahrtenangebotes durch eine höhere Bedienungshäufigkeit bzw. eine dichtere Taktfolge auch in den Abend- und Nachtstunden sowie im Nachtliniennetz, weitere Be-

schleunigungsprogramme für Bus- und Trambahn-Linien, auch zu Lasten des Kfz-Verkehrs, und möglichst zahlreiche umsteigefreie Direktverbindungen.

Im Einzelnen stehen wir

- ◄ für den zügigen Ausbau des Trambahn-Netzes; dazu gehören – neben den bereits in Angriff genommenen Projekten – insbesondere die Trassen durch den Englischen Garten und in der Fürstenrieder Straße (Nord- bzw. Westtangente), die Verlängerung der Straßenbahn-Linie 19 zum Pasinger Bahnhof und nach Freiam sowie die Verlängerung der Linie 17/18 vom Effnerplatz über den Arabellapark nach St. Emmeram;
- ◄ für verbesserte ÖPNV-Verbindungen zwischen den Stadtteilen außerhalb der Innenstadt (durch Ringlinien »von Stadtteil zu Stadtteil«) sowie zwischen diesen Stadtteilen und den jeweils benachbarten Umlandgemeinden, nicht zuletzt solchen, die (noch) nicht von der S-Bahn erschlossen sind (z. B. durch eine Stadt-Umland-Bahn);
- ◄ für eine Verknüpfung/Vernetzung der U- und S-Bahnen im Außenbereich und damit (langfristig) für eine Verlängerung der U1 zum S-Bahnhof Fasanerie, der U2 zu S-Bahnhof Feldkirchen, der U4 zum S-Bahnhof Engschalking und der U6 nach Martinsried (bzw. weiter zum S-Bahnhof Gräfelfing oder Planegg); für vorrangig halten wir jedoch die Verlängerung der U4/U5 bis Pasing sowie – als Ersatz für eine zweite S-Bahn-Stammstrecke – den Umbau des Südrings für den S-Bahn-Betrieb;
- ◄ für einen zügigen mehrgleisigen Ausbau der S-Bahn-Trassen dort wo die angestrebte Taktverdichtung eine Trennung des Fern- und Regionalverkehrs voraussetzt;
- ◄ für ein ergänzendes System von Express-S-Bahnen auf allen stärker frequentierten Linien, nicht zuletzt auch auf der Flughafenlinie S8, wenn dadurch (und in Verbindung mit einer restriktiven Parkraumbewirtschaftung) die Nachbargemeinden im Umfeld des Flughafens nachhaltig vom Kfz-Verkehr entlastet werden können; unter dieser Voraussetzung unterstützen wir den S-Bahn-Ringschluss von Erding zum Flughafen ebenso wie dessen Anbindung an den Schienenfernverkehr;
- ◄ für eine maßvolle Modernisierung des Münchner Hauptbahnhofs statt »München 21«; einen zweiten Tunnel zwischen Haupt- und Ostbahnhof sehen wir als Möglichkeit, den Südring zugunsten der S-Bahn vom Fernverkehr zu entlasten;
- ◄ für eine stärkere Unterstützung der Carsharing-Organisationen durch die Vermittlung von Stellplätzen in zen-

tralen städtischen Einrichtungen. Anzustreben ist ein dichtes Netz von Stationen im Stadtgebiet, die – ähnlich wie die Haltestellen des ÖPNV – maximal zehn Gehminuten (= 600 m) von der Wohnung entfernt sein sollten.

Im Interesse der Wohnbevölkerung in den Stadtvierteln, insbesondere der AnwohnerInnen im Umfeld von Erschließungs- und Hauptverkehrsstraßen kämpfen wir für eine umfeldverträgliche Organisation und damit für eine Minimierung der negativen Auswirkungen des unvermeidbaren Kfz-Verkehrs, durch konsequente Verkehrslenkung sowie durch »klassische« bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung der Wohnquartiere.

Örtliche und zeitliche Verkehrsbeschränkungen, wie etwa die sogenannte »Umweltzone« (innerhalb des Mittleren Rings) sind notwendige Instrumente zur Reduzierung der Umweltbelastungen z. B. durch Feinstaub. Dieses Instrumentarium ist durch eine City-Maut für Pkw und Motorräder zu ergänzen, wenn wir die Lebensqualität in der Innenstadt nachhaltig verbessern, den öffentlichen Personennahverkehr ausbauen und schrittweise den Nulltarif einführen wollen. Ein Missbrauch als Überwachungsinstrument muss selbstverständlich ausgeschlossen sein.

9 BürgerInnenengagement – Ausbau der Demokratie

Demokratie lebt von der Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen – indem die Menschen zum einen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, zum anderen aber auch, indem sie sich aktiv einbringen. Die Kommune ist ein politischer Raum, in dem Elemente der Selbstverwaltung und Emanzipation der Menschen etabliert und weiterentwickelt werden können. Die Mitwirkung an der Gestaltung des eigenen Lebensumfelds ermöglicht positive Erfahrungen mit Politik, die in der Gegenwart rar geworden sind. Hier tritt selbstbestimmtes politisches Handeln an die Stelle von Entscheidungen durch Volksvertreter, die im Ergebnis zu oft nicht dem eigentlichen Willen der Wähler entsprechen.

DIE LINKE. in München hat sich zum Ziel gesetzt, Voraussetzungen zu schaffen und Strukturen zu stärken, die es jedem Menschen, der in dieser Stadt lebt – unabhängig von Geschlecht, Sprache, Nationalität, Staatsangehörigkeit, religiöser oder politischer Anschauungen, sexueller Orientierung – möglich macht, sich an der Gestaltung des Gemeinwesens und des gesellschaftlichen Lebens umfassend zu beteiligen.

Demokratie muss gelebt werden:

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass die bestehenden Möglichkeiten der demokratischen Beteiligung in größtmöglichem Umfang genutzt bzw. erweitert werden.

Demokratie muss gewollt sein:

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass alle, die in dieser Stadt leben, das Recht und die Möglichkeit haben, sich wirksam an Entscheidungen zu beteiligen.

Demokratie zu leben muss möglich sein:

Soziale und politische Sicherheit sind eine Grundvoraussetzung für bürgerrechtliches Engagement. Nur Menschen, die keiner existenziellen Bedrohung ausgesetzt sind, werden sich für das Gemeinwesen einsetzen.

Demokratie muss erlernt werden:

DIE LINKE. begreift die Erziehung zur Demokratie als einen umfassenden Bildungsauftrag. Demokratisches Handeln setzt demokratisches Denken voraus und muss eingeübt werden. Neben der Vermittlung von reinem Faktenwissen müssen die Befähigung zur Kritik, Selbstständigkeit, soziale Kompetenz und Verantwortung sowie – ganz zentral – die Mechanismen demokratischer Entscheidungsbildung und -umsetzung Bildungsziel sein.

Demokratie muss geschützt werden:

Für DIE LINKE. steht außer Zweifel, dass nationalistische Ideologien in all ihren Erscheinungsformen die Demokratie und die Menschen, die in ihr leben, gefährden. Ihnen muss durch Aufklärung, wirksame Aktivitäten, aber auch entsprechende rechtliche Schritte konsequent entgegengetreten werden.

Demokratie endet nicht bei städtischem Eigentum und städtischen Leistungen:

DIE LINKE. vertritt die Überzeugung, dass Bürgerinnen und Bürgern das Recht zusteht, sich für eine solidarische Lebenswelt und gegen die Erzielung partikularer Gewinne zu entscheiden. Sie haben einen Anspruch darauf, dass Leistungen der Daseinsvorsorge für alle zugänglich sind. Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, Mobilität, Wasser, Gas und Strom, Wohnungen, Ver- und Entsorgung dürfen sich nicht an der Zahlungskraft der NachfragerInnen orientieren. Auch wenn es teilweise bereits private Angebote gibt, so sind für eine demokratische Ausgestaltung öffentliche Leistungen in guter Qualität unerlässlich.

München ist die einzige deutsche Millionenstadt, in der unterhalb des Stadtrats keine weiteren entscheiden-

den Organe der Selbstverwaltung bestehen. Die Bayrische Gemeindeordnung kennt keine Bezirksbürgermeister, wie sie in Berlin, aber auch in Köln zu finden sind. Dadurch wird München für viele Elemente direkter Demokratie bereits zu unübersichtlich. Die 25 Münchner Bezirksausschüsse könnten die Grundlage für eine politische Ebene bilden, die den Menschen näher ist. Dazu müssten sie aber mit weiter reichenden Rechten ausgestattet werden als bisher.

Unsere Forderungen:

- ◀ DIE LINKE. will in München die politischen Entscheidungsrechte der Bezirksausschüsse ausbauen, u. a. fordern wir eine stärkere Einflussnahme bei der Prioritätensetzung im städtischen Haushalt und bei der Investitionsplanung.
 - ◀ Um die Demokratie in den Stadtteilen zu stärken und eine demokratische Stadtplanung zu ermöglichen, sind wir für die Einrichtung von »Demokratiezentren« (Bürgerzentren) in allen Stadtteilen. Sichtbare Orte, an denen gemeinsam die Probleme des Viertels, von der Straßenplanung bis zum Kindergarten, besprochen werden können.
 - ◀ Wir streben die Einführung eines »kommunalen Bürgerhaushalts« an, bei dessen Gestaltung Bezirksausschüsse, Bürger- und Einwohnerversammlungen ein Mitspracherecht haben (s. auch Kap. Kommunale Finanzen). Insbesondere fordern wir
 - im Rahmen dessen die Einführung eines Interventionsfonds, über den soziale Stadtteilinitiativen frei verfügen können, ohne sich bürokratischen Verfahrensweisen unterziehen zu müssen. Über die Verwendung muss selbstverständlich Rechenschaft abgelegt werden. Beispiel: Berlin-Lichtenberg (seit 2007). Dort haben die BürgerInnen Einfluss auf die »freiwilligen Ausgaben« im Haushalt. Volumen: Ca. 30 Mio. Euro. Etwa 4000 BürgerInnen (über 1,5 % der im Bezirk lebenden Menschen) beteiligen sich.
- ◀ DIE LINKE. fordert das kommunale Wahlrecht für alle Menschen, die dauerhaft in der Stadt leben – unabhängig von der Staatsbürgerschaft.
 - ◀ Bis zu dessen Einführung muss die Direktwahl des Ausländerbeirats als demokratisch gewählte Interessenvertretung beibehalten werden – auch bei geringer Wahlbeteiligung.
 - ◀ DIE LINKE. fordert die Öffnung von Einrichtungen für Erziehung, Schule und Bildung für eine demokratische Mitwirkung durch Elemente zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und Selbstverwaltung.
 - ◀ Wir möchten demokratische Selbstgestaltungs- und Mitbestimmungsrechte in allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.
 - ◀ Wir streben die Schaffung freiwilliger Angebote für Kinder und Jugendliche in Form von »Schulsozialarbeit« und »Schulkulturarbeit« in Zusammenarbeit mit Institutionen der Zivilgesellschaft wie Vereinen und Initiativen an.
- ◀ Wer sich in die Nähe der wenigen noch existierenden Jugendeinrichtungen begibt, läuft Gefahr in Polizeicomputern zu landen und nicht mehr raus zu kommen. Solche einschüchternden Maßnahmen sind extrem kontraproduktiv in Bezug auf das Entwickeln von Eigeninitiative und Zivilcourage bei jungen Menschen. DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass diese Einschüchterungspolitik beendet wird.
 - ◀ Für DIE LINKE. ist die Förderung und (finanzielle) Unterstützung von antifaschistischen Initiativen, Aktivitäten und Projekten unabdingbar, mit dem Ziel, in der Stadt eine sicht- und spürbare »Gegenkultur« zu entwickeln, z. B.:
 - Ausbau demokratischer Kultur- und Bildungsangebote in städtischen Einrichtungen (z. B. EineWeltHaus) und den Stadtteilen.
 - Unentgeltliche Nutzung von Räumen der Stadt für entsprechende Aktivitäten/Veranstaltungen.
 - Unterstützung bei Organisation und Kommunikation entsprechender Aktivitäten/Veranstaltungen durch die Stadt.
 - Besondere Begleitung und Förderung von Projekten an Schulen und in Jugendeinrichtungen, z. B. »Münchner Schülerbüro e. V.«, »Münchner Schülerkongress«,

- »Schule ohne Rassismus«,
 »Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«.
- ◄ Wir werden in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Organisationen jede Duldung oder Begünstigung neonazistischer Umtriebe durch Behörden oder Träger öffentlicher Belange strafrechtlich prüfen lassen.
 - ◄ Wir akzeptieren keine Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand.
 - ◄ Wir fordern die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle für Opfer fremdenfeindlicher und homophober Angriffe.
 - ◄ Wir werden keine rassistischen oder diskriminierenden Verhaltensweisen in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes dulden.
 - ◄ DIE LINKE. setzt sich für die Einrichtung einer neutralen Stelle ein, die Beschwerden und Anliegen der BürgerInnen unbürokratisch nachgeht und eine Lösung anstrebt – ohne sie als BittstellerInnen zu behandeln. Die Zusammenarbeit mit bereits entsprechenden, bereits bestehenden Stellen bzw. Institutionen, z. B. Verbraucherschutzverbänden werden wir verbessern.
 - ◄ DIE LINKE. setzt sich für die Einrichtung einer Ombudsstelle ein, die Beschwerden der BürgerInnen gegenüber der »Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung München GmbH« (ARGE) im Bereich des ALG II und gegenüber der Stadtverwaltung im Bereich der Grundsicherung im Sinne der Leistungsberechtigten verfolgt. Diese Stelle darf nicht im Bereich der ARGE oder der Sozialverwaltung angesiedelt sein, benötigt aber weitreichende Rechte diesen gegenüber.
 - ◄ DIE LINKE. fordert den Ausbau demokratischer Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten, auch mit Blick auf städtische Einrichtungen.
 - ◄ Wir setzen uns dafür ein, dass Fehlentwicklungen dem Stadtrat und der Öffentlichkeit regelmäßig berichtet und entsprechende Korrekturen vorgenommen werden.

10 Gesundheit

Medizinische Leistungen haben sich in Deutschland für die Allgemeinbevölkerung in den vergangenen Jahren ständig verteuert. Notwendige Therapien können von den Betroffenen häufig nicht durchgeführt werden, da die persönlichen Kosten hierfür entweder zu hoch sind oder diese von den gesetzlichen Krankenkassen nicht übernommen werden. Der Realität einer Zweiklassenmedizin stellt DIE LINKE. ihr Konzept für eine solidarische Bürgerversicherung im Gesundheitswesen entgegen. Die gesamte Bevölkerung soll in der gesetzlichen Krankenversicherung erfasst sein, die alle medizinisch notwendigen Leistungen trägt. Sämtliche Einkommen sollen einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenzen deutlich angehoben und stufenweise abgeschafft werden. Wir wollen die paritätische Finanzierung der Beiträge durch die Arbeitgeber wieder herstellen. Zu prüfen ist die Umstellung oder Ergänzung der Arbeitgeberbeiträge der sozialen Sicherungssysteme durch eine Wertschöpfungsabgabe. Profitorientierte Strukturen haben im Gesundheitswesen nichts zu suchen. Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

DIE LINKE. kämpft für einen Umbau des Gesundheitswesens. Durch Strukturereformen soll die hochwertige medizinische Versorgung für alle gewährleis-

tet werden. Dringlich sind eine bessere Kooperation zwischen den Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern und allen Leistungserbringern, die Förderung von Gesundheitszentren, die Begrenzung der Profite der Pharmakonzerne unter anderem durch Einführung einer Positivliste für Arzneimittel, ein größeres Gewicht von Vorbeugung und Nachsorge und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Entlohnung für das medizinische und pflegerische Personal sowie gestärkte Rechte der Patientinnen und Patienten.

DIE LINKE. setzt sich ein für den Erhalt der öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge und die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen.

Die beiden Studien »Soziale Ungleichheit, Armut und Gesundheit in München« (2006) sowie »Soziale Ungleichheit, Umweltbedingungen und Gesundheit anhand eines regionalen Beispiels« (2007), herausgegeben vom Referat für Umwelt und Gesundheit, belegen eindrücklich den Zusammenhang zwischen Einkommen, Bildungsstand und Wohnumfeld auf der einen Seite und Gesundheitszustand, der Sterblichkeit und der Umweltbelastung der Münchner BürgerInnen auf der anderen. Wer ein niedriges Einkommen bezieht und/oder

einen niedrigen Bildungsstand hat, dessen Gesundheitszustand ist schlechter, sie/er ist häufiger krank und stirbt am Ende früher als Personen mit höherem sozialen Status. Ein Mann aus dem unteren Viertel der Einkommensverteilung lebt im Schnitt zehn Jahre kürzer, als ein Mann aus dem oberen Viertel. Einkommensschwache Personen wohnen unter Bedingungen, die geprägt sind von kleinem Wohnraum und großer Umweltbelastung durch Lärm und Feinstaub.

Im Bewusstsein dieser sozialen Hintergründe und sich ausbreitender Armut wird deutlich, dass innerhalb der Gruppe mit schlechtem sozialen Status noch einmal Untergruppen bestehen, die besonders von schlechten Aussichten für ihre Gesundheit betroffen sind: Frauen, MigrantInnen, Jugendliche und Kinder. Frauen, weil sie häufig ein niedrigeres Einkommen beziehen, MigrantInnen, da ihnen systematisch Bildungschancen verweigert werden, arme Jugendliche und Kinder, weil sie durch die schlechten Bedingungen in ihrer Entwicklung behindert werden. So sind nur 42 % der Kinder aus ärmeren Münchner Stadtbezirken in einem Sportverein, gegenüber 62 % aus den wohlhabenden Stadtbezirken. Vorsorgeuntersuchungen werden von Kindern aus ärmeren Bezirken weniger wahrgenommen, ihr Anteil an den übergewichtigen Kindern liegt um ein Drittel höher, 17% der 10- bis 12-Jährigen weisen eine schlechte Zahngesundheit auf, bei den Schülerinnen und Schülern aus den reichen Bezirken sind dies nur

5 %. Auch Sprachstörungen sind bei der Einschulung um über 50 % häufiger vorhanden. Dies ergab sich allein aus der Auswertung der Münchner Schuleingangsuntersuchungen.

Die Situation verschlechtert sich beständig. Sie ist Ergebnis einer Regierunspolitik, die mit der Agenda 2010, dem Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten und der Förderung des Niedriglohnssektors, der Rente mit 67, einer verfehlten, elitären Bildungspolitik und den Gesundheitsreformen dafür sorgt, dass sich Armut weiter ausbreitet, verfestigt und vererbt wird. Dies zwingt die Opfer dieser Politik verstärkt dazu, den gesundheitlichen Preis dieser Entwicklung selbst zu bezahlen. Das als Pauschale bezahlte Erziehungsgeld ist durch das einkommensbezogene Elterngeld, das mit der Höhe des Einkommens steigt, ersetzt worden. Kosten wie Gebühren und Beiträge (z. B. Praxisgebühr) werden in Kopfpauschalen gewandelt. Wer hat, dem wird gegeben, so funktioniert neoliberale Umverteilungspolitik.

Unsere Forderungen:

Es ist ein wesentliches Merkmal der Politik der LINKEN, dass sie sich nicht mit der Bekämpfung der Symptome von schlechter Gesundheit zufrieden gibt, sondern immer auf den sozialen Hintergrund verweist. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Erhöhung der Regelsätze im Sozialgesetzbuch und ein armutsfestes staatliches Rentensystem sind unsere dazu passen-

den Forderungen. Die Kommunalpolitik steht in der Pflicht, ihren Teil zur Bekämpfung von Krankheit durch Armut zu tun. Wir werden nicht vergessen, dass die Parteien der Münchner Stadtregierung, also SPD und Grüne, mit ihrer Politik im Bund wesentlich für diese zunehmend ungerechte Einkommensverteilung und ihre gesundheitlichen Folgen verantwortlich sind.

- ◀ DIE LINKE. in München fordert die Möglichkeit der Sperrung des Stadtgebiets für den Schwerlastverkehr, um Grenzwertüberschreitungen bei der gesundheitsschädlichen Feinstaubbelastung zu verhindern. Wir appellieren an die Regierung von Oberbayern und die bayerische Staatsregierung, endlich ihre Blockadepolitik aufzugeben.
- ◀ Städtische Sozialwohnungen müssen saniert werden, um die Belastungen durch Emissionen bei einem hohen Energieverbrauch zu reduzieren und Gesundheitsgefährdungen durch Feuchtigkeit und Schimmelbildung zu vermeiden.
- ◀ Drogenabhängigkeit ist ein zunehmendes Problem für die städtische Gesellschaft. DIE LINKE. setzt hier auf Prävention durch Aufklärung im Rahmen der Jugend- und Bildungsarbeit. Gleichzeitig unterstützen wir Hilfsangebote für DrogenkonsumentInnen. Jeder Versuch der Kriminalisierung ist kontraproduktiv, wenn es darum geht Drogenabhängigen An-

gebote zur Substitution oder zum Entzug zu machen. Wir verurteilen die Blockade der Bayerischen Staatsregierung bei der Einrichtung von Druckräumen, in denen Drogen intravenös unter ärztlicher Aufsicht konsumiert werden können. Diese Weigerung wird nicht allein mit lebensbedrohlichen Gesundheitsrisiken der Abhängigen erkaufte, sondern auch mit der Gefährdung öffentlicher Räume wie Parks oder Spielplätzen durch gebrauchte Spritzen bezahlt.

DIE LINKE. befürchtet, dass die Weigerung der Koordinierungsstelle Sucht der Landeshauptstadt, statistische Daten über das Ausmaß der Drogenabhängigkeit bekannt zu geben, der Verschleierung eines Problems dient, das sich bereits rasant ausgebreitet hat. Wir fordern von der Koordinierungsstelle, diese Daten umgehend zu liefern.

- ◀ Die frühzeitige Erkennung von Krankheiten ist das beste Mittel, um ihre Verbreitung einzudämmen und gesundheitliche Beeinträchtigungen frühzeitig zu behandeln. DIE LINKE. fordert daher, das anonyme und kostenlose Test-Angebot auf HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten im Referat für Umwelt und Gesundheit langfristig zu erhalten. Kooperationen mit dem Münchner SUB e. V. und der Münchner Aids-Hilfe e. V., mit dem Ziel, ein niedrigschwelliges Testangebot innerhalb

der Hauptbetroffenengruppe von HIV zu machen, unterstützen wir nachdrücklich und fordern deren Ausbau.

- ◀ Die Datengrundlage zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Stadt in Abhängigkeit vom sozialen Status muss verbessert werden. Die Stadt ihrerseits muss alles dafür tun, die verheerenden Folgen zunehmender Kinderarmut entschieden zu bekämpfen.
- ◀ Gesundheitliche und soziale Dienstleistungen der Stadt müssen für die Benachteiligten ausgebaut werden, einfach erreichbar und nutzbar sein. Dies kann zum Beispiel durch Hausbesuche geschehen.
- ◀ Bis vor einigen Jahren waren in München Hausbesuche von Kinderkrankenschwestern bzw. Hebammen nach der Geburt jedes Kindes Standard. Heute geschieht dies in der Regel nur bei Familien in »sozialen Brennpunkten« und bei MigrantInnen aus bestimmten Herkunftsländern. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass diese Hausbesuche wieder obligatorisch werden. Damit wird zum einen der Anschein der Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden. Zum anderen brauchen auch deutsche Eltern aus besseren Gegenden oft Rat und Hilfe. Ziele der Hausbesuche: Beratung der Eltern bei Fragen zu Versorgung, Vorsorgeuntersuchungen, Ernährung usw. sowie die frühzeitige Erkennung von Problemsituationen, die weitere Hilfestellung durch die Sozialbürgerhäuser erforderlich machen.
- ◀ Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche müssen verbessert werden und für finanziell schwache Familien bezahlbar sein.
- ◀ Asylsuchenden MigrantInnen und ihren Kindern muss Zugang zu medizinischer Versorgung gewährt wer-

den, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

- ◀ Langfristig fordert DIE LINKE. die Versorgung aller Kinder und Jugendlichen mit einem gesunden und kostenlosen Frühstück und Mittagessen in Kindergarten und Schule. Mit dieser Maßnahme kann die Stadt die Chancen armer Kinder auf Gesundheit wesentlich verbessern.
- ◀ DIE LINKE. verteidigt die öffentlichen Strukturen im Gesundheitswesen und tritt damit für den Verbleib von Kliniken und Gesundheitseinrichtungen in Besitz der Stadt München ein. Ausgliederungen und Lohndumping wird es mit der LINKEN nicht geben. Es ist auch eine Frage der Qualität gesundheitlicher Leistungen, wenn diese nicht der Profitorientierung und Sparzwängen unterworfen werden.

11 Ökologie und Umwelt

Nachhaltige Umwelt- und Naturschutzpolitik ist für DIE LINKE., neben dem Kampf um soziale Gerechtigkeit, ein zentraler Programmpunkt. In den letzten Jahrzehnten ist nicht nur die soziale, sondern auch die ökologische Frage immer drängender geworden. Umwelt- und Klimaschutz liegt weltweit vor allem im Interesse der sozial Benachteiligten. Sie können nicht einfach dorthin ziehen, wo »die Welt noch in Ordnung ist«, sich mit teuren Klimaanlagen vor der Erderwärmung schützen usw. Vielen armen Menschen in Afrika und anderswo entzieht der Klimawandel ihre Lebensgrundlage in der Landwirtschaft. Umwelt- und Naturschutz ist deshalb eine originäre Aufgabe linker Politik.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass wir in München verstärkt die Umweltfrage mit der sozialen Frage verknüpfen. Im Bereich Energiepolitik ist die notwendige anstehende ökologische Sanierung von alten Wohnanlagen – Verbesserung der Dämmung und der Heizanlagen – ein notwendiger Beitrag, damit in Zukunft die Energiekosten auch für sozial Schwache bezahlbar bleiben. Umweltpolitik ist zugleich auch Sozialpolitik.

DIE LINKE. tritt im Klimaschutzbereich für ein starkes Bündel von Maßnahmen zur Reduktion der schädlichen Treibhausgase ein. Wir treten ein für eine umfassende energetische Gebäude-

sanierung, für eine massive Verstärkung des Einsatzes von erneuerbaren Energien und für eine verstärkte effiziente Energienutzung.

Ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik ist eine ökosoziale Verkehrspolitik. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass auch im Verkehrsbereich alles getan wird, um die schädlichen Umweltbelastungen zu verringern (vgl. Kapitel »Mobilität und Verkehr«). Wir brauchen eine »Stadt der kurzen Wege«, damit motorisierter Verkehr schon strukturell vermieden wird und wir fordern eine Verbesserung des ÖPNV, damit er auch verstärkt angenommen wird. Damit aber sozial Schwache nicht vom Mobilitätsangebot ausgeschlossen bleiben, kämpfen wir für ein Sozialticket zum Nulltarif.

Die Münchner Stadtwerke sind als Hauptenergieversorger der meisten Münchner und Münchnerinnen der wichtigste Faktor für eine nachhaltige ökologische und soziale Energiepolitik. Die Münchner Stadtwerke müssen sich in Zukunft weniger als Energieversorger mit dem Ziel der Umsatz- und Profiterhöhung verstehen, sondern als Energiedienstleister mit starken CO₂-Einsparzielen. Um die Münchner Stadtwerke weiterhin und verstärkt auf eine ökologisch und sozial ausgerichtete Geschäftspolitik verpflichten zu können,

ist es unerlässlich, dass sie weiterhin zu 100 % Eigentum der Stadt bleiben.

Damit Grün in München nachhaltig leuchtet, muss die Stadt München viel mehr als bisher in diesem Bereich tätig werden. Notwendig sind eine verstärkte Begrünung von Straßen, Plätzen und Innenhöfen sowie ein eigenes Programm zur Dächer- und Fassadenbegrünung. Neben der fehlenden Dächer- und Fassadenbegrünung ist vor allem der Altstadtbereich ein Stiefkind der Münchner Grünplanung. Wir werden uns im neuen Stadtrat dafür einsetzen, dass Grün auch verstärkt im Altstadtbereich Einzug hält und die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht, indem sie die eigenen Gebäude nach Möglichkeit begrünt und dann mit geeigneten Maßnahmen, wie z. B. Werbung und finanzieller Förderung, dafür sorgt, dass Fassaden- und Dächerbegrünung stadtweit umgesetzt wird.

Jeder Münchner und jede Münchnerin hat das Recht, sich gentechnikfrei zu ernähren. DIE LINKE. fordert, dass die Stadt München das bereits bestehende Förderprogramm für biologische Lebensmittel und die Verwendung dieser Lebensmittel in den eigenen Kantinen und Schulen noch stärker ausbaut. Des Weiteren sind verstärkt Lebensmittelkontrollen gegen fehlende oder ungenügende Kennzeichnung von gentechnisch erzeugten Nahrungsmitteln durchzuführen.

Eine gezielte Umwelt- und Klimaschutzpolitik benötigt zur genauen Umsetzung eine gute Datengrundlage. Ob-

wohl die Stadt München seit zehn Jahren von SPD und Grünen regiert wird, gibt es bis heute keinen zusammenfassenden Umwelt- und Naturschutzbericht mit genauen Daten über die laufenden Entwicklungen. Für eine fundierte Arbeit im Umwelt- und Naturschutzbereich ist es notwendig, dass dieser Missstand so rasch wie möglich abgestellt wird und die Stadt München einen Umwelt- und Naturschutzbericht erstellt.

Zur Vorgeschichte der Klimaproblematik:

Die Erde ist 4,5 Mrd. Jahre alt. Als dynamisches Ökosystem hat die Erde in dieser Zeit verschiedene Phasen durchlaufen, unter anderem Warmzeiten und Eiszeiten. Wir leben seit 10 000 Jahre im Holozän, einer Warmzeit.

Als Ergebnis der intensiven Klimafor-schung lässt sich folgendes festhalten: Die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre ist seit ca. 1850 stark angestiegen. Von dem für Warmzeiten seit mindestens 400 000 Jahren typischen Wert von 280 ppm auf inzwischen 380 ppm. Dieser Anstieg erfolgte durch die Arbeit des Menschen, durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Abholzung der Wälder. Das Klima hat sich im 20. Jahrhundert global um ca. 0,6 °C und in Deutschland um ca. 1 °C erwärmt. Die Temperaturen der abgelaufenen zehn Jahre waren global die wärmsten seit Beginn der Messungen im 19. Jahrhundert. Der überwiegende Teil dieser Erwärmung ist auf die gestiegene Konzentration von CO₂ und anderen anthropogenen Gasen

zurückzuführen, ein kleiner Teil auf natürliche Ursachen, u. a. Schwankungen der Sonnenaktivität. Es droht bis zum Jahr 2100 eine von den Menschen verursachte Erwärmung von 1,4 bis 5,8 °C. Als Folgen dieses rasanten Klimawandels drohen der Anstieg des Meeresspiegels – mit der Folge des Verschwindens von Inseln und der drohenden Unbewohnbarkeit von Städten, die jetzt am Meer liegen. Es drohen – und es gibt bereits – verstärkt Wetterextreme: starke Überschwemmungen mit große Schäden für Mensch und Natur, Veränderung der Natur und der Landwirtschaft mit Verlust von Arten und Problemen bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln und die Ausbreitung von Krankheiten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommt in einer umfassenden Studie zu dem Ergebnis, dass schon heute jährlich mindestens 150 000 Menschen an den Folgen der globalen Erwärmung sterben (S. Rahmsdorf, H. J. Schellnhuber: »Der Klimawandel«, München, 2007).

Deutschland liegt mit 865 Mio. Tonnen CO₂-Ausstoß weltweit auf Platz 6 der Nationen, die den größten CO₂-Ausstoß produzieren. Bei der CO₂-Bekämpfung hat die Bundesregierung ihre Versprechungen nicht eingehalten. Weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün hielten sich an das 1995 beschlossene CO₂-Reduktionsziel von 25 % für das Jahr 2005. Dieses Ziel wurde grandios verfehlt. Bis 2005 erfolgte nur eine CO₂-Reduktion von 15 %.

Die besseren Zahlen zur Verringerung der allgemeinen Treibhausredukti-

on (18,2 % von 1990 bis 2003) sind nicht den großen Anstrengungen der jeweiligen Bundesregierungen zu verdanken, sondern der Abwicklung vieler Industriebetriebe in den neuen Bundesländern. Zwischen 1990 und 1992 verringerten sich die gesamtdeutschen Emissionen um 9 %. Dies war eindeutig der Wall-fall-profit. Dieser Effekt war gut für die Umwelt und schlecht für viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Ein Ergebnis dieses Mauerfall-Effekts ist, dass es heute bis zu 20 % Arbeitslosigkeit in den einstigen großen Industrieregionen der ehemaligen DDR gibt.

Wir gehen davon aus, dass neben den direkt gesundheitsschädlichen Schadstoffen wie Feinstäuben und Stickoxiden aus Heizungen, Kfz-Motoren und Kraftwerken vor allem der Ausstoß von Kohlendioxid und sonstigen Treibhausgasen das größte Umweltproblem darstellt. Daher liegen die Prioritäten unserer Umweltpolitik auch im Bereich Klimaschutz.

Die Stadt München hat unter der Regierung von SPD und Grünen zahlreiche Aktivitäten zum Klimaschutz unternommen. München ist Mitglied des Klimabündnisses und hat ein eigenes Programm für Energiesparmaßnahmen aufgelegt. Es wurde ein Energiesparkonzept für 1000 städtische Gebäude erstellt und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben sich verpflichtet, bei Neubau und Altanierung die Energieeinsparverordnung (EnEV) um 15 % zu unterschrei-

ten. Trotz dieser und anderer Maßnahmen wirken die gesamten Aktivitäten der Stadt insgesamt gesehen wenig ambitioniert und es gibt zahlreiche Widersprüchlichkeiten. Bei städtischen Neubauten werden Solaranlagen »vergessen« und bei den Stadtwerken wird der Atomstrom gegen Strom aus Kohle eingetauscht. Als Ersatz für den Atomausstieg, den wir begrüßen, sollte unseres Erachtens nicht, wie geplant, in ein neues Kohlekraftwerk investiert werden, sondern die Restmenge, die nicht lokal durch erneuerbare Energien abgedeckt werden kann, jeweils von Anbietern von Strom aus erneuerbaren Energien zugekauft werden.

Ein wichtiger Schritt zur CO₂-Reduktion ist die energetische Sanierung von Häusern. Durch Wärmedämmung der Außenwände der Gebäude und den Einbau von gut wärmeisolierenden Fenstern und Türen, durch effiziente Heizungsanlagen und -steuerungen und durch die Kombination mit Solarkollektoren sind enorme CO₂-Einsparungen möglich – bis hin zum Nullenergiehaus. Eine zusätzliche Umstellung der Heizung auf Holzpellets kann zu einer CO₂-neutralen Gebäudeheizung führen.

Damit die Feinstaubbelastung nachhaltig zurückgeht, brauchen wir aus Klimaschutzgründen auch in München die Einführung einer City-Maut (vgl. Kapitel »Mobilität und Verkehr«). *Die Erfahrungen mit der City-Maut in Stockholm und London haben gezeigt, dass der Innenstadtverkehr sich den Erwartungen ent-*

sprechend verringert. Die Betriebe innerhalb des Geltungsbereichs der City-Maut machen, wie bei der Einführung der Fußgängerzone, in der Folge nicht weniger Umsatz. Die Feinstaubbelastung ist in München so hoch, dass an zahlreichen Tagen die erlaubten Grenzwerte überschritten werden. Dieser Zustand ist völlig untragbar. Als kurzfristige Maßnahme ist ein allgemeines Verbot für den Lkw-Durchgangsverkehr zu erlassen.

DIE LINKE lehnt die Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Zum einen weil ihre Risiken, insbesondere auch die Langzeitwirkungen, wenig erforscht sind und zum anderen, weil durch die dominante Vererbung und Ausbreitung der meist patentgeschützten genetischen Manipulationen die Gefahr besteht, dass immer größere Teile unserer Nahrungskette gegenüber den großen Gentechnikkonzernen lizenzpflichtig werden. Auch das Argument, dass wir die Gentechnik in der Landwirtschaft für die Lösung des Hungerproblems brauchen, ist falsch. Das Hungerproblem ist ein Armut- und Verteilungsproblem und kein Problem der Nahrungsmittelproduktion.

Mehr Grün in der Stadt reduziert nicht nur die CO₂-Belastung durch die Photosynthese, sondern verbessert auch insgesamt das Stadtklima. Trotz einer auf den ersten Blick erfreulichen Situation, trotz zahlreicher Parks, Münchner Grüngürtel und Münchner Grünzüge gibt es Defizite an Grünflächen, die wir beheben möchten.

Unsere Forderungen:

- ◀ DIE LINKE. fordert ein starkes energetisches Sanierungsprogramm für den Münchner Altbwohnungsbestand.
- ◀ DIE LINKE. tritt ein für eine massive Verstärkung des Einsatzes von Photovoltaik zur Stromerzeugung. Um eine fundierte Einschätzung zu bekommen, welcher Anteil der in München benötigten Elektrizität bei maximaler Nutzung der geeigneten Flächen durch Photovoltaik erzeugt werden könnte, fordern wir von der Stadt eine Studie über die mögliche Photovoltaiknutzung in München. Auch die anderen erneuerbaren Energien wie Windkraft, Wasserkraft und Biogas sind verstärkt zur Erhöhung des Anteils an erneuerbarer Energie für die Münchner Energienutzung heranzuziehen.
- ◀ Neben dem Ausbau des Münchner Fernwärmenetzes zur Nutzung der Wärme aus den Münchner Heizkraftwerken befürwortet DIE LINKE. vor allem die Errichtung und Förderung dezentraler Blockheizkraftwerke.
- ◀ DIE LINKE. fordert, dass die Münchner Stadtwerke (SWM) zum Leitzentrum der Stadt München für eine ökologische Umweltpolitik werden. Die Münchner Stadtwerke müssen noch viel stärker als bisher als ökologischer Energiedienstleister auftreten. Statt sich an Kohlekraftwerken zu beteiligen, fordern wir den Zukauf von Strom aus erneuerbaren Energien. Wir fordern, dass die SWM

langfristig ihren Anteil an erneuerbaren Energien auf 50 % erhöht.

- ◄ Wir fordern, dass in Neubauten Stromzähler eingebaut werden, die es den NutzerInnen erlauben, Stromverbraucher wie z. B. Waschmaschinen, Wäschetrockner, Geschirrspüler usw. (zu entsprechend günstigeren Tarifen) in Schwachlastzeiten statt in Hauptverbrauchszeiten einzuschalten. Wo es rechtlich möglich ist, sollten solche Stromzähler bindend vorgeschrieben werden. In bestehenden Gebäuden sollte eine kostenlose Nachrüstung solcher Zähler angeboten werden.
- ◄ Um die derzeit viel zu hohe und gesundheitsschädliche Feinstaubbelastung nachhaltig zu reduzieren, fordern wir die Einführung einer City-Maut (weitere Verkehrsforderungen s. Kapitel »Mobilität und Verkehr«).
- ◄ DIE LINKE. fordert eine Stadt der kurzen Wege, damit unnötiger Verkehr gar nicht erst entsteht. Wir halten es für gerechtfertigt und angebracht, »Tante-Emma-Läden« in einzelnen Wohnvierteln auch mit öffentlichen Mitteln zu errichten und günstig zu verpachten wenn dadurch weite Wege zum nächsten Supermarkt vermieden werden können – Wege, die oft nur noch mit dem Auto zu bewältigen sind. Entsprechendes gilt auch für Kultur- und sonstige Freizeitangebote (vgl. Kap. 10 »Kultur«).
- ◄ Damit Grün in München nachhaltig für alle leuchtet, fordern wir eine ver-

stärkte Begrünung von Straßen, Plätzen und Innenhöfen und ein eigenes Programm zur Dächer- und Fassadenbegrünung. Wir fordern, dass Grün auch verstärkt im Altstadtbereich Einzug hält und die Stadt hier mit gutem Beispiel voran geht, indem sie die eigene Gebäude nach Möglichkeit begrünt und anschließend mit geeigneten Maßnahmen (z. B. Förderung und Werbung) dafür sorgt, dass Fassaden- und Dächerbegrünung stadtweit verstärkt umgesetzt wird.

- ◄ DIE LINKE. fordert, dass die Stadt München der Öffentlichkeit alle zwei Jahre einen Umwelt- und Naturschutzbericht vorlegt.

12 Kultur

Kultur ist kein Luxusgut, sondern eine Lebensgrundlage der menschlichen Existenz.

Der LINKEN ist es ein besonderes Anliegen, dass die bestehenden Münchner Kultur- und Bildungsangebote auch von sozial benachteiligten Kindern, Jugendlichen und SeniorInnen genutzt werden können. Daher ist unser Kampf um einen gesetzlichen Mindestlohn, um die Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze, um grundlegend bessere Löhne und die Erhöhung der Renten auch ein Kampf dafür, dass alle MünchnerInnen in größerem Umfang an unserer Kultur- und Bildungsgesellschaft teilhaben können.

In München leben viele Menschen, durch deren meist ehrenamtliches Engagement die bestehenden Freizeitangebote der Stadt um eine Menge privat initiiert und betriebener Einrichtungen erweitert sind. Ohne diese zusätzlichen Angebote würde die Stadt kulturell verarmen. Umso mehr ist es notwendig, unbürokratisch und großzügig auf Wünsche dieser Initiativgruppen zu reagieren. Dies gilt besonders für unabhängige Jugendprojekte.

Damit die Münchner Kulturwelt für alle leuchtet und die sozial Benachteiligten aus der Kultur- und Bildungswelt des Mittelstands nicht fortwährend ausgeschlossen werden, sind eine Stärkung der aktivierenden Kulturarbeit in den

Stadtteilen und weitere kulturelle Gratisangebote für diese BürgerInnen erforderlich. Die bereits bestehenden kulturellen Angebote in den Bezirken müssen massiv ausgebaut und in weit größerem Umfang als bisher mit Personal- und Finanzmitteln ausgestattet werden. Es ist notwendig, bestehende breite Bildungsangebote, wie die Volkshochschule und die Stadtbüchereien, auszubauen. München rühmt sich einerseits, die Bücherhauptstadt der Welt zu sein, andererseits wurden im Zuge der Sparmaßnahmen von SPD und Grünen Stadtteilbibliotheken geschlossen. Wir halten die Wiedereröffnung städtischer Bibliotheken in allen Stadtteilen für zwingend notwendig, weil nur so allen BürgerInnen ein unmittelbarer und breiter Zugang zu Literatur ermöglicht werden kann.

In der Münchner Kulturpolitik findet bei der Verteilung der Haushaltsmittel eine Konzentration auf alteingesessene Kulturinstitutionen statt – mit der Tendenz, die Mittel für bestehende Institutionen laufend zu stärken. Entsprechend stehen für junge, alternative und neue kulturelle Aktivitäten oft keine Gelder zur Verfügung. Es geht uns nun nicht darum, etablierten und guten kulturellen Einrichtungen die bestehenden finanziellen Mittel zu kürzen, sondern darum, dass in Zukunft verstärkt auch kleinere Einrichtungen und Gruppen im

Theater-, Kabarett-, Musik-, Tanz- und Filmbereich eine angemessene Unterstützung durch die Stadt erhalten. Im Hinblick auf die zukünftigen Kulturbudgets der Stadt München wird sich DIE LINKE. dafür einsetzen, dass neben einer Erhöhung der Mittel für aktivierende Kulturarbeit in den Stadtteilen auch eine stärkere Investition in kleinere Kultureinrichtungen und neue Kulturprojekte erfolgt.

Kultur- und Bildungsarbeit heißt für DIE LINKE. immer auch kritische Erinnerungsarbeit. Die PDS hat im Münchner Stadtrat für den Bau des Jüdischen Museums gestimmt und sich dafür eingesetzt, dass ein NS-Dokumentationszentrum eröffnet wird. DIE LINKE. wird auch zukünftig für einen kritischen Umgang mit unserer Geschichte eintreten und dafür werben, dass vielfältige Formen der Erinnerungsarbeit unterstützt werden. Wir möchten, dass auch in München, wie in zahlreichen anderen deutschen Städten, das Projekt »Stolpersteine« verwirklicht wird, bei dem zur Erinnerung an ermordete und vertriebene jüdische BürgerInnen der Stadt Steine mit deren Namen in öffentliche Verkehrswege eingelassen werden.

München hat eine große Anzahl von Kultur- und Kunsteinrichtungen und bietet ein vielfältiges Kulturangebot, das auch sehr gut angenommen wird. Die Münchner Theatereinrichtungen werden jährlich von ca. 1,4 Mio. Menschen besucht. Die Münchner Kinos verzeichnen

einen jährlichen Besucherstrom von über 4,7 Mio. Menschen. Die Musikveranstaltungen der Münchner öffentlichen Orchester werden von jährlich ca. 400 000 Menschen besucht und auch die Münchner Museen haben einen jährlichen Besucherstrom von ca. 2,4 Mio. Kunstinteressierten. Diese Zahlen beziehen sich nur auf ausgewählte Einrichtungen, daher dürften insgesamt weit über 10 Mio. Menschen jährlich die Münchner Kulturveranstaltungen besuchen.

Trotz dieser guten Besuchszahlen gibt es Defizite und strukturelle Probleme in unterschiedlichen Bereichen. Da der neoliberale Kurs: »Sparen bei den staatlichen Ausgaben, Erhöhung der Belastungen bei den sozial Schwachen« auch im Kulturbereich Einzug hielt, besteht auch hier die Tendenz, freiwillige Leistungen, wie z. B. den freien sonntäglichen Museumsbesuch, abzuschaffen. Ein Opfer dieses neoliberalen Sparwahns wurde in München auch das gut ausgebaute städtische Bibliotheksnetz. Anstatt die Stadtteilbibliotheken zu erhalten, wurden diese notwendigen »geistigen« Infrastrukturmittel geschlossen.

Teil der bildenden Kunst in München sind die über 70 Galerien für Gegenwartskunst, Museen und Kunsthäuser: z. B. das Haus der Kunst, die Pinakothek der Moderne, die Sammlung Goetz, die Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung, die Städtische Galerie im Lenbachhaus/Kunstab, die Pasinger Fabrik, die Lothringer 13. Dieses Angebot wird durch ein eigenes Informationsblatt der Initiative Münchner

Galerien, die auch Veranstaltung durchführt (z. B. die Nacht der Museen), der Öffentlichkeit breit bekannt gemacht. Trotz dieses großen Angebotes an bildender Kunst fällt auf, dass in München größere Ausstellungen oft nicht veranstaltet werden – vor allem, wenn sie keinem Kunstgenre eindeutig zugeordnet werden können. Es fehlt eine eigene städtische Kunsthalle, die ein offenes Programm betreibt, innerhalb dessen auch Ausstellungen unterschiedlichen Formats gezeigt werden können und gewollt sind. Als weiteres Defizit fällt auf, dass in München, im Gegensatz zu anderen Städten, kein Museumsticket angeboten wird, mit dem alle Museen der Stadt besucht werden können. Für jeden Besuch muss extra Eintritt bezahlt werden.

In der Unterstützung der bildenden KünstlerInnen durch das Angebot von Ateliers und günstigem Arbeitsraum liefert die Stadt ein widersprüchliches Bild. Während einerseits SPD und Grüne in einem fort vollmundig verkünden, dass sie sich für KünstlerInnen einsetzen, werden gleichzeitig bestehende günstige Ateliers, z. B. in der Lothringerstraße 6, mit Billigung des Stadtrats und Unterstützung von OB Ude abgerissen, um anschließend neue, viel zu teure Ateliers anzubieten.

Es gibt in München rund 30 Einrichtungen der Stadtteilkultur. Seit 2000 wurden neue Zentren in Giesing, Milbertshofen, Freimann, Moosach, Trudering, Neuperlach und Riem eröffnet. Vielen dieser Einrichtungen fehlen finanziel-

le Mittel und Personal. Völlig widersinnig ist auch die Tatsache, dass Finanzmittel, die den Vereinen für ihre kulturelle Arbeit zur Verfügung gestellt werden, in Form von Mietkostenbeiträgen wieder an die Stadt zurückfließen. So muss der Trägerverein des Kulturhauses Milbertshofen von den 668 000 Euro, die der Verein jährlich erhält, fast 500 000 Euro Miete an die Stadt »zurückzahlen«.

Diese Vorgehensweise zeigt, dass SPD und Grünen eigentlich nicht an einer blühenden Stadtteilkultur gelegen ist: Notwendige finanzielle Mittel, um die Stadtteilkultur wirklich zum Leuchten zu bringen, werden nicht zur Verfügung gestellt. Diese derzeit völlig unbefriedigende Situation muss durch eine massive Aufstockung der finanziellen Mittel radikal verbessert werden.

Im Musikbereich gibt es zahlreiche Angebote. Die Vielfalt der Einrichtungen und Veranstaltungen reicht in München von der städtischen Musikschule bis zum Gesangsverein vor Ort, von der Münchner Philharmonie über das große klassische Musikfestival und die Münchner Opernfestspiele bis zum Festival der Moderne, der ADevantgarde. Defizite gibt es im Bereich der musikalischen Kinder- und Jugendförderung. Hier müssten vor allem die Stipendien der städtischen Musikschule für sozial Schwache aufgestockt werden. Im Bereich des Kindergartenwesens und der Grundschule sollten die musikalischen Unterrichtsangebote massiv ausgebaut werden. Auch in den Alteneinrichtungen ist es notwendig,

Musikangebote von Seiten der Stadt zu machen.

Jugendkultur in München hat ein zusätzliches und grundsätzliches Problem. Es gibt bis auf wenige Ausnahmen keine kostenlos nutzbaren Räume. Doch ohne die Räume, in welchen Kultur stattfinden kann, ist sie nicht existent, verbreitet sich nicht und ist dem Druck des Marktes offen ausgeliefert. Der Markt mit seinem Bespaßungszwang lässt nur kommerziell Verwertbares in seine Hallen. Für neue kulturelle Formen und Experimentierfelder ist im wahrsten Sinne des Wortes kein Raum in München. Im Vergleich mit anderen europäischen Metropolen ist der jugendkulturelle Output deutlich geringer. Besonders für Kulturschaffende aus finanziell schwachen Haushalten ist es nicht möglich, sich z. B. einen Probenraum, der nun einmal unabdingbar für Bands ist, zu mieten. Mehrere hundert Euro müssten aufgebracht werden. Sogar in den städtisch subventionierten Jugendkulturprojekten kletterten Eintrittspreise in vor Jahren noch unvorstellbare Höhen. Die Kürzungen von SPD und Grünen im Jugendkulturbereich konnten von den betroffenen Einrichtungen nicht abgefangen werden. »Man kann in München eine Oper für 9 Euro besuchen, muss aber für ein Punkkonzert 15 Euro auf den Kassentisch legen«, so ein Kenner der Szene.

Unsere Forderungen:

- ◄ DIE LINKE. fordert ein günstiges Museumsticket für alle Münchner Mu-

seen. Was in vielen Städten längst möglich ist, muss auch in der Kunststadt München möglich sein.

- ◄ Wir wollen, dass die derzeit oft schwierige Arbeitssituation von Künstlerinnen und Künstlern massiv verbessert wird. Wir treten dafür ein, dass in allen Stadtteilen, besonders aber in Schwabing und Haidhausen, bestehender Atelierraum erhalten wird und neuer hinzukommt. Die derzeitigen Mieten der städtischen Ateliers von 9 Euro pro m² sollen auf 5 Euro pro m² gesenkt werden.
- ◄ Für den Ausbau der allgemeinen Münchner Musikkultur ist es notwendig, dass in Kindergärten und Grundschulen verstärkt Musikunterricht angeboten wird. Stipendien für sozial Schwache an der städtischen Musikschule müssen ausgebaut werden. Außerdem fordert DIE LINKE., dass auch in Altenwohnheimen ein musikalisches Angebot gemacht wird.
- ◄ Wir wollen, dass unsere Kultur in Zukunft nicht mehr und mehr verarmt und dass aus Jugendlichen kreative, selbstbewusste Erwachsene werden. Dazu müssen wir ihnen Freiräume ermöglichen und ihnen auch zutrauen, dass sie diese Freiräume sinnvoll nutzen. Dazu gehören kostenlose Übungsräume in jedem Stadtviertel für junge Musikgruppen, ein großes Angebot an Freiflächen für GraffitiKünstlerInnen und die Bereitstellung von Räumlichkeiten, wo sich Jugendliche selbst organisieren kön-

nen, selbst tätig werden können – selbstverwaltete Jugendzentren.

- ◄ In den letzten Jahren erleben wir, wie Jugendliche, die sich politisch und kulturell engagieren, systematisch erfasst und oft kriminalisiert werden. Ebenso ergeht es vielen Jugendlichen, die unabhängige künstlerische Projekte wagen wollen. Die polizeiliche Jagd auf Jugendliche, beispielsweise der Graffitiszene, muss schnellstens beendet werden.
- ◄ Um zu gewährleisten, dass spannende Ausstellungen, die nicht in den bestehenden Lokalitäten gezeigt werden können, auch in München zu sehen sind, sehen wir es als notwendig an, dass auch München, wie andere große Kulturstädte, eine eigene städtische Kunsthalle betreibt. Diese Kunsthalle muss nicht aufwendig neu gebaut werden, sondern sollte in existierenden Räumlichkeiten oder am Olympiaparkgelände möglichst einfach umgesetzt werden.
- ◄ Bibliotheken sind notwendige »geistige« Infrastruktureinrichtungen einer Stadt. DIE LINKE. fordert, dass die im Rahmen der neoliberalen Kahlschlagpolitik von SPD und Grünen vollzogene Schließung von Stadtteilbibliotheken rückgängig gemacht wird und in allen Stadtteilen städtische Bibliotheken eingerichtet werden.
- ◄ Aus Sicht der LINKEN müssen die bestehenden kulturellen Einrichtungen in den Stadtvierteln massiv finanziell und personell gestärkt werden.

- ◀ Um das kulturelle Angebot und Leben in den Stadtteilen nachhaltig und langfristig zu stärken, fordert DIE LINKE. einen kulturellen Masterplan für die Stadtteilkultur. Dieser kulturelle Masterplan muss eine massive Erhöhung der Mittel für die Stadtteilkultur beinhalten und gemeinsam mit den jeweiligen kulturellen Einrichtungen erarbeitet werden. Berücksichtigt werden soll außerdem, inwieweit in München lebende Künstlerinnen und Künstler verstärkt in den Stadtteilzentren vorgestellt werden können. Auch die Möglichkeit, die Kulturhäuser mit Unterstützung der bestehenden Vereine in städtischer Verantwortung zu betreiben, soll einbezogen sein.

13

Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen*

Gleichstellungspolitik zieht sich wie ein roter Faden durch das Programm der LINKEN. Eine emanzipierte Gleichstellungspolitik der LINKEN muss zum Ziel haben, allen Menschen den Zugang zu gesellschaftlichen Entscheidungen zu ermöglichen, ohne ihnen Lebensformen aufzudrängen, die sie mit Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bezahlen müssen. Entsprechend setzt sich DIE LINKE. dafür ein, dass bestehende patriarchale Regelungen im Sozial- und Steuerrecht beseitigt werden. Die sozialen Beziehungen der Geschlechter müssen den Charakter eines Herrschaftsverhältnisses verlieren.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mehr als eine frauenpolitische Forderung nach Anerkennung fachlicher Kompetenzen. Es geht dabei sowohl für Männer als auch für Frauen um nicht weniger als ein Umdenken und Neubewerten von gesellschaftlicher Arbeit – ob am Computer, im Haushalt, an der Werkbank, auf dem Spielplatz oder bei der Pflege von Angehörigen. Es geht aber darüber hinaus auch um die gleiche Teilhabe – d. h. die gleichen Zugangsbedingungen – zu anderen gesell-

schaftlichen Feldern außerhalb der Arbeit, z. B. in der Politik.

Wir fordern politische Instrumente, die familiäre Abhängigkeiten aufheben und dafür gegenseitige Verantwortung in allen unterschiedlichen Lebensformen stärken, denn die Institution der bürgerlichen Ehe kann nicht die einzige anerkannte Familienform sein. Ein neues Familienbild schließt auch die Lebensweise von Lesben, Bisexuellen, Schwulen, Transgendern (LBST) – der queeren Bewegung insgesamt – ein. Notwendig ist eine aktive Politik für Menschen mit Kindern, egal in welchen Beziehungsformen sie zusammen leben. In der Gegenwart bestehen vielfältige neue Beziehungen von Angehörigen. Dem hat die Politik Rechnung zu tragen und nicht eine bestimmte traditionelle Lebensform einseitig zu fördern.

DIE LINKE. reflektiert kritisch alle am biologischen Geschlecht ausgerichteten Identitäten und Machtformen und forderte schon in der Vergangenheit die Abschaffung des gesetzlichen Geschlechts, als eines Pfeilers gesellschaftlicher Normierung, die schon mit der Eintragung in den Ausweis beginnt. Es ist das beson-

* Queere Lebensweisen: Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, jenen die sich keinem der beiden Geschlechter zuordnen lassen und/oder dies nicht wollen, sowie all denjenigen, die keine heterosexuelle Paarbeziehung leben wollen.

dere Kennzeichen der LINKEN, dass soziale Gleichheit und individuelle Freiheit für uns untrennbar und gleichwertig die Grundlage für ein Zusammenleben frei von Diskriminierung sind.

Die Landeshauptstadt München zeichnet sich durch eine ansehnliche Zahl von Vereinen, Gruppen und Einrichtungen aus, die der queeren Gemeinschaft in verschiedenen Lebenssituationen Hilfestellung und Unterstützung bieten. Viele dieser Einrichtungen sind in Selbsthilfe entstanden, ihre Existenz musste erkämpft werden, häufig gegen den Widerstand eines ignoranten und homophoben Bürgertums. Sie waren und sind Gegenstand von Angriffen aus dem konservativen Lager, in deren rückständiges Menschenbild sie nicht passen. So hat es nicht an Versuchen aus der CSU gefehlt, unliebsamen Projekten die kommunale Förderung zu kürzen oder zu entziehen.

Aber auch ohne diese direkten Angriffe ist die Gleichstellung noch nicht erreicht, sind lesbische Frauen einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt: wegen ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Stellung als Frau. Immer noch leben deutlich weniger Lesben als schwule Männer ihre Homosexualität offen aus. Mit fast 8 % liegt die Arbeitslosenquote bei lesbischen Frauen fast doppelt hoch wie die Quote unter schwulen Männern. Auch bei den Einkommen zeigen sich deutliche Unterschiede zu Lasten lesbischer Frauen. Die steigende Zahl prekärer

Beschäftigung seit 2004 und die Tatsache, dass davon vorrangig Frauen betroffen sind, wird die Diskrepanz zwischen der Lebenssituation schwuler Männer und lesbischer Frauen weiter verstärkt haben. Und auch in der öffentlichen Meinung deuten sich Rückschritte an: Von 2005 auf 2006 ist der Anteil derjenigen, die der Aussage zustimmen, Homosexualität sei unmoralisch, von knapp 17 % auf nahezu 22 % gestiegen. Die Zeiten sind also bei Weitem nicht so rosa, wie gemeinhin behauptet wird.

Die schwierige Lage der kommunalen Finanzen, infolge einer einseitig auf Unternehmensgewinne und Besserverdienende ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik von SPD und Grünen wie auch der SPD/CDU/CSU-Koalition im Bund, sorgt für ständigen Druck auf die queere Infrastruktur, verhindert ihren Ausbau und ihre Weiterentwicklung.

Dem Versuch, die Einnahmen des Referats für Umwelt und Gesundheit zu erhöhen, wäre beinahe das kostenlose anonyme HIV-Testangebot im Gesundheitsamt zum Opfer gefallen. Nur politischer Druck konnte dies verhindern. Unter dem Eindruck steigender Infektionszahlen und der Notwendigkeit verstärkter Präventionsanstrengungen ist das eine alarmierende Entwicklung. HIV-Präventions- und Informationsangebote für Lesben sind dabei fast völlig verschwunden. Wer die quälende Wartezeit bis zum Ergebnis eines HIV-Tests verkürzen möchte und das Angebot von Checkpoint nutzen will, muss dies schon jetzt

aus eigener Tasche finanzieren und dafür 26 Euro Selbstkostenpreis zahlen, da dieser von der Münchner Aids-Hilfe privat finanziert werden muss. So hält die Zweiklassenmedizin auch in diesem Bereich Einzug. DIE LINKE. wird diese Entwicklung auch auf kommunaler Ebene entschieden bekämpfen.

Unsere Forderungen:

- ◀ die Umsetzung des EU-Grundsatzes »Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit«;
- ◀ ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das den Anteil von Frauen in verantwortlichen Positionen erhöht;
- ◀ die Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse;
- ◀ bessere Bedingungen für BerufsrückkehrerInnen und Frauen und Männer, die neben der Arbeit zu Hause Kinder, ältere Menschen oder Behinderte betreuen;
- ◀ einen Rechtsanspruch auf beitragsfreie, ganztägige Betreuungsplätze für Kinder aller Altersgruppen.
- ◀ Queeren Lebensgemeinschaften muss die Nutzung von Kindergärten und Schulen ohne Diskriminierung möglich sein. Wenn dies in bestehenden Einrichtungen nicht gewährleistet werden kann, muss die Errichtung eines speziellen Kindergartens geprüft werden. BetreuerInnen und LehrerInnen müssen hierfür geschult werden.

- ◄ Bildungsangebote der Stadt sollen die Anerkennung der Gleichwertigkeit queerer Lebensweisen fördern, insbesondere auch im Jugendbereich, aber auch in der Erwachsenenbildung bspw. an der VHS.
- ◄ DIE LINKE. will das verbesserte HIV-Testangebot sozial diskriminierungsfrei anbieten. Das kostenlose Testangebot des städtischen Gesundheitsamts muss im Hinblick auf verstärkte Präventionsanstrengungen erhalten bleiben.
- ◄ Lesben und Schwule haben einen Anspruch darauf, ohne Anpassungsdruck in Würde den Lebensabend zu verbringen. Dies ist in herkömmlichen Altenheimen kaum möglich. Wir unterstützen darum zusätzlich zu einem in Planung befindlichen schwulen auch lesbische und queere Altenwohnprojekte.
- ◄ Trotz städtischer Erhaltungssatzung, die eine Zweckentfremdung von Wohnraum verhindern soll, kann gerade auch im Glockenbachviertel ein deutlicher Trend zur Verdrängung von MieterInnen beobachtet werden. DIE LINKE. fordert diese Entwicklung zu stoppen und die Erhaltungssatzung konsequent anzuwenden.
- ◄ Bei der Vergabe von Sozialwohnungen müssen auch queere Lebensgemeinschaften berücksichtigt werden.
- ◄ Mit Rücksicht auf die häufig schwierige soziale Situation von Lesben werden wir besonders darauf achten, dass auch dieser Teil der queeren Community angemessen gefördert wird. Eine Veranstaltung wie das Lesben-Frühlingstreffen muss darum vonseiten der Stadt entschiedener unterstützt werden, als dies in der Vergangenheit geschehen ist.
- ◄ Die Unterstützung von queeren Vereinen und Initiativen durch die Stadt München wollen wir sicherstellen und ausbauen. DIE LINKE. wird sie gegen Angriffe aus dem reaktionären Lager verteidigen. Gleichstellung und Emanzipation werden als selbstverständlicher Teil linker Politik auch die Arbeit der LINKEN im Stadtrat bestimmen.

14 Nein zum Neofaschismus

München ist wie keine andere deutsche Stadt historisch mit dem Nationalsozialismus verbunden, was in der Bezeichnung »Hauptstadt der Bewegung« zum Ausdruck kommt. In München fand sich der Nährboden für die NS-Doktrin. Hier konnte Adolf Hitler mit Unterstützung von vielen Personen und Institutionen zum »Führer« eines faschistischen, rassistischen und barbarischen Regimes aufsteigen. In dieser Stadt wurden NSDAP, SA und SS gegründet.

DIE LINKE. will diese Vergangenheit Münchens in Erinnerung halten und tritt jeglicher Verharmlosung und Relativierung der nationalsozialistischen Diktatur und von antisemitischen Positionen entschieden entgegen. Neofaschismus darf auf der Straße wie im Parlament weder Normalität noch Gewöhnung werden. Wir bekämpfen jede Form von Rassismus, ebenso jede Form von Antisemitismus und Islamfeindlichkeit.

Neofaschistische Positionen haben in den letzten Jahren bis in die »Mitte der Gesellschaft« rechte Einstellungspotenziale mobilisiert. Wir wollen solidarische gesellschaftliche Strukturen gegen den Neofaschismus stärken, unter anderem, indem entsprechende Initiativen und Beratungsteams in die öffentliche Finanzierung übernommen werden und die Entstehung von »Gegenkultur« unterstützt wird. Der öffentliche Raum ist

gegen jeden Auftritt und Angriff der Neofaschisten zu verteidigen.

Zum antifaschistischen Kampf gehört es deshalb auch, die Schnittstellen zwischen konservativen und neofaschistischen Positionen zu identifizieren. Antisemitismus und islamfeindliche Stimmungsmache sind eine dieser Schnittstellen.

Revisionistischen Geschichtsdebatten, der Glorifizierung der Wehrmacht und des Nationalsozialismus, der Stigmatisierung von Minderheiten und der Diskriminierung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben treten wir entschieden entgegen.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Unsere Forderungen:

◀ Keine Straßen und Plätze, keine öffentlichen Räume für Neonazi-Veranstaltungen! Wir werden selbst alles tun und fordern die Stadt auf, den öffentlichen Druck auf den Polizeipräsidenten und das Kreisverwaltungsreferat zu verstärken. Konkret heißt dies bspw. ein Verbot der Verherrlichung, z. B. durch eine Mahnwache für Rudolf Hess am 17. August.

- ◀ Das Verbot volksverhetzender Propaganda in der Stadt muss konsequent durchgesetzt werden. Der Vertrieb neonazistischer und gewaltverherrlichender Schriften über Buchhandel und Kioske ist ordnungsrechtlich zu unterbinden.
- ◀ Wir werden in Zusammenarbeit mit antifaschistischen Organisationen jede Duldung oder Begünstigung neonazistischer Umtriebe durch Behörden oder Träger öffentlicher Belange strafrechtlich prüfen lassen.
- ◀ Keine öffentlichen Gelder für rechtslastige Vereine und Verbände, wie z. B. der Sudendendeutschen Landsmannschaft! Gerade in Zeiten staatlicher Sparpolitik dürfen die städtischen Fördermittel für demokratisch-antifaschistische Bildungsträger auf keinen Fall gekürzt werden, sondern sind auszuweiten, um gerade in solchen Zeiten rechten und geschichtsrevisionistischen Demagogen nicht das Feld zu überlassen.
- ◀ Die Stadt stellt ihre Räume für Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus unentgeltlich zur Verfügung, unterstützt organisatorisch und medial antifaschistische Projekte an Schulen und Jugendeinrichtungen, wie z. B. dem »Münchner Schülerbüro e. V.«, dem »Münchner Schülerkongress«, »Schule ohne Rassismus«, »Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«.

- ◄ Die Stadt gewährt Schutz und Hilfe für Opfer fremdenfeindlicher Angriffe; hierfür ist die Antirassismus- und Antidiskriminierungsstelle (Ombudsstelle) verantwortlich.
- ◄ Ausbau statt Abbau demokratischer Kultur- und Bildungsangebote in städtischen Einrichtungen wie dem EineWeltHaus sowie in den Stadtteilen! Keine weiteren Mittelkürzungen in den Stadtteilbibliotheken!
- ◄ Der Stadtrat soll die Verwaltung beauftragen, ihm jährlich über neonazistische Aktivitäten in München zu berichten und diesen Bericht öffentlich zugänglich zu machen.
- ◄ Unterstützung und Förderung des »Initiativkreis für ein NS-Dokumentationszentrum«! Die Bedeutung der

Dokumentation über die besondere Rolle Münchens und seiner gesellschaftlichen Verhältnisse für die Entstehung und den Aufstieg des Nationalsozialismus verweist auf die notwendige Aufgabe einer kritischen Auseinandersetzung mit unserer politischen Gegenwart. Das beschlossene Dokumentationszentrum ist nur eine kleine Lösung, es fehlt der Aktualitätsbezug.

- ◄ Wir fordern, dass von unserer Stadt Initiativen mit dem Ziel ausgehen, die Hypothek, die seit dem verhängnisvollen Diktat von 1938 auf unserer Stadt lastet, endlich zu tilgen, d. h. das »Münchner Abkommen« von 1938 völkerrechtlich verbindlich für null und nichtig von Anfang an zu

erklären und gleichberechtigte Beziehungen zu unseren tschechischen Nachbarn zu entwickeln.

- ◄ Keine Kriminalisierung von antifaschistischem Widerstand!
- ◄ Wir fordern die Stadt München auf, insbesondere als ehemalige sog. »Hauptstadt der Bewegung«, antifaschistische Aktionen mit zu unterstützen und selbst dazu aufzurufen.
- ◄ Die Stadt unterstützt das »Stolperstein«-Projekt, unter Berücksichtigung der Stellungnahme der israelitischen Kultusgemeinde.
- ◄ Die Stadt errichtet in der Ettstraße eine Gedenktafel für die Sinti und Roma, die sich unter den Nazis dort als »Zigeuner« registrieren lassen mussten.

15 Frieden und Abrüstung

Münchens besonderer Auftrag: Für Frieden und gleichberechtigte internationale Beziehungen – Friedenspolitische Ansätze der Partei DIE LINKE. München

Deutschland führt wieder Kriege. Wer gehofft hatte, die führenden Politiker und Parteien hätten aus der Vergangenheit gelernt, sieht sich getäuscht. Im Gegenteil: Die lange Kette aktueller Kriegseinsätze findet kein Ende. Der größte Teil der Einsatzbeschlüsse wird nicht einmal mehr von der Presseöffentlichkeit zur Kenntnis genommen.

Nun wieder im Bundestag vertreten, bleibt die Partei DIE LINKE. dabei: Wir stimmen gegen alle Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Als einzige im Bundestag vertretene Partei unterstützt DIE LINKE. auch die außerparlamentarischen Aktivitäten gegen die Kriege.

Kommunalpolitiker entscheiden nicht über die Beteiligung an einem Krieg. Aber Kommunalpolitik kann friedensfördernd wirken und den Widerstand der Bürger gegen den Krieg stärken.

In München gibt es starke Kräfte, die Kriege unter deutscher Beteiligung – auch wenn sie unter euphemistischen Bezeichnungen daherkommen – ablehnen. Das haben Münchner Bürgerinnen und Bürger immer wieder, z. B. anläss-

lich der jährlichen Proteste gegen die sog. NATO-Sicherheitskonferenz, bewiesen. Auch OB Ude und die Stadt trugen dem Rechnung, indem Ude per Beschluss der Stadtrats-Vollversammlung vom 26.01.2005 der Initiative »Mayors for Peace« beitrug, ein Beschluss, der »die politische Linie der Stadt [unterstreicht] und als konsequente Weiterführung der bisherigen Friedensaktivitäten zu verstehen [ist].«

Wir freuen uns darüber, dass die Stadt sich somit, auch aufgrund politischer Initiativen der Münchner Friedensinitiativen und unserer Partei, im Grundsatz klar positioniert hat. Doch wir sagen auch: Die Popularität, die friedenspolitische Erklärungen in der Öffentlichkeit besitzen, darf nicht nur für Lippenbekenntnisse genützt werden. Die Widersprüche der realen Verhältnisse in München zum politischen Willen sind noch immer deutlich erkennbar:

Münchner Betriebe als Produktionsstätten für Rüstungstechnologie haben eine lange Geschichte. Auf ihre Eigendarstellungen kann man bei deren Beurteilung nicht setzen. Dort dominiert ungeprüfte Technologiebegeisterung, bei weitest möglicher Ausblendung der eigenen Rolle im Zweiten Weltkrieg und des darauf aufbauenden Reichtums. Laut Eigenwerbung beliefert bspw. die Krauss-

Maffei Wegmann Gruppe 21 Länder mit dem Kampfpanzer Leopard (»eine weltweite Erfolgsgeschichte«) und sieht sich damit bestens auf dem Weltmarkt aufgestellt. Die MTU, die sich selbst als »Branchenprimus in Deutschland« bezeichnet, rühmt sich damit, dass in München ihre ExpertInnen, SoldatInnen der Luftwaffe und zivile MitarbeiterInnen des öffentlichen Dienstes »Hand in Hand« arbeiten würden.

In Garching bei München befindet sich der weltweit einzige neue Reaktor, in dem hochangereichertes Uran (Highly Enriched Uranium = HEU) als Brennstoff eingesetzt wird. Die Betreiber des Garchinger Forschungsreaktors FRM II halten sich nicht an anderslautende internationale Vereinbarungen. HEU ist zum Bau von Atombomben geeignet. Zivile und militärische Nutzung lassen sich nicht voneinander trennen. Der Garchinger Reaktor schafft einen neuen Markt für waffenfähiges, hochangereichertes Uran und konkurrenzfähig damit die jahrzehntelangen internationalen Abrüstungsbemühungen. Langjährige Geschäftserfolge verbucht hierbei der Münchner Siemens-Konzern. Beforscht und betrieben wird der Reaktor von der Technischen Universität München.

Zwar wurden in den letzten Jahren Standorte der Bundeswehr auch in München geschlossen. Die quantitative Abnahme der direkt bei der Bundeswehr Beschäftigten hat keinen Abbau des Militärs zum Ziel. In Wirklichkeit findet, unter weitgehendem Ausschluss der Öff-

fentlichkeit, eine Durchmilitarisierung des öffentlichen Raumes statt. Die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Infrastruktur werden bewusst verwischt, sei es in Wissenschaft und Forschung oder beim Betrieb von Krankenhäusern.

Nach wie vor findet in München jedes Jahr die sog. NATO-Sicherheitskonferenz statt. Entgegen der Propaganda der VeranstalterInnen ist dies eine hochkarätige Kriegstagung. Im Münchner Nobelhotel »Bayerischer Hof« geht es nicht um Frieden und internationale Sicherheit. Versammelt sind Außen- und »Verteidigungs«-MinisterInnen, sog. SicherheitsexpertInnen, führende NATO-Generäle sowie VertreterInnen der weltweit größten Rüstungskonzerne. Sie koordinieren Militärstrategien, sprechen weltweite Interventionspläne ab und schmieden Kriegskoalitionen. Jedes Jahr findet hierfür auf Kosten der Öffentlichkeit eine großflächige Abriegelung der Münchner Innenstadt statt, um Proteste von der Tagung fernzuhalten.

Unsere Forderungen:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt ihr Bekenntnis zur Friedenspolitik mit Leben erfüllt. Ein aktives friedenspolitisches Engagement auf kommunaler Ebene bedeutet für uns:

Rüstungs- und Militärstandort München: Verantwortung übernehmen

- ◄ Wir beharren darauf: Wer den Krieg ablehnt, kann die Herstellung und das Geschäft mit Waffen nicht da-

von ausnehmen. Wir wissen aber auch: Die Beschäftigten in diesen Betrieben arbeiten für ihr Auskommen, nicht für den Krieg.

- ◄ Wir treten daher dafür ein, dass die Stadt München ihre Bedeutung als Standort der Rüstungs- und Kriegsindustrie im kritischen Bewusstsein halten muss, als Teil der Münchner Kriegs- und Nachkriegsgeschichte, aber auch als Teil unserer Gegenwart. Damit verbunden weisen wir darauf hin, dass wesentliche Anteile der Ausgaben des Bundes für militärische Forschung und Entwicklung und Waffenbeschaffung zum Wohlstand in der Stadt und in der Region beitragen. Hieraus resultiert eine spezielle Verantwortung.
- ◄ Dieser Verantwortung kann die Stadt nachkommen durch die weitere und neue Unterstützung von historischen Forschungsprojekten, Dokumentationen und Ausstellungen, um die Öffentlichkeit auf die Rolle dieser Industrie in unserer Stadt und deren Folgen aufmerksam zu machen. Sie muss auch die Unternehmen und ihre Eigner dazu drängen, ihren Beitrag hierzu zu leisten. Das erfordert z. B. auch die weitere Aufarbeitung von Betriebsgeschichte und die Übernahme von Verantwortung für die Schicksale der Menschen, die als ZwangsarbeiterInnen und SklavInnen der Nazi-Kriegsmaschinerie in Münchner Betrieben ausgebeutet, gequält und ermordet wurden. Diese

Verantwortung trifft nicht nur die Stadt selbst und ihre Rüstungsbetriebe, sondern z. B. auch große Unternehmen der Bau- und Automobilindustrie.

- ◄ Die Stadt soll mit Projekten und Unterstützungsleistungen auf kommunaler Ebene die Chancen und Möglichkeiten von Rüstungs- und Militärkonversion aufzeigen und damit dazu beitragen, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes im Falle von Abrüstungsschritten abzubauen. Sie soll auch die positiven Folgen des Strukturwandels in der Stadt durch Abrüstung und die Auflösung von Standorten der Bundeswehr deutlich machen. Eine weitere Ansiedlung von Rüstungsbetrieben lehnen wir ab. Stattdessen sehen wir eine Chance für München als Standort hochtechnologischer Produktion in der Umstellung von Rüstungs- auf Umwelttechnologien, die bereits erheblich an ökonomischer Bedeutung gewonnen haben. Menschen, die in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind, sollten ermutigt werden, in zivile Bereiche zu wechseln, und dabei Unterstützung erfahren.
- ◄ Verantwortung bedeutet für die Stadt München auch, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen eine Heimstatt zu bieten. Auch wenn viele Entscheidungen hierzu auf Bundes- und Landesebene fallen, hat die Stadt bei Versorgungsleistungen für diese Menschen, die auch aufgrund einer

verfehlten Landespolitik unter teils menschenunwürdigen Umständen leben müssen, Spielräume. Die Stadt kann darauf hinweisen, dass entwürdigende Praktiken wie die Einsperrung in Lagern und die Entmündigung bei der Entscheidung über den eigenen Essenskonsum mit unserem Anspruch an die Lebensqualität aller Einwohnerinnen und Einwohner nicht vereinbar sind. Von besonderer Bedeutung ist es hier auch, durch städtische Organe und Einrichtungen verantwortungsbewusste Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

FRM II Garching:

Abschaltung und Atomausstieg

- ◀ Im Rahmen des Münchner Beitritts zur »Mayors for Peace«-Initiative hat der Stadtrat »deutliche Worte zur dringenden Notwendigkeit eines weltweiten Atomwaffenverbots« eingefordert. Deutliche Worte sind nach unserer Auffassung auch zu dem Atomreaktor Garching vor unserer Haustür nötig:
- ◀ Der FRM II darf in Europa und weltweit nicht als Ausnahme und Türöffner für die Wiederbelebung des fast zum Erliegen gekommenen zivilen Handels mit Nuklearwaffen-Material dienen. Der Zugang zu waffenfähigem Material muss auf allen Wegen verwehrt werden. Die Beteiligung der in München angesiedelten Technischen Universität und des hier beheimateten Siemens-Konzerns ver-

bieten es, sich seitens der Stadt aus der Mitverantwortung zu ziehen.

- ◀ Unter ökologischen Gesichtspunkten unterstützen wir außerdem die Forderungen der Aktivistinnen und Aktivisten gegen den Atomreaktor und fordern die Stadt auf, sich ihnen anzuschließen:
 - Keine Einleitung radioaktiver Abwässer in die Isar!
 - Kein Atommüllzwischenlager (bereits seit zehn Jahren Praxis)!
 - Achtung des Bürgerentscheids von 1999, welcher sich gegen den Bau des FRM II aussprach und somit die Abschaltung der Forschungsreaktoren!

Transparenz: Keine militärische Durchdringung ziviler Einrichtungen

- ◀ Die zivilen Einrichtungen in München müssen zivil bleiben. Wir lehnen verdeckte Kooperationen zwischen öffentlichen Einrichtungen und militärischen Stellen ab. Anlass zur Besorgnis geben hierbei z. B. Vereinbarungen wie das im April 2007 in Dienst gestellte bayerische »Landeskommando für zivilmilitärische Zusammenarbeit«, das eine intransparente Durchsetzung ziviler Bereiche durch militärisch ausgebildete und verpflichtete Personen zum Ziel hat. Die Stadt muss sich derartigen Durchdringungsversuchen verweigern und der Öffentlichkeit die Beurteilung bestehender Kooperationsverhältnisse ermöglichen.

- ◀ Jungen Menschen in München muss die Möglichkeit erhalten bleiben, eine Lebensplanung abseits der Kriegsmaschinerie zu verwirklichen. In städtischen Betrieben darf keine Ausbildung von SoldatInnen stattfinden. Der betriebliche Widerstand gegen Kooperationsverträge mit der Bundeswehr muss gestärkt werden. Arbeitssuchende in München dürfen nicht zum Besuch militärischer Werbeveranstaltungen gezwungen werden.
- ◀ Das öffentliche Leben darf nicht erneut an Militarismus gewöhnt werden. Wir verlangen, dass der Bundeswehr an Münchner Schulen Raum für Werbefeldzüge verweigert wird. Genauso wie in städtischen Einrichtungen, Betrieben und Schulen hat die Bundeswehr auf öffentlichen Plätzen und Straßen nichts zu suchen.

NATO-»Sicherheitskonferenz«: Proteste stärken, Repression bekämpfen

- ◀ Seit die Münchner »Konferenz für Sicherheitspolitik«, früher noch »Wehrkundetagung« titulierte, ins Licht der kritischen Öffentlichkeit geraten ist, steigt jährlich der Aufwand, um die TagungsteilnehmerInnen gegen die zeitgleich stattfindenden Protestveranstaltungen abzuschirmen. Eine weiträumige Absperrung des Tagungsgeländes, für die eine Trambahnlinie temporär stillgelegt und ein ganzes Innenstadtviertel abgeriegelt wird, die polizeiliche Durch-

leuchtung der Mobilisierungsszene der Protestierenden, »vorbeugende« Einschüchterung einzelner Personen und Initiativen durch Hausdurchsuchungen, Verbot oder Behinderung von Kundgebungen und Demonstrationen, repressive Übergriffe auf Demonstrantinnen und Demonstranten: Dies alles gehört nun seit Jahren zum Standardreertoire.

- ◀ Die Stadt verhält sich gegenüber den VeranstalterInnen der Konferenz nicht eindeutig. Obwohl in Ansätzen eine kritische Sicht auf die Veranstaltung insbesondere im Jahr 2004 in der Empfangsrede des Oberbürgermeisters erkennbar war, kommt bspw. das Kreisverwaltungsreferat seiner Pflicht einer Gewährleistung des Versammlungsrechts nicht mit Nachdruck nach. Nachdem die VeranstalterInnen der Proteste mehrfach vor Gericht die Rechtswidrigkeit v. a. po-

lizeilicher Übergriffe bestätigen ließen, bleibt es jedoch auch nach diesen Urteilen bei Rechtsbrüchen und Kriminalisierungsversuchen. Die sind zwar vor Gericht chancenlos, setzen die Betroffenen aber hohem, insbesondere finanziellem Druck aus.

- ◀ Wir stellen uns daher den alljährlich auftretenden Verletzungen des Versammlungsrechts durch die Polizei entgegen. Sie muss von der Verwaltung zur Beachtung der ergangenen Urteile gezwungen werden. Die Repressionen vor, während und nach der Konferenz müssen aufhören.
- ◀ Die Stadt kann sich außerdem um eine erträgliche Atmosphäre im Umfeld der Tagung verdient machen, indem sie der mittlerweile üblichen Hysterie der Darstellung in der Öffentlichkeit mit ausgewogenen Einschätzungen entgegentritt. Die vergangenen Jahre haben bewiesen, dass die Protestdemonstrationen

selbst unter den schlechten Voraussetzungen provozierender Übergriffe friedlich blieben.

- ◀ Wir sind der Auffassung, dass eine Tagung, die die Begleitung durch eine kritische Öffentlichkeit nicht ertragen kann, kein Anrecht auf die breitflächige Sperrung öffentlichen Raums hat. Wir treten daher dafür ein, dass die Stadt die Veranstalter der Konferenz darauf hinweist, dass eine Beeinträchtigung des städtischen Lebens wie in den vergangenen Jahren unter Einsatz öffentlicher Mittel nicht weiter in Frage kommt.
- ◀ Wie in den vergangenen Jahren werden wir die Proteste gegen die Kriegstagung in einem breiten Bündnis unterstützen und Initiativen, Abgeordnete und Demonstrantinnen und Demonstranten von überall her einladen, an den Protestveranstaltungen teilzunehmen.

Impressum:

Herausgeberin:

DIE LINKE.

Kreisverband München

Schwanthalerstr. 139

80339 München

www.dielinke-muc.de

V.i.S.d.P.: Frank Rehberg (Kreisvorstand München)

Gestaltung, Satz, Druck:

druckwerk Druckerei GmbH, München

www.dielinke-muc.de